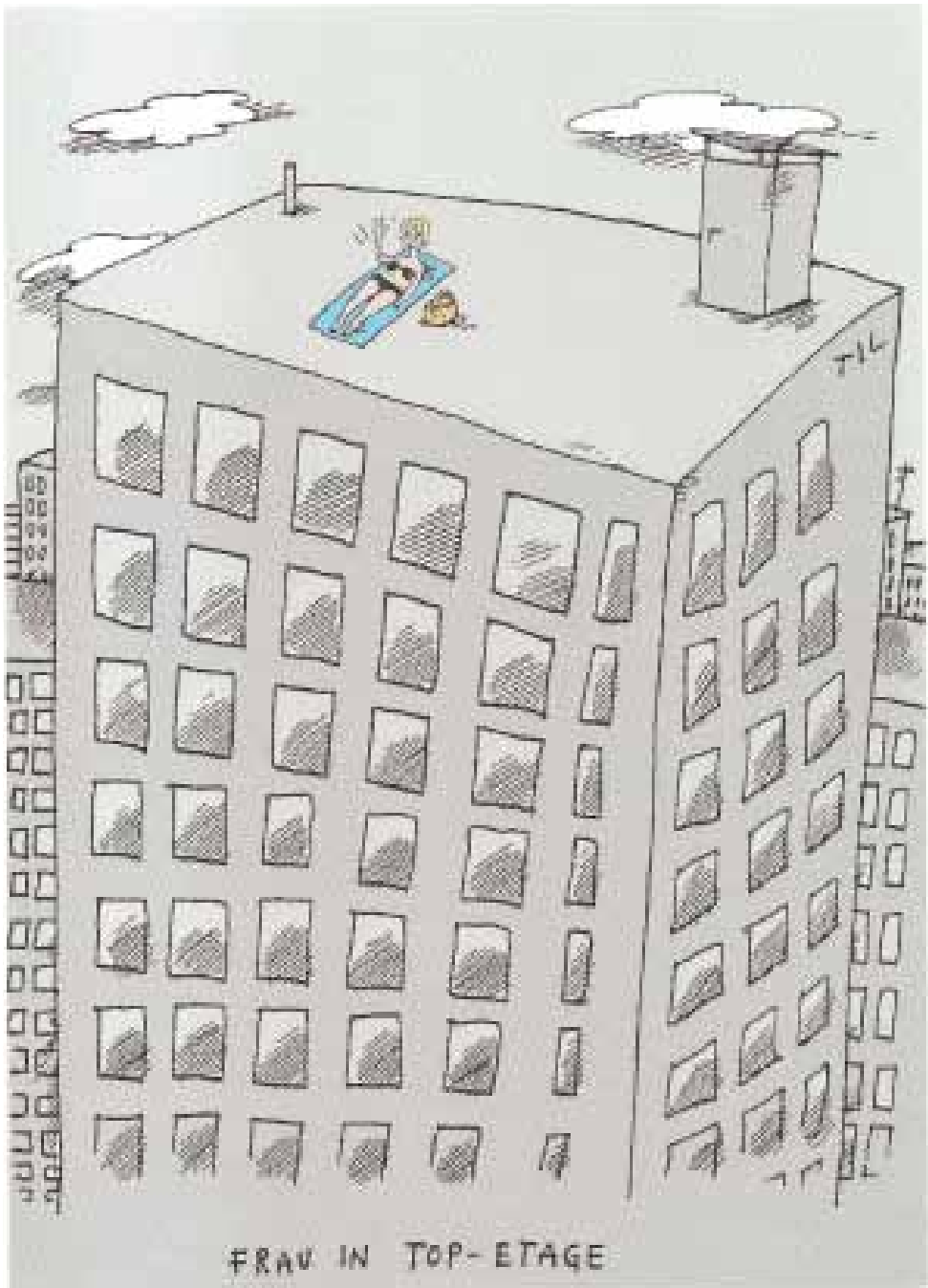




hlz

Zeitschrift der GEW Hamburg
Februar-März 2-3/2013

„Mit anderem
Blick“



"Irre ist weiblich" – unter diesem Motto stellte die Sammlung Prinzhorn in Heidelberg Kunst von Frauen in der Psychiatrie aus. Das Selbstportrait auf unserem **Titelbild** hat Hedwig von Steinitz 1918 gemalt.



An die Vorstände der Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Umweltverbände und Kirchenleitungen in Deutschland

Ohne Arbeitszeitverkürzung nie wieder Vollbeschäftigung!

Deutschland und die ganze Europäische Union befinden sich in einer schweren ökonomischen und sozialen Krise. Die Arbeitslosigkeit hat in Europa unerträgliche Größenordnungen erreicht. Besonders erschreckend ist die Jugendarbeitslosigkeit, die in einzelnen Ländern über 50 Prozent hinausgeht. In Deutschland ist zwar die Zahl der Jobs in den letzten Jahren gestiegen, aber es sind überwiegend Kurz-Jobs, die als Lebensgrundlage nicht ausreichen (sog. prekäre Beschäftigungsverhältnisse). Die Bewältigung der Arbeitsmarktkrise erfordert die aktive Beteiligung aller demokratischen Kräfte im Land. Wirtschaftliche Macht und neoliberale Politik müssen daran gehindert werden, weiterhin die Krisenlasten der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit, den Arbeitslosen und den sozial Schwachen aufzubürden. Notwendig ist eine faire Verteilung der Arbeit durch eine kollektive Arbeitszeitverkürzung. Lassen Sie uns dafür gemeinsam kämpfen!

Seit Jahren findet eine sozial und ökonomisch kontrapro-

duktive Umverteilung von den Arbeits- zu den Besitzelkommen (Gewinn, Zins, Miete, Pacht) statt. Dadurch wurde die Binnennachfrage eingeschränkt und das überschüssige Kapital – weg von der produzierenden Realwirtschaft – in den Finanzsektor umgeleitet. Gewaltige Finanzspekulationen und Finanzkrisen waren die Folge. Die Krisenbewältigung darf nicht denen überlassen werden, die aus den Krisen hohe Gewinne gezogen haben

und jetzt erneut versuchen, mit Scheinalternativen und einer Therapie an Symptomen ausschließlich den Besitzstand der Vermögenden auf Kosten der großen Bevölkerungsmehrheit zu sichern.

In Deutschland sind gegenwärtig, wenn wir nur die nicht freiwilligen Teilzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten mitrechnen, circa 6 Millionen Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt. Während viele Menschen unter psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit in Form von Depressionen,

Utopie ist machbar

Minderwertigkeitsgefühlen etc. leiden, müssen Beschäftigte in den Betrieben die Folgen von Mehrarbeit auf sich nehmen. Die Beschäftigten haben Angst, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren. Dadurch wird ein an Unterwürfigkeit grenzendes Verhalten der Beschäftigten und Arbeitslosen heraufbeschworen. Hierauf beruhen die Bereitschaft zu beträchtlichen Zugeständnissen (weniger Lohn, längere Arbeitszeiten, steigende Arbeitsverdichtung, mehr Flexibilität etc.) und die weitere Schwächung der Gewerkschaften – nicht nur bei Tarifverhandlungen.

Die Massenarbeitslosigkeit ist die Ursache des ruinösen Wettbewerbs unter den Beschäftigten und fördert die Entstehung des Niedriglohnssektors und solcher diskriminierenden Arbeitsformen wie Leiharbeit und Werkverträge ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung. Daher ist dringend eine Verknappung von Arbeit auf die 30-Stunden-Woche notwendig. Die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland beträgt gegenwärtig ohnehin schon ca. 30-Stunden je Woche, aber die Arbeit ist ungleich verteilt.

Der Verteilungsspielraum ist immer die Produktivitäts- plus Preissteigerungsrate. Dabei ist Arbeitszeitverkürzung die einzige logische sowie historisch konsequente Antwort auf die jährlichen Produktivitätssteigerungen, die oberhalb der realen Wachstumsraten der Wirtschaft liegen und so zu einem Rückgang des Arbeitsvolumens und ohne Arbeitszeitverkürzung zu Arbeitslosigkeit führen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist nur bei vollem Lohn- und Personalausgleich möglich, sonst sinkt die Lohnquote noch weiter, dies zeigen gesamtwirtschaftliche

Berechnungen.

Denn: Nur eine kollektive Arbeitszeitverkürzung auf eine rechnerische gesamtwirtschaftliche 30-Stunden-Woche ist nach unserer Überzeugung einer der entscheidenden Schlüssel für die Perspektive einer Vollbeschäftigung – wenn nicht sogar der Wichtigste.

Dieser als Offener Brief veröffentlichte Text wurde bereits von 300 namhaften WissenschaftlerInnen unterzeichnet und ist in seiner ungekürzten Form über www.alternative-wirtschaftspolitik.de einzusehen.



Foto: Stefan Gierlich

GEW

Tarifrunde		8
Mit voller Kraft	_____	
Aschermittwoch		12
AZM-Kehraus	_____	
Service		53
Beihilfe	_____	

Voll im Gang Seite 8

KollegInnen reckten, angefeuert von rappenden Steilshooper Jungs, auf der Streikversammlung im Curio-Haus am 26.2. die Fäuste und zeigten damit, wie ernst sie es mit ihrer Forderung nach 6,5% mehr Lohn meinen.

Voll im Trend Seite 23

Immer mehr GrundschülerInnen wechseln aufs Gymnasium und immer mehr Inklusionskinder gelangen auf die Stadtteilschule.

Voll im Abseits Seite 38

Allen Anstrengungen zum Trotz, aus Annette Schavan eine Ikone in Sachen Kampf für bessere Bildung zu machen, bleibt die Ernüchterung, dass mit ihr eine durch und durch konservative Bildungspolitiklerin die politische Bühne verlassen hat.

Volle Maskierung Seite 12

...hilft zumindest einen Tag gegen das tägliche AZM-Elend. Keineswegs vorbei ist mit diesem Aschermittwochsumzug die Wut über die mangelnde Anerkennung der alltäglichen Mehrbelastung der KollegInnen. Aber mehr als 1000 hatten Spaß daran, gemeinsam den Senator zu narren.



Foto: Stefan Gierlich

Magazin

Neupack		20
Eine Frau will es wissen	_____	
Wettbewerb		22
We are the world	_____	
Wilhelmsburg		40
Aufbruch oder Einbruch	_____	
Armut (1)		44
Soziale Exklusion	_____	
Armut (2)		46
Systembedingt	_____	
Reformpädagogik		48
Unübersichtliche Fronten	_____	
Kunst		54
Bilder-Reise	_____	
Militarismus		56
Peter Tamm-Museum	_____	
Ostermarsch		57
Aufruf	_____	
Nazibiographien (20)		58
Ernst Hüttmann	_____	
Kinderoper		63
Die Zauberflöte	_____	



Schwerpunkt

Frauen _____ 26

Bildungspolitik

Anmelderrunde
Voll im Trend _____ 23

SEPL
Offener Brief _____ 24

Abgang
Annette Schavan _____ 38



66

Rubriken

hlz-Notiz _____ 3

LeserInnenbriefe/Nachrichten _____ 6

gb@-Seminare _____ 37

Rätsel _____ 62

GEW-Termine _____ 64

Aus der Geschlechterecke... _____ 65

Impressum _____ 65



Kaskaden und Gleichstellung Seite 26

Davon und von Misserfolg, Vernebelung und Erfolg im Bemühen um Geschlechtergerechtigkeit handelt der Frauen-Schwerpunkt.

Not trifft Elend Seite 44

Eine Untersuchung belegt was in der politischen Auseinandersetzung unumstritten ist: Materielle Armut erzeugt Misserfolg in der Bildung und umgekehrt.

Unübersichtliche Fronten Seite 48

Individualisiertes Lernen, Bertelsmann und die Gegenwart der Geschichte – in der hlz fliegen mitunter die Fetzen, wenn es um das Verhältnis von Reformpädagogik, Neoliberalismus und Autoritarismus geht. Ein Zwischenruf zu einer verworrenen Debatte.

Nicht nur Flötentöne Seite 63

Beste Gelegenheit Grundschul-Kinder an Musik heranzuführen, bietet eine Neuinszenierung der Zauberflöte im Alleetheater.



Foto: Joachim Flügel

LeserInnenbriefe an: hlz@gew-hamburg.de (wir belassen ggf. alte Schreibung)

Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

Nachtrag zum Beurteilungswesen

hlz 1/2013, S. 51

„Politisches Handeln im Bereich Schule oder der Einsatz für die eigenen Rechte darf aber nicht beeinflusst werden. Nur ein offenes Umgehen mit Beurteilungen auch im Lehrerzimmer und mit den Personalräten wird daran etwas ändern.

Gute Verhandlungsergebnisse allein reichen da nicht aus!“

KLAUS NÄHR

G8, G9 oder was?

Leserbrief zur Presseinformation der GEW vom 14.1.2013 (HLZ 1/2013, S. 37)

Alle von Amts wegen an Hamburger Schulpolitik Beteiligten schwören auf G8. Aber seit Sommer 2012 gibt es im Schulgesetz die von der SPD (und anderen) beschlossene Halbtagschulgarantie. Die BSB wird also in jedem Bezirk ein – zwei (eher zwei) Halbtagsgymnasien vorhalten müssen. Kann man ein Halbtagsgymnasium unter den bisher bekannten Maßgaben als G8 führen? Nein, das kann man nicht, denn die konforme Abbildung von G9 auf G8 hat das Ganztagsgymnasium so zwingend gemacht, dass per ordre de mufti (hier Christa Götsch) alle Gymnasien in Ganztagschulen verwandelt worden sind. Wat nu?

HEIN HOCKER

Neupack

hlz 1/2013, S. 22

Verehrte Redakteurinnen und Redakteure,
erfreulich die sieben Seiten Solidaritätsbeitrag der Hambur-

ger GEW. Es geht um die 200 Arbeiter, die nach Gutsherrnart mit Zuckerbrot und Peitsche vorgeführt werden. Die Krügerbrüder haben es nicht nötig sich zu bewegen und decken sich legal mit polnischen Streikbrechern ein. – Monatelang bei Schnee und Eis vor den Toren in Stellingen und Rotenburg sind kein Zuckerschlecken. Wünsche allen einen erfolgreichen Kampf um einen menschenwürdigen Lohn und das in der BRD und auch überall anderswo.

Mit aktiven Grüßen
HANS-PETER MÖLLER

noch einen grund: „spiel nicht mit den schmutzdelkindern!“

SABINE ROEVER

Les Miserables in Hamburg

2011 erhielten laut Erhebung des Statistikamts Nord 224.400 Hamburger staatliche Hilfe zur „Sicherstellung der laufenden Lebensführung“. Zwischen den Stadtteilen bestehen weiterhin große Unterschiede. Wie das Statistikamt mitteilt, lag der Anteil der Unterstützten in dem Gebiet, welches sich von Harburg über die Süder- und Norderelbe bis nach Jenfeld in den Osten der Stadt erstreckt, deutlich über dem Durchschnitt. In Billstedt, Veddel und Wilhelmsburg lebte

leve lüd,

für das gymnasium, egal ob G8 oder G9, gibt es heutzutage nur

So geht's

Lebendiges Lernen im Streikzelt

An die Streikenden Neupack-KollegInnen: Mit Interesse habe ich in der aktuellen hlz (1/2013) das Interview mit Herrn Pientka gelesen. Ich bin Lehrer einer Berufsfachschulklasse in Altona und würde mit dieser Ihrem Streikzelt gerne einen Besuch abstatten. Ist das möglich? Mit solidarischen Grüßen, Tilo Schwarz

Sehr geehrter Herr Schwarz,
natürlich ist dies möglich, wir würden uns freuen, wenn Sie uns im Zelt besuchen würden.
Im Namen der Streikenden,
viele Grüße Ralf Duda (Streikleitung)

Hautnäher geht es nicht. Im Zelt des Neupack-Streikpostens in Stellingen – Dörriesweg 15 – lässt sich die bundesdeutsche Arbeitswirklichkeit und der praktische Nutzen von gewerkschaftlicher Solidarität kennenlernen. Gespräche und Interviews mit den Streikenden sind sicher für SchülerInnen jeden Alters ein unvergessliches Erlebnis. Einige Schulklassen haben sich schon davon überzeugt, wie viel Kraft es erfordert, die Macht eines selbstherrlichen Unternehmers zu brechen. (s. auch S. 18)

2011 sogar mehr als ein Viertel der Bevölkerung ganz oder teilweise von staatlicher Unterstützung. Der höchste Wert betrug 29 Prozent in Rothenburgsort und Billbrook. In Blankenese, Nienstedten oder Lemsahl-Mellingstedt betrug der Anteil dagegen nur zwischen 1,2 und 1,5 Prozent. Auffällig ist, dass Kinder unter sieben Jahren fast doppelt so häufig auf staatliche Hilfe angewiesen waren wie die Gesamtbevölkerung, nämlich 22,9 Prozent. In den erwähnten östlichen Stadtteilen war fast jedes zweite Kind betroffen. HA



Schon Shakespeare wusste: „Des Kaufmanns Gruß ist die Klage.“ Nun jammern sie wieder, weil der Euro-Kurs gestiegen ist und sich dadurch die deutschen Waren auf dem internationalen Markt verteuern. Wäre es umgekehrt, wäre bspw. die Reisebranche dran, die davon spräche, dass die Deutschen sich keinen Urlaub mehr leisten könnten. Vor Tarifrunden – egal welche Kursbewegung der Euro gerade macht – hat man von daher immer das passende Argument zur Hand, warum jetzt gerade Lohnerhöhungen unangelegen kommen.

Mogelpackung

Entgegen der Hiobs-Botschaft, die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland sei Geschichte, meldet der DGB, dass auch aktuell in Deutschland 250.000 Jugendliche arbeitslos seien, obwohl sie offiziell als versorgt gelten - dabei haben sie gar keine Lehrstelle. Die Hälfte der Hauptschüler und ein Fünftel der Realschüler werden inzwischen in Maßnahmen geparkt. Die Folge ist, dass die deutschen Azubis im Schnitt 19,5 Jahre alt sind, wenn sie ihre Lehre beginnen. Hauptschüler sind bei Ausbildungsbeginn 19,2, Realschüler 19 Jahre alt - und das, obwohl die Schulzeit für die meisten mit 17 endet. Warum? Weil viele erst ein paar Runden im Übergangssystem drehen, ehe sie einen richtigen Ausbildungsplatz bekommen.

ben zudem rund 330 Schülerinnen und Schüler zusätzlich zum Abitur geführt und die Abiturquote auf das Rekordniveau von 51,7 Prozent gesteigert (Vorjahr: 50,6 Prozent). Gleichzeitig sank die Zahl der Schulabbrecherinnen und -abbrecher auf 6,6 Prozent (Vorjahr 7,0 Prozent), der niedrigste bisher gemessene Wert. Bemerkenswert ist der erhebliche Ausbau der Ganztagschulen: 50 Grundschulen und drei Stadtteilschulen haben im Schuljahr 2012/13 erstmals Ganztagsangebote eröffnet, damit führen jetzt 124 Grundschulstandorte und 38 Stadtteilschulen Ganztagsangebote.

Schulen auf 5079 Jungen und Mädchen mehr als verdoppelt. Das ist ein zentrales Ergebnis der Herbststatistik der BSB.

Licht

Hamburgs Stadtteilschulen präsentieren sich in der jetzt von Schulsenator Ties Rabe vorgelegten Schulstatistik in guter Form. So ist der jahrelange Anstieg der Schülerzahlen am Gymnasium beendet, Gymnasium und Stadtteilschule verzeichnen erneut etwa gleich viele Schülerinnen und Schüler in den Klassen 5 bis 10. Neue Oberstufen an den Stadtteilschulen ha-

Regierung braucht neues Volk

Gut zehn Jahre nach der Verkürzung der Schulzeit an den Gymnasien der Hansestadt auf acht Jahre ist eine große Mehrheit der Hamburger für eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium. In einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GESS Phone & Field im Auftrag des Abendblatts sprechen sich 66 Prozent der Befragten dafür aus, dass die Reform zurückgenommen und das Abitur künftig wieder nach neun statt wie bisher nach acht Jahren abgelegt wird. Nur 24 Prozent der BürgerInnen möchten G8, wie die verkürzte Schulzeit genannt wird, beibehalten. Würde die Politik dem Wunsch der Bürger folgen, müsste das Schulsystem in Hamburg erneut umgebaut werden.

Schatten

Der Ansturm von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LSE) auf Grund- und Stadtteilschulen hält unvermindert an. Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl der LSE-Kinder an den allgemeinen

Wir haben ja uns

Etwa 3000 KollegInnen des öffentlichen Dienstes aus den verschiedensten Arbeitsbereichen der Stadt strömten am 26. Februar ins Curio-Haus, um ihren Finger oder auch den Arm zur Faust zu strecken, um dem Arbeitgeber unmissverständlich zu verstehen zu geben, dass wir es mit unserer Forderung nach 6,5 % mehr Lohn ernst meinen. Zuvor hatten an die 700 GEW-KollegInnen die Schule Weidemoor und die Heinrich-Wolgast-Schule in St. Georg bestreikt. Die im Curio-Haus gereichte warme Suppe sorgte dafür, dass man sich von dem morgendlichen Protest bei bitterer Kälte mit anschließender Protestversammlung am Besenbinderhof, von dem es dann zum Curio-Haus ging, erholen konnte. Es sprachen viele, vor allem aber waren es die kulturellen Beiträge von der Gruppe ‚Rock die Straße‘, den jugendlichen Rappern von der ‚textfactory‘ aus Steilshoop und nicht zuletzt Harry Rowohlt, die den Streikenden das Rückgrad stärkten.

Im Folgenden zitieren wir aus den Reden von Klaus Bullan, die er am Morgen vor der Heinrich-Wolgast-Schule und am Nachmittag im Curio-Haus hielt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Durch ganz Deutschland rollt eine Warnstreikwelle. Von Weimar bis Flensburg, von Essen bis Leipzig, von Stuttgart bis Hannover, von Berlin bis Bre-

men streiken die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder. Wieder einmal streikt die GEW gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen von verdi, der Gewerkschaft der Polizei und der Tarifbeschäftigten

des deutschen Beamtenbundes! Warum?

Wir haben schon zwei der geplanten drei Verhandlungsrunden im öffentlichen Dienst der Länder hinter uns. Auch in der zweiten Verhandlungsrunde haben die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt. Der Chef-Verhandler der TdL, Finanzminister Bullerjahn, SPD, will weiter „in sachlicher Atmosphäre“ verhandeln – aber von Atmosphäre allein wird keiner satt! Da muss schon ein bisschen mehr rüberkommen. Ohne Angebot kein Kompromiss. Also werden wir wohl die Atmosphäre ein bisschen aufheizen!

Hamburg, das Bundesland mit den meisten Millionären und Milliardenären, leistet sich ein 500 Millionen verschlingendes Prestigeprojekt Elbphilharmonie und milliardenteure HSH-Nordbank Spekulationsabenteuer.

Zugleich lassen sie den öffentlichen Dienst verarmen.



Morgens – nichts mehr in Ordnung

Steuergeschenke in Höhe von Hunderten von Milliarden für die Reichen und Vermögenden in diesem Land, der letzten 15 Jahre haben dazu geführt, dass gammelige Schulgebäude, löchrige Straßen, fehlende Kitaplätze und überfüllte Unis das Bild bestimmen – und Gehälter, die mit der Privatwirtschaft nicht Schritt halten. Sollen die Herren, die uns da gegenüber sitzen, doch nicht so tun als hätten sie damit nichts zu tun! Als sei die öffentliche Armut gottgegeben! Sie tun so als gebe es ein Menschenrecht auf Steuerhinterziehung, ein Recht auf Unverletzlichkeit des privaten Reichtums! Aber wir sind nicht so blöd wie sie glauben. Wir durchschauen das Spiel. Deswegen sagen wir heute: Löst eure hausgemachten Probleme selbst! Gebt uns das, was uns zusteht. Gebt uns 6,5 Prozent mehr!

Kolleginnen und Kollegen,

Alle Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst verhandeln ihre Eingruppierung frei aus, das gilt für jede noch so kleine Gruppe.

Auch die Lehrerinnen und Lehrer müssen endlich durch eine tarifliche Eingruppierung vor Arbeitgeberwillkür geschützt werden. 200.000 Tarifbeschäftigte arbeiten an Deutschlands Schulen. Es ist auf Dauer nicht hinnehmbar, dass ausgerechnet der Staat einer großen Gruppe von Beschäftigten den tariflichen Schutz vorenthält – der Staat, der die Tarifautonomie schützen soll!

Kolleginnen und Kollegen,

in Südeuropa gehen Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst auf die Straße gegen die brutalen Sparorgien,



Fotos: Stefan Gienlich, Achim Meyer, hlz

Gehört zu unserer Kultur – kämpferischer Auftritt

die die Troika ihnen verordnet hat – gegen Lohnkürzungen und Entlassungen, gegen Bildungsschlag und soziale Kälte. Dagegen geht es uns doch gut, denkt vielleicht der eine oder andere. Stimmt auch, und doch hat eins mit dem anderen zu tun: Dass in Deutschland die realen Löhne seit 20 Jahren stagnieren, hat maßgeblich zur Krise Südeuropas beigetragen. Uns wurde der Gürtel enger geschnallt, der

Konkurrenzvorteil gegenüber Europa hat die Exporte und die Unternehmervorteile in Deutschland explodieren lassen. Das hat erst zu der dramatischen Lage in Südeuropa geführt und ganze Volkswirtschaften verkommen lassen.

Unser Kampf bedeutet somit auch Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in den abgehängten Ländern Europas!



Gutsherren aufgepasst!



Wir wissen wie's geht...



...und sind laut



Wind lässt nicht nur die Fahnen flattern, sondern auch
ins Gesicht

MusikpädagogInnen tönen laut
gegen Unterbezahlung



**Kämpferische Stimmung
in voller Hütte**



dem bläst auch dem Arbeitgeber



**'textfactory' aus Steilshoop:
„Wir ham zwar nichts, aber wir
haben uns!“**



**Harry Rowohlt zog Texte aus
dem Beutel – gepfeffert und
mit schwarzem Humor**



AZM entsorgungsreif

Trotz eisiger Ablehnung aller Bitten um Entlastung von ständig wachsender Mehrarbeit von Seiten Senator Rabes und trotz eisiger Temperaturen machten sich mehr als 1000 KollegInnen auf, ihre teuflische Wut über den alltäglichen Arbeitsdruck in einem Aschermittwochskehraus auf die Hamburger Straßen zu tragen.

Das machte durchaus Spaß, öffentlich aus der Haut zu fahren. Besondere Freude lösten die vom Lautsprecherwagen geworfenen „Kamellen“ und Ansaugen aus, wie: „Wir demonstrieren hier, denn wir finden die ständig wachsenden Aufgaben ohne Zeitausgleich zum Kotzen.“ Wann hört man so etwas von seinem/er Lehrer/in?

Mit dem Aschermittwoch ist noch nicht alles vorbei. Denn trotz Demonstration und Brandbriefen aus einzelnen Schulen schaltet die Senatsverwaltung auf stur. Mehr Wohlwollen fanden da schon unsere Argumente bei den Hamburger PassantInnen. Das sollte Mut machen dafür, sich weiterhin lautstark zur Wehr zu setzen, um endlich mehr Geld und Personal für die aktuellen Bildungsaufgaben zu bekommen.

Wir dokumentieren im Folgenden Redebeiträge und Fotos vom Aschermittwochsumzug am 13. Februar.



Närrisch sind vor allem die alltäglichen Belastungen

Fotos: Stefan Gierlich und hz



Genug davon!

Mit der Auflistung des alltäglichen Zeit-Elends begrüßt Sigrid Strauß die TeilnehmerInnen des Aschermittwochprotestmarsches

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße euch ganz herzlich zum Aschermittwochsumzug der GEW unter dem Motto: Jetzt schlägt's 13-10 Jahre Lehrerarbeitszeitmodell sind mehr als genug.

Nun zeichnet sich der Norden Deutschlands nicht gerade als das Faschingsparadies aus, deswegen meinen einige auch, wir hätten uns vertan mit dem heutigen Tag. Nein, wir wollen zum politischen Aschermittwoch beitragen, den Kehraus machen – und zwar in Kostümen oder auch ohne, eben auf Hamburger Art.

Kolleginnen und Kollegen, wovon haben wir mehr als genug?

Wir haben an den Schulen genug von unbezahlter Mehrarbeit – und zwar aller Beschäftigter.

Genug von dieser Art Gerechtigkeit, die uns eingeredet wird. Tatsache ist, dass alle zu viel arbeiten, soviel, dass sie einknicken, krank werden, in Teilzeit gehen.

Genug davon, junge KollegInnen so zu belasten, dass sie nicht wissen, wie sie es ihr Berufsleben lang schaffen sollen.

Genug von wöchentlich neuen Aufgaben, die auch noch eben gemacht werden müssen und zwar perfekt – sonst gibt's 'ne schlechte Beurteilung.

Genug davon, dass leider für diese Aufgaben die Arbeitszeiten nicht in unsere Konten eingestellt wurden und wir beim Senator betteln gehen müssen.

Genug von der Rechnei, wenn einer Gruppe etwas zugewiesen wird, es dafür einer anderen weggenommen wird, wir also in Konkurrenz treten

müssen.

Genug von Faktorisierung, Priorisierung, Individualisierung der Arbeitszeitkonten, Flexibilisierung, Fokussierung, Bürokratisierung und Ökonomisierung.

Wir wollen nicht auskömmlich arbeiten. Wir wollen mit Kindern und Jugendlichen so arbeiten, wie sie es brauchen. Sie brauchen unsere Zeit, Energie und Aufmerksamkeit.

Wir haben uns vorgenommen, dieses Jahr 2013 zu nutzen, um auf diesen Skandal aufmerksam zu machen. Wir wollen nicht an unserem Arbeitsplatz fertig gemacht werden. Wir wollen dieses Arbeitszeitmodell nicht. Es muss abgeschafft werden. Wir wollen ehrliche Zeiten für unsere Arbeit.

Deshalb haben wir in der vergangenen Woche die Bildungspolitischen Sprecher der Parteien eingeladen, um ihnen noch einmal diesen Zustand zu verdeutlichen und sie dringend aufzurufen, etwas Konstruktives zu tun.

Deshalb demonstrieren wir heute, um auch in der Öffentlichkeit auf diese Zustände hinzuweisen und hoffentlich Verständnis zu ernten.

SIGRID STRAUSS



Heute wird das AZM weggelacht



Böse Geister müssen ausgetrieben werden



Keine Veranlassung zur Überarbeitung

Auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Heyenn (Die LINKE) verweigert Senator Rabe ein Nachdenken über verantwortbare Arbeitszeiten.

1. Was waren die wichtigsten Argumente für die Einführung des LehrerArbeitsZeitModells?

Die wichtigsten Argumente waren mehr Transparenz, mehr Zeitgerechtigkeit und mehr Flexibilität beziehungsweise Planungsspielraum für die Einzelschule. Alle planbaren zeitaufwendigen Aufgaben einer Lehrkraft werden erfasst und mit Normarbeitszeitwerten bemessen, nicht nur die unterrichtsbezogenen, sondern auch alle sonstigen Aufgaben. Dies steht im Gegensatz zu der Arbeitszeitbemessung mit Pflichtwochenstunden und einigen wenigen Entlastungstatbeständen (Schulleitung, Beratungslehrer, Sammlungsverwaltung).

Insbesondere Einzelaufgaben wie Klassenlehrer, Fachvertreter, Mitarbeit in Gremien erfahren Berücksichtigung, die im Pflichtstundenmodell als Annex zum Wochenstundendeputat gesehen werden.

Der erforderliche Zeitaufwand pro Unterrichtsstunde wird differenzierter, nämlich nach Unterrichtsfach und Jahrgangsstufe ausgewiesen.

3. Wie viele Unterrichtsstunden mussten die Lehrerinnen und Lehrer mehr arbeiten? Bitte aufschlüsseln nach Schulformen und -stufen und Fächern. Falls die zuständige Behörde keine Angaben machen kann: warum nicht?

Die Kombination der „Erteilung von mehr Unterrichtsstunden“ und „mehr arbeiten“ lässt sich nach der Systematik des Lehrerarbeitszeitmodells nicht pauschal nach Schulformen beantworten. Es liegt im Wesen des Lehrerarbeitszeitmodells, dass diese Frage bezogen auf die Anzahl zu erteilender Unterrichtsstunden nur für jede Lehrkraft einzeln hätte beantwortet werden können.

17. Gibt es Überlegungen, das Lehrerarbeitszeitmodell zu überarbeiten?

Wenn ja, warum und mit welchen Inhalten?

Wenn nein, warum nicht?

Nein. Die Ergebnisse der Evaluationen und die daraufhin bereits vollzogenen Anpassungen bieten aus Sicht der zuständigen Behörde derzeit keine Veranlassung für eine Überarbeitung.



Lärmen statt jammern



AZM taugt nur noch zu Wortspielen



AZM

Nichts ist vorbei

Mehr als 50 zusätzliche Aufgaben belasten die Beschäftigten, aber nichts davon erscheint im AZM. Klaus Bullan fordert mit den DemonstrantInnen eine spürbare Entlastung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir sind heute am Aschermittwoch hier in der Nähe des Rathauses, um zu zeigen, dass für uns nicht „alles vorbei“ ist, sondern es wieder anfängt!

Die Geduld der Kolleginnen und Kollegen an Hamburgs Schulen ist erschöpft.

Seit 10 Jahren gibt es das Arbeitszeitmodell, das Mehrarbeit ohne Ende an die Schulen gebracht hat. Kein Senat hat es in diesen 10 Jahren für nötig gehalten, daran etwas Grundlegendes zu ändern.

Eingeführt von Konteradmiral Lange (FDP) im Schwarz-Schill Senat hat weder die CDU-Alleinregierung noch Schwarz-Grün noch die SPD-Alleinregierung am Arbeitszeitmodell auch nur



Entsorgungsreife Mehrarbeit

gekratzt.

Aus naheliegenden Gründen haben alle Senate bis heute ihre Fürsorgepflicht gegenüber ihren Beschäftigten grob vernachlässigt.

Der Grund ist das Prinzip der Auskömmlichkeit, mit dem das Arbeitszeitmodell jede zusätzliche Arbeitsanforderung an die Lehrkräfte an den Schulen in Hamburg rechtfertigt, ohne zusätzliche Mittel in die Hand nehmen zu müssen.

Oder einfacher gesprochen: Es ist der billige Weg, Mehrarbeit von den Lehrkräften zu fordern ohne dadurch zusätzliche Kosten zu haben.

Die mehr als 50 zusätzlichen Aufgaben, die seit Einführung des Arbeitszeitmodells an die Schulen gekommen sind und die folglich nicht im Arbeitszeitmo-



Abladen

dell abgebildet sind, machen die Kolleginnen und Kollegen zusätzlich –quasi in ihrer Freizeit!

Die wöchentlichen Unterrichtsstunden sind für jede Kollegin und jeden Kollegen enorm angestiegen. Allein die Tatsache, dass Bildungsministerin Christa Goetsch festgelegt hat, dass kein/e LehrerIn mehr als 29 Stunden unterrichten darf, ist ein Zeichen für diese über-



Keine neuen Untersuchungen, sondern echte Entlastungen

bordende Mehrarbeit. Und wir wissen, dass diese Regel nicht an allen Schulen eingehalten wird. Nirgends sonst in der Republik unterrichten Lehrkräfte so viele Stunden wie in Hamburg.

Und da ist es eine unglaubliche Verhöhnung, wenn auch wieder im Bildungsbericht 2011 unter dem Kapitel: Strategien der Unterrichtsversorgung zu lesen ist:

„Hamburg stellt sich bei diesem Vergleich (der Bundesländer) eher unauffällig dar. Mit einer überdurchschnittlichen Anzahl an Vollzeitlehrern pro Schüler, die unterdurchschnittlich viele Unterrichtsstunden erteilen, ergibt sich ein leicht über dem Bundesdurchschnitt liegender Wert für die erteilten Unterrichtsstunden pro Schüler.“

Nach diesem Überblick liegt



„Zum Teufel mit

der durchschnittlich erteilte Unterricht pro Vollzeitlehrkraft einheiten an Grundschulen bei 23,7 Stunden, an allen allgemeinbildenden Schulen bei 22 Stunden und an beruflichen Schulen bei 21 Stunden.

Damit wäre Hamburg im Bundesvergleich an drittletzter Stelle was die Unterrichtsstunden betrifft.

Kolleginnen und Kollegen, damit sind nicht Teilzeitkräfte, sondern Vollzeitlehrkräfte gemeint!

Verarschen können wir uns alleine!

Diese Zahlen haben mit der Wirklichkeit – wie wir alle wissen – nichts zu tun.

Und wenn das Institut für Bildungsmonitoring so etwas veröffentlicht, dann sage ich ganz offen: Das brauchen wir nicht! Was wir brauchen, ist ein Institut, das die Belastungen der Lehrkräfte an Hamburgs Schulen ermittelt. Dazu gehört zu untersuchen, warum mehr als 50% aller Kolleginnen und Kollegen Teilzeit ar-

beiten, dazu gehört zu ermitteln, warum so viele krank werden, dazu gehört herauszufinden, wie viel an den Schulen tatsächlich unterrichtet wird pro Woche, wie viele weitere Aufgaben die Kolleginnen und Kollegen belasten und nicht zuletzt Vorschläge zu entwickeln, wie die Situation verbessert werden kann.

Wer die bildungspolitische Debatte aufmerksam verfolgt, weiß, dass die sog. Hattie-Studie zu dem Ergebnis kommt, dass die Lehrkraft ausschlaggebend ist für den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern.

Das ist für uns keineswegs eine Überraschung.

Müsste daraus nicht die Forderung abgeleitet werden, dass die Lehrerinnen und Lehrer entsprechend pfleglich behandelt werden müssen, damit sie ihrer Verantwortung gerecht werden können?

Davon spüren wir nichts und das muss sich ändern!

Wenn die Schulinspektion die Belastungen der LehrerInnen

weiterhin ignoriert, dann brauchen wir sie nicht!

Wir brauchen aber in erster Linie keine neuen Untersuchungen über die Lage an den Schulen, sondern wir brauchen eine durchgreifende Entlastung für alle Kolleginnen und Kollegen.

Alle politischen Akteure wissen das im Grunde und haben es bei unserer Podiumsdiskussion letzte Woche bekräftigt.

Jetzt muss der nächste Schritt gegangen werden:

Wir brauchen mehr Geld an Schulen, um mehr Personal einzustellen. Nur dadurch kann wirkliche Entlastung erreicht werden. Trotz Schuldenbremse und Sparhaushalten führt aus unserer Sicht kein Weg daran vorbei.

Verantwortung hat dieser Senat nicht nur für einen ausgeglichenen Haushalt, sondern vor allem für die Gesundheit seiner Beschäftigten und eine gute Schule für alle Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt.

KLAUS BULLAN



Bunt kämpft es sich besser



Konkurrenz als Prinzip

Die Diskutanten auf der von der GEW initiierten Podiumsdiskussion am 7.2. zum 10-jährigen Bestehen des Arbeitszeitmodells waren sich fast alle einig

Es war überraschend, dass die Diskussion mit den schulpolitischen SprecherInnen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien trotz der eigentlich bekannten Positionen so lebhaft Züge trug. Dies lässt sich m.E. nur durch den hohen Grad der Betroffenheit der zahlreichen KollegInnen erklären, die gekommen waren, um vor unserer Aschermittwochsaktion noch einmal zu unterstreichen, wie wichtig ihnen dieses Thema ist.

Selbst als gegen Schluss der Diskussion Willi Bartels, altgedienstenes Personalratsmitglied, in aller Schärfe von „Betrug“ in Bezug auf die Einführung des AZMs sprach, da man es ja zunächst als arbeitszeitneutral und lediglich der Gerechtigkeit wegen eingeführt hatte, vermisste man den Protest der Angesprochenen. Für mich ein Zeichen, dass die VertreterInnen auf dem Podium, die sich bis auf Dora Heyenn von der Linken nach wie vor als BefürworterInnen des jetzigen Modells gaben, durch die Diskussion verunsichert waren. Zu deutlich konnten die KollegInnen durch die Schilderung der am eigenen Leib erfahrenen Belastungen zeigen, dass es sich nicht um Auswüchse und Einzelfälle handelt, wenn viele längst ihre Leistungsgrenze überschritten haben und nicht selten im Burnout landen, wenn viele sich nicht anders zu ‚retten‘ wissen,

als durch Reduzierung ihres Stundendeputats, sprich: durch private Finanzierung der Misere zu entkommen.

Von immer mehr zusätzlichen Belastungen wurde berichtet, die Einführung der Inklusion als das Letzt hinzugekommene sei da nur das I-Tüpfelchen. Seit zehn Jahren seien nun (in Folge) immer neue Aufgaben hinzugekommen. Vor einigen Jahren hat-



Armes reiches Hamburg

Foto: Stefan Gierlich



„Zum Teufel mit

te eine eigens dafür eingesetzte Kommission unter dem Vorsitz der ehemaligen Bildungsministerin von Nordrhein-Westfalen, Gabriele Behler, bereits 40 zusätzliche Aufgaben gezählt. Seitdem seien viele weitere Aufgaben hinzugekommen und diese

anstrengender. Von daher, so die einhellige Meinung der anwesenden KollegInnen, sei das einzige, was wirkliche Entlastung brächte, eine Reduzierung der Unterrichtsstunden. Alles andere sei Augenwischerei.

Die schulpolitischen SprecherInnen, so schien es, mussten ihre Verteidigungslinie angesichts der Vehemenz der vorgetragenen Argumente etwas nach hinten verrücken. Nein, entschuldigen wollte sich die FDP-Vertreterin Anna von Treuenfels nicht dafür, dass es ihr Parteikollege Konteradmiral a.D. Rudolf Lange gewesen war, der das Modell eingeführt hatte. Sie sei damals noch gar nicht in der Politik gewesen. Sie sehe aber ein – und das erführe sie täglich auch als Mutter von schulpflichtigen Kindern –, dass mit der Arbeitsbelastung der LehrerInnen etwas nicht in Ordnung sei. Unabhängig davon, welches Abrechnungsmodell man denn nun habe, sei eine echte Entlastung nur durch eine bessere Finanzausstattung zu erreichen. Dem schloss sich in Maßen sogar der CDU-Sprecher Robert Heinemann an, der aber vor allem meinte, man könne

im System selbst noch viele Finanzierungsquellen auftun. Dies sahen Stefanie von Berg von den Grünen und Dora Heyenn skeptisch. Habe doch die Streichung von Aufgaben, wie man am Wegfall eines zweiten verpflichtenden Lernentwicklungsgesprächs deutlich zeigen könne, zur Folge, dass durch derartige finanzierungsneutrale Entlastungen sich die pädagogische Qualität verschlechtere. Während Stefanie von Berg sich für die Beibehaltung des AZM mit besserer Finanzausstattung aussprach, versuchte Dora Heyenn immer wieder, grundsätzlich das Prinzip der Stundenverteilung, wie es das AZM vorsieht, infrage zu stellen.

Allein Lars Holster von der SPD verteidigte das derzeitige Modell in Qualität und Quantität. Schließlich handelten die Sozialdemokraten gesamtverantwortlich. Die derzeitige Situation ließe angesichts der Schuldenbremse nun mal keine Mehrausgaben im Bildungsbereich zu.

Interessant auch, was er aus seiner Praxis als stellvertretender Schulleiter einer Schule im



Fotos: hlz

Von Konzepten, die nicht aufgehen und...

Entwicklung reiße nicht ab. Die Liste ließe sich beliebig verlängern und so gut wie nichts sei durch die Arbeitszeitverordnung abgebildet. So brachte es auch noch einmal unsere stellvertretende Vorsitzende Sigrid Strauss auf den Punkt. Statt sich aufs Kerngeschäft des Unterrichtens konzentrieren zu können, kämen immer neue Vorschriften. Die meisten hätten das Erstellen von Papiertigern zur Folge, die aber eben nicht dazu taugten, die eigentlichen Probleme zu entschärfen: Durch einen immer größer werdenden Anteil von verhaltensauffälligen SchülerInnen werde die Arbeit einfach



...immer neuen Papiertigern mit kurzer Haltbarkeitsdauer sprachen die Kolleginnen

der Mehrarbeit“



Süderelberaum als Erfahrung beschrieb: Viele Schulen litten unter dem permanenten Innovationsdruck, getrieben von der Angst, nicht genügend Anmeldungen zu haben und produzier-

denken, sind doch die Aufgaben in Verbindung mit der selbstverwalteten Schule unbenommen gestiegen. Dieses Kontingent darf – unter Abzug der A-Zeiten – so lange ausgeschöpft wer-

was direkt zu einer Mehrbelastung der unterrichtenden KollegInnen geführt hat. Dass darüber hinaus durch die Verteilung der F-Stunden die Gefahr wächst, dass sich Schulleitungen aus einem Machtkalkül heraus so etwas wie ein Hofschranzentum schaffen könnten, lässt sich nicht vollends wegdiskutieren. Hier sind die KollegInnen gefordert, über ihre Rechte auf der LehrerInnenkonferenz für Transparenz zu sorgen.

Es bleibt also die Frage, ob durch Konkurrenz das erreicht werden kann, was wir wollen: Kinder und Jugendliche so zu erziehen, dass sie ggf. den Mechanismen der gesellschaftlichen Zwänge widerstehen können, indem sie durch solidarisches Miteinander diese außer Kraft setzen können. Damit stand die Frage im Raum: Kann es eine gute Schule in einem falschen (Abrechnungs-)System geben? Bildhafter dazu Dora Heyenn: Schule sei keine Automobilfabrik, bei der es um Produktions- und Absatzzahlen gehe. Der Bildungsauftrag umfasse etwas anderes.

JOACHIM GEFFERS



„Wir sprechen über Betrug“, so Willi Bartels, Personalrat von der STS Mümmelmannsberg in Bezug auf das AZM

ten deswegen ein neues Projekt und/oder Profil nach dem anderen. Dass dies viel Arbeit bereite, sei ja allen bekannt. Arbeit, die in aller Regel eben auch nicht durch das AZM abgebildet sei. Er gebe dann immer den Rat, auf solche Dinge zu verzichten.

Hier offenbarte sich das zentrale Dilemma: Dass nämlich das von den Bildungspolitikern auf den Weg gebrachte Konzept der eigenverantwortlichen oder selbstverantworteten Schule vor allem eines produziert: Konkurrenz! Was sich immanently durch das AZM unter den KollegInnen abspielt, nämlich Konkurrenz um bessere Faktoren, was notwendiger Weise nicht selten Neid und Missgunst produziert und so die Atmosphäre vergiftet, kulminiert noch einmal in dem Verteilungskampf um die Funktionsstunden. Die Schulleitung entscheidet, wer davon wie viele bekommt. Und die muss zunächst einmal an sich selbst

den, bis 75% der einer Schule auf Grund der SchülerInnenzahl zugewiesenen Stunden erreicht sind. D.h. 75% der Stunden müssen also für unterrichtliche Zwecke genutzt werden.

Es scheint so, dass in den vergangenen Jahren der Topf der Funktionszeiten immer mehr in Anspruch genommen wurde,



Die Zukunft lässt grüßen

Streik weiblich?

Spannend findet es Cornelia Rottmann erstmals als Frau einen Streik zu leiten, den viele KollegInnen mittragen.

Die Auseinandersetzungen bei Neupack beschäftigen das Arbeitsgericht. Familie Krüger hat bisher keinen Prozess gewonnen, weil sie in ihrem Willkürregime selbst die schwachen Rechte der Betriebsräte ignoriert. Cornelia Rottmann, die IG BCE (Bergbau, Chemie, Energie)-Streikleiterin im Zweigwerk Rotenburg, beschreibt Zusammenhänge und Erfahrungen.

hlz: Cornelia, wie bist du in die Streikleitung gekommen?

Cornelia Rottmann: Es bahnte sich an, dass keine Einigung bei Neupack zu erreichen war. Auch der Warnstreik hatte keine Wirkung erzielt. Nach der Urabstimmung hat die IG BCE die anstehenden Aufgaben unter den Gewerkschaftssekretären verteilt. Mir fiel die Streikleitung in Rotenburg zu. Für mich eine



„Insbesondere russische Frauen feuern ihre männlichen Kollegen an.“ (Cornelia Rottmann im Gespräch mit Peter Klemm)

ganz spannende Aufgabe, zum ersten Mal einen Streik zu leiten.

hlz: Wie reagierten die Kollegen auf eine weibliche Streikleitung?

Cornelia Rottmann: Ich habe keine Probleme gehabt.

hlz: Auch nicht mit Menschen aus anderen Kulturkreisen?

Cornelia Rottmann: Nein. Natürlich kamen Sprüche, die man auch sonst als Frau zu hören bekommt. Probleme – nein. Ich möchte hier mal sagen, dass die Frauen bei Neupack den Streik wesentlich mittragen und dass es insbesondere russische Frauen sind, die ihre Kollegen eher noch anfeuern!

hlz: Die Neupack-Eigentümer überziehen euch als Gewerkschafter mit Gerichtsverfahren, aktuell wegen Bildung von „Menschentrauben und Menschenketten“. Hat es schon vorher Auseinandersetzungen vor Gericht gegeben?

Cornelia Rottmann: Ja, der Betriebsrat sollte kalt gestellt werden: ihm wurden Mitbestimmungsrechte verweigert, dagegen musste er sich natürlich wehren. Außerdem hat Neupack versucht, aktive BR-Mitglieder unter Vorwänden zu kündigen. Drei Prozesse haben sie schon verloren, die anderen sind noch anhängig.

Es ist schon hart.

hlz: Was wollte Neupack mit dem Prozess erreichen?

Cornelia Rottmann: Einen störungsfreien Weiterbetrieb, freien Zugang für Streikbrecher, Verhinderung der Kommunikation zwischen den Streikenden einerseits und den Arbeitswilligen sowie den polnischen Streikbrechern andererseits.

Die Streikenden sollen sich ohnmächtig fühlen.

hlz: Wie haben die Neupack-Eigentümer die Situation vor dem Werkort für das Gericht beschrieben?

Cornelia Rottmann: Die Streikenden seien laut, aggressiv, träten mit drohender Haltung auf, bespuckten Leute, ergingen sich in Beleidigungen.

In Wirklichkeit agierten die Streikenden ausdrücklich besonnen. Sie wollten schließlich ihre KollegInnen gewinnen. Wenn nicht heute, dann morgen.

Es ist wirklich genau andersherum. Die Neupack-Eigentümer schikanieren und bedrohen die Streikenden, sie setzen Hunde ohne Maulkorb ein, der Wachdienst greift nicht beschwichtigend ein, sondern heizt die Stimmung an mit aggressiver Wortwahl und starker körperlicher Präsenz.

hlz: War das Betriebsklima vor dem Streik besser?

Cornelia Rottmann: Es hat im Prinzip immer ein rauer Ton geherrscht, gerade auch von Seite der Vorgesetzten. Sprüche wie „He, fauler Sack, geh mal rüber zu der Votze ...“ sind gängiges Vokabular.

hlz: Was hat das heutige Urteil erbracht?

Cornelia Rottmann: In der ersten Instanz waren Menschentrauben und Menschenketten faktisch verboten worden. Damit wurde die Kommunikation vor Ort weitestgehend verhindert. Jetzt, in der Berufung, wurden

sie in legales Fahrwasser gebracht und nur ein zeitlicher Rahmen gesetzt: 15 Min. darf der Betriebsbeginn verzögert werden. Richtige Blockaden

sind weiterhin nicht statthaft.

hlz: *Wie fühlt sich das an?*

Cornelia Rottmann: Erleichterung und Genugtuung!

Wir setzen weiter auf eine tarifliche Lösung, die die Existenz in den unteren Lohngruppen sichert und ein Leben in Würde ermöglicht.

hlz-Fragen: PETER KLEMM

Wir zeigen euch, was Sache ist

Auf der GEW Aschermittwoch-Demo lädt NEUPACK-Betriebsrat Murat Günes alle LehrerInnen zu aktiver Solidarität ein

Liebe Freunde,
danke, dass ihr mir die Gelegenheit gebt, kurz zu euch zu sprechen.

Ich finde es gut, dass ihr für bessere Arbeitsbedingungen auf die Straße geht.

Das tun wir auch.

Wenn ihr die *hlz* gelesen habt oder die *taz* oder das *Abendblatt*, dann wisst ihr vielleicht:

Wir sind im Streik und das seit 106 Tagen, seit dem 1. November 2012.

- Wir streiken für mehr Lohn, für bessere Arbeitsbedingungen,
- wir streiken gegen die Guts-herrenart, mit der uns Neupack das Leben und die Arbeit schwer macht.

Ja, es schlägt 13!!!!

Nicht nur bei euch in den Schulen, auch bei uns!

Man mag es kaum glauben,

aber das ist die Realität:

- Wir arbeiten in drei Schichten, rund um die Uhr und viele von uns bekommen grad mal ein bisschen mehr als acht Euro die Stunde.
- Wir werden nach Nase bezahlt, wer kuscht, bekommt mehr, wer aufmuckt, wird bestraft, und Betriebsräte oder gar Gewerkschaften und vor allem Tarifverträge mögen die gar nicht.

Und das alles hier in Hamburg.

Wir haben nichts gegen ehrbare Kaufleute, aber wir haben alles gegen Leute, die meinen, Demokratie höre vor dem Werkstor auf.

Meine Bitte an euch ist:

- Seid solidarisch – nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten!
- Wenn ihr euren Schülern die Realität der Arbeit zeigen

wollt, kommt uns in Stellungen besuchen! Wir zeigen euch, was Sache ist! Und wie man sich für die eigenen Rechte einsetzt.

- Macht auch für uns und unsere Sache Reklame – ihr seid die Guten, wir aber auch!

DANKE



Seid solidarisch - nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten!

... und so ist der aktuelle Stand

Mühsam geht es weiter im Neupack-Streik. Erst war Firmeninhaber Krüger vor dem Arbeitsgericht mit einem Streikverbot gescheitert. Dann demonstrierten die Beschäftigten mehrfach durch Streikunterbrechungen ihren guten Willen und ihre Disziplin trotz der wachsenden Wut. Nun gibt es wohl nach drei Monaten Arbeitskampf einen vorsichtigen Ansatz von Verhandlungen.

Neupack hat angekündigt, Anfang März ein „finanzielles Gesamtangebot“ zu präsentieren. Die IG BCE-Leitung dazu: „Wir sind also auf dem richtigen Weg“.

Parallel dazu gibt es Initiativen und Beschlüsse aus DGB-Gewerkschaften, etwas gegen die Unterhöhlung des Streikrechtes durch den Einsatz von Leiharbeitern zu unternehmen. Die Unzulässigkeit von befris-

teten Einstellungen während eines Arbeitskampfes (wie bei Neupack geschehen) soll durch gesetzliche Regelungen u.a. im Tarifvertragsgesetz, Betriebsverfassungsgesetz oder gar Grundgesetz eindeutig geregelt werden. Sonst steht das bundesdeutsche Streikrecht nur noch auf dem Papier. Eine Existenzfrage für alle Gewerkschaften.

STEFAN GIERLICH



INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

We are the world

Auch in diesem Jahr initiiert die GEW einen Wettbewerb für Schulen in Sachen bessere Bildungschancen weltweit

Wer möchte nicht dazugehören zur Weltklasse, die alle Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer verbindet? “Gesucht: Weltklasse! Lehrer für alle” lautet das Motto der Globalen Bildungskampagne für 2013. Jedes Kind auf dieser Welt hat das Recht zu lernen, Wissen zu erwerben, seine Potentiale zu entfalten und weiterzuentwickeln. Sowohl in der Kinderrechtskonvention, den Gesetzen von Ländern wie auch in den von der UN bis 2015 zu erreichenden Millenniumsentwicklungszielen wird dies festgelegt.

Dass immer noch 62 Millionen Kindern weltweit der Zugang zu Bildung verschlossen ist und viele Millionen Kinder nur unzulänglich Bildung erfahren können, liegt zum Grossteil an dem katastrophalen Mangel an ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern. Laut dem UNESCO Bildungsbericht von 2012 fehlen weltweit 1,7 Millionen Lehrkräfte, wenn man von einem Lehrer-SchülerInnen-Verhältnis von 1:40 ausgeht.

Wie ist es möglich, gute Lernergebnisse zu erzielen, wenn eine in einem einwöchigen Kurs

ausgebildete Lehrkraft 80 und mehr Kinder mit unzureichendem oder gar ohne Material in engen räumlichen Bedingungen, provisorischen Gebäuden oder unter freiem Himmel unterrichten muss? Die diesjährige Kampagne hat den großen Mangel an Lehrerinnen und Lehrern, die großen Defizite in der Aus- und Weiterbildung, sowie die meist äußerst prekäre Einkunftssituation der Lehrkräfte in den Ländern des Südens zum Thema.

Das Thema bietet sicher auch eine gute Möglichkeit, über die Aufgaben und Rolle der Unterrichtenden sowie den Lehrer- und FachlehrerInnenmangel an unseren Schulen zu diskutieren.

Der Schwerpunkt der Globalen Bildungskampagne liegt jedoch auf der Situation in den Ländern des Südens. Die Unterrichtsmaterialien zeigen Länder- und Fallbeispiele mit Arbeitsblätter aus Argentinien, Nigeria und den Philippinen. Sie sind unter www.bildungskampagne.org kostenlos herunterzuladen. Kolleginnen und Kollegen erfahren auf dieser website auch, wie sie mit ihren Schülerinnen und Schülern an der Kampagne

teilnehmen können, welche Bedingungen sie erfüllen müssen, wenn sie das “Weltklasse”-Siegel für ihre Lerngruppe oder für die ganze Schule erlangen möchten. Darüber hinaus führen Links auf der website zu vielen Zusatzinformationen.

Die Globale Bildungskampagne, an der sich die GEW zusammen mit 8 Nichtregierungsorganisationen seit 2003 in Deutschland beteiligt, hat im Laufe der Jahre neben dem Bewussteinmachen der Bildungssituation in den Ländern des Südens bei unseren Schülerinnen und Schülern ein wichtiges politisches Standbein aufgebaut. Wir sind anerkannte Gesprächs- und Gremienpartner im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geworden, wo wir uns erfolgreich für die Verwirklichung des Schwerpunkts Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit einsetzen.

Die Schulen sind aufgefordert, Bezirks-, Bürgerschafts- oder Bundestagsabgeordnete sowie die Lokalpresse in den Unterricht einzuladen, um mit ihnen den Lehrermangel weltweit zu diskutieren und ihnen die Forderung “Lehrer für alle” zu überbringen

Die Aktionswochen „Gesucht: Weltklasse! Lehrer für alle“ laufen dieses Jahr in der Zeit vom 21. April bis zum 9. Juni.

BARBARA GEIER
Ruheständlerin

Alles stabil

Die Ergebnisse zeigen einen ungebrochenen Trend hin zum Gymnasium und mit ähnlicher Deutlichkeit, wer die Lasten der Inklusion trägt

Der Senator freut sich: „Die Anmeldezahlen für Hamburgs Stadtteilschulen und Gymnasien für das kommende Schuljahr sind stabil.“ (Presseerklärung der Schulbehörde vom 13. Februar).

Doch so stabil, wie uns der Senator Glauben machen will, sind die Anmeldezahlen nicht.

Schon gar nicht stabil sind die Verhältnisse an vielen Schulen. Und das, was stabil ist, gibt eher Grund zur Besorgnis.

Stabil ist der stetig wachsende Anteil von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf (§ 12), die mit einem Sparmodell von Inklusion abgespeist werden.

Am 8.2.2012, vor einem Jahr, waren nach Angaben der Schulbehörde 5784 Schülerinnen und Schüler für die neuen 5. Klassen an den Stadtteilschulen angemeldet. Davon hatten nach Behördenangaben 594 einen Förderbedarf nach §12 Schulgesetz, das entspricht ca. 10,2% der gesamten Anmeldungen an STS. Der tatsächliche Förderbedarf ist höher anzusetzen, da Defizite im Bereich LSE (Lernen, Sprache, emotionale Entwicklung) häufig erst im Verlauf der Klasse 5 festgestellt werden.

Ein Jahr später, am 11.2.2013, haben Eltern 5405 Kinder an den STS angemeldet, davon 683 mit einem Förderbedarf nach § 12, das entspricht 12,6%. Der weitest große Teil von ihnen mit einem Förderbedarf LSE. Dieser entspricht 10,88% der Förderquote.

Allerdings bekommen die

Schulen deswegen nicht mehr Ressourcen, die werden "systemisch" zugewiesen, beruhen auf wirklichkeitsfremden Annahmen und werden unabhängig von der tatsächlich Zahl der förderbedürftigen Schülerinnen und Schüler an einer Schule zugewiesen. Von weiten Teilen der Öffentlichkeit, der Elternschaft und von den beteiligten PädagogInnen wird dabei die Umsetzung der Inklusion in der gegenwärtig praktizierten Sparversion zu Recht als Problem wahrgenommen. Das schlägt sich natürlich auch in den Anmeldungen nieder.

Mehr Inklusion ist gewollt und begrüßenswert, sie darf allerdings nicht an wenigen Schulen konzentriert werden und als Sparmodell die Inklusion als solche in Verruf bringen.

Und die Gymnasien? Auch Gymnasien betreiben Inklusion: 15 von 6682 Kindern oder 0,24 Promille haben den §12-Status. An keinem Gymnasium sind mehr als 2 von ihnen angemeldet.

Stabil ist der Trend zum Gymnasium.

Das heißt: nur für Eltern von Kindern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf besteht die reale Alternative: „8-zügiges Gymnasium oder Stadtteilschule mit der Möglichkeit des Abiturs nach 9 Jahren“.

Rechnet man die Kinder mit §12-Förderbedarf aus den Zahlen der Schulbehörde heraus, ergibt sich ein deutlicher und ungebrochener Trend zum Gymnasium.

57,1% der Eltern von Kindern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf haben das Gymnasium gewählt, im Vorjahr 56,2. Für die STS ergeben sich entsprechend 42,9 und 43,7%. Beunruhigend sind dabei weniger die Prozentzahlen eines Jahres, sondern eher der Trend: Jedes Jahr verschiebt sich das Verhältnis zu Gunsten der Gymnasien, ein 40 zu 60 Verhältnis ist nicht mehr weit. Von zwei gleichberechtigten Säulen kann nicht die Rede sein, von Stabilität schon gar nicht. Wirklich heterogene Lerngruppen, Voraussetzung für erfolgreiches gemeinsames Lernen und gelingende Inklusion, finden sich deshalb an allen Stadtteilschulen immer seltener. Sie geraten in eine Abwärtsspirale, da sie so für Eltern zunehmend weniger attraktiv werden.

Stabil ist das Auseinanderdriften der Stadtteilschulen.

Das ist zum Glück noch nicht an allen Stadtteilschulen so.

Die Anmeldezahlen verteilen sich ganz unterschiedlich auf die STS'en.

Vor allem ehemalige Gesamtschulen haben nach wie vor hohe Anmeldezahlen und werden Kinder abweisen müssen, da sie aus allen Nähten platzen und die Raumsituation schon im Rahmen der behördlich vorgegebenen Zügigkeit vielerorts katastrophal ist.

Wie man der Presseerklärung der Schulbehörde entnehmen kann, hat auf der anderen Seite fast jede 5. Stadtteilschule die Mindestzügigkeit in der diesjährigen Anmeldeunde nicht erreicht. Diese Schulen liegen häufig in sozialen Brennpunkten. Da von Stabilität zu sprechen, zeugt schon von einem gewissen Realitätsverlust.

Auch die Flickschusterei mit dem Umlenken von SchülerInnenströmen über Zweitwahl wird dieses Jahr nicht so reibungslos funktionieren.

Ähnlich unterschiedlich ver-

hält es sich mit der Verteilung der Inklusionskinder. Ein Extrembeispiel: An einer STS kommen auf 33 Kinder ohne Förderbedarf 15 §12-Fälle, also fast ein Verhältnis 2 zu 1. Als Einzelfall kann man das nicht abtun. An vielen Schulen in sozialen Brennpunkten liegt der Anteil der Inklusionsschüler zwischen 20 und 30 Prozent weit jenseits der systemischen Zuweisung und der Erwartungen der behördlichen KESS- und Inklusionstheoretiker.

Verhältnisse wie sie z.B. die Schulleiter der Elbinselschulen sowie Kollegium und Betriebsgruppe der Nelson-Mandela-Schule in Briefen an die Behörde beklagen, entstehen dann zwangsläufig. Sie sind unausweichlich, wenn die Umsetzung der Inklusion – in sehr unterschiedlichem Ausmaß – von Klasse 1-4 von 204 Grundschulen geschultert wird, um danach nahezu vollständig auf 57 Stadtteilschulen überzugehen

und wenn sie sich auch da wieder sehr unterschiedlich auf die einzelnen Schulen verteilt.

Was passieren muss:

Das bisherige Sparmodell der Inklusion muss durch ein Modell ersetzt werden, in dem alle Schülerinnen und Schüler adäquat gefördert werden und Lehrer-, Sozialpädagogen- und ErzieherInnen die notwendigen zeitlichen Ressourcen haben, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können.

Also ein Modell, in dem die von der GEW aufgestellten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Inklusion erfüllt sind. Anknüpfen kann man an den positiven Erfahrungen der I-Klassen, die nicht als Problem sondern eher als Vorbild gesehen wurden und auch von Eltern von Kindern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf gerne ausgewählt wurden. Die geforderten multiprofessionellen Teams sollten nicht nur außerhalb des

Unterrichts zusammenarbeiten, sondern sie müssen auch den Unterricht gemeinsam gestalten. Doppelbesetzung ist also notwendig.

Das zweigliedrige Schulsystem ist im Prinzip selektiv. Im Kontext mit der sozialen Spaltung der Stadt Hamburg führt das dazu, dass Probleme in bestimmten Stadtteilen an bestimmten Schulen geballt auftreten. Dieses System muss auf den Prüfstand und durch ein System ersetzt werden, in dem an allen Schulen ein positives Lernklima realisiert werden kann. Eben eine Schule für alle.

LORENZ IVERSEN
Vorsitzender der LehrerInnenkammer

Hinweis: Zu Grunde gelegt wurden die von BSB ermittelten Zahlen vom 8.2.2012 und vom 11.2.2013, sowie die Presseerklärung der BSB vom 13.2.2013

SCHULENTWICKLUNGSPLAN (SEPL)

Einmalige Vielfalt

Offener Brief der Betriebsgruppe der Beruflichen Schule Uferstraße (W2) zur geplanten Umstrukturierung der Beruflichen Schulen im Zuge der Schulentwicklungsplanung (SEPL)

*Sehr geehrter Herr Rabe,
...sehr geehrte Damen und Herren,*

Die W2 ist anders! Wie keine andere berufliche Schule in Hamburg vereint die Berufliche Schule Uferstraße (W2) unterschiedlichste Bildungsniveaus – knapp 1000 SchülerInnen ohne und mit Behinderung werden gemeinsam auf Ausbildung, Beruf oder Studium vorbereitet. Diese einmalige Vielfalt und gelebte Inklusion drohen nun zerstört zu werden.

Im Rahmen einer Fusion mit der Nachbarschule sollen traditionelle Ausbildungsgänge aus den Bereichen Gesundheit und Hauswirtschaft (Haus- und FamilienpflegerIn und Haus-

wirtschafterIn) zugunsten eines Mono-Schulzentrums ausgegliedert werden. So ginge ein hamburgweit bekanntes, gewachsenes System professioneller Strukturen auch auf Kosten der SchülerInnen mit Behinderung verloren. Die geplanten Maßnahmen würden darüber hinaus erhebliche Mengen an Steuergeldern verschwenden. Die Betriebsgruppe spricht sich daher gegen die Zerschlagung der W2 und gegen die Fusion der beiden Schulen aus!

Im Folgenden legen wir im Einzelnen dar, was unseres Erachtens im Wesentlichen für den Erhalt der W2 spricht:

Die W2 ist inklusiv! Inklusion bedeutet, ge-



mäß UN-Behindertenrechtskonvention, dass allen Menschen eine gleichberechtigte Teilnahme an unserer Gesellschaft ermöglicht werden soll. Der Hamburger Senat hat erst im Dezember 2012 die Bedeutung von Inklusion durch Verabschiedung eines Landesaktionsplans hervorgehoben, der u.a. von der Schulbehörde erarbeitet wurde. An der W2 findet seit vielen Jahren inklusives Schulleben statt. Hier begegnen sich Menschen mit und ohne Behinderung, verbringen gemeinsam Zeit und profitieren wechselseitig, indem sie wie selbstverständlich miteinander agieren. Dies geschieht nicht nur im Unterricht und in den Pausen, sondern auch bei der Nahrungszubereitung und der Essensausgabe sowie bei außerschulischen Projekten, wie etwa dem Catering bei extern gebuchten Veranstaltungen.

Die geplante Umstrukturierung zum „Fachschulzentrum Sozialpädagogik“ mit einer fachlich abgesonderten Abteilung für Menschen mit Behinderung hätte zur Folge, dass die Schule dann nur noch aus Betreuern und „Betreuten“ bestünde. Dies wäre ein Rückschritt; erreichen ließe sich allenfalls Integration, da dem Gemeinsamsein und -handeln das Selbstverständliche verloren ginge – damit würde auch der aktuellen Forderung nach Gleichberechtigung im inklusiven Sinne widersprochen. Mit der geplanten Ausgliederung etwa der benannten hauswirtschaftlichen und pflegerischen Bildungsgänge ginge der W2 also die für Inklusion hier notwendige berufliche und fachliche Breite verloren.

Die W2 ist Unterstützung Benachteiligter!

Neben der Besonderheit, dass an der W2 SchülerInnen mit Handicap auf einen Beruf vorbereitet werden, ist sie traditionell auch eine Schule, die vorwiegend von jungen Frauen besucht wird. Durch die zumeist weiblich dominierten Ausbildungsgänge im Bereich Gesundheit und Hauswirtschaft (Haus- und FamilienpflegerIn, HauswirtschafterIn, FachpraktikerIn Hauswirtschaft) hat sich die W2 über viele Jahre zu einem Standort entwickelt, an dem Frauen bis heute eine starke Interessengruppe bilden und sich dadurch optimal entfalten können. Dies ist besonders deswegen wichtig, weil sie vielfach



Never change a winning team – Kolleginnen der W2

aus bildungsfernen Familien stammen oder anderweitig Benachteiligte sind. Ausgelagert und als Minderheit in ein anderes, großes Schulzentrum integriert, ginge diesen jungen Frauen ein solcher Rückhalt verloren!

Die W2 ist günstig! Die W2 verfügt über sechs professionell ausgestattete Großküchen, die derzeit saniert werden. Zwei weitere Küchen werden neu gebaut. Mit der geplanten Umstrukturierung werden die meisten Küchen überflüssig und müssten an anderen Orten neu gebaut werden. Dadurch entstünden unnötige Kosten in Millionenhöhe. Auch die Planung der Umstrukturierung sowie weitere Umbaumaßnahmen, der Umzug u.a. würden ohne erkennbare Notwendigkeit Unsummen an Steuergeldern verschlingen.

Nach allem kann die Betriebsgruppe der W2 in der geplanten Umstrukturierung keinen Gewinn für die SchülerInnen und die Schulqualität der berufsbildenden Schulen in Hamburg erkennen. Weshalb sollte die Berufliche Schule Uferstraße als einmaliges, gut funktionierendes und gewachsenes Gefüge zerschlagen werden?

Die W2 muss anders bleiben!

Mit freundlichen Grüßen

Die Betriebsgruppe der Beruflichen Schule Uferstraße (W2), 7.2.13



Die eine oder der andere hz-LeserIn hat es vielleicht gemerkt: nicht in jedem Jahr gab es eine Frauen-Ausgabe im März. Dass wir in diesem Heft einen Frauen-Schwerpunkt machen konnten, liegt nicht an neuen Themen: nach wie vor ist die Gleichstellung von Frauen in Schule und Hochschule Wunsch, nicht Wirklichkeit; nach wie vor ist Sexismus und sexualisierte Gewalt ein Thema, mit dem Frauen und Mädchen in der Schule, auch in Lehrbüchern konfrontiert sind; nach wie vor sollen Mädchen, schon die kleinen, z.B. mit Hilfe von Werbung dazu abgerichtet werden, die zugeschriebenen Rollen widerspruchlos zu übernehmen. Aber nicht nur pink stinks – es stinkt – den Frauen – viel mehr! Bei der one billion rising-Aktion am 14.2. haben Tausende es weltweit gezeigt. Auf all das wollen wir einen Blick werfen.

Aufstieg von GrundschullehrerInnen – eine Frage der Chance?

Warum es so wenige Grundschul-Schulleiterinnen trotz überwiegend weiblicher Kollegien gibt

In den Jahren 2010 bis 2012 führte ich eine empirische Untersuchung mittels Interviews und ethnographischer Beobachtung in Schleswig-Holstein durch, um die Aufstiegswege von Grundschullehrer/innen ins Schulleitungssamt zu analysieren.

Das Ergebnis war ein Potpourri verschiedenster Aufstiegsstrategien. Die fakultative Qualifizierungssituation macht es möglich: Fernstudiengang oder regionale Fortbildungskurse? Aufstieg über kommissarische Leitungspositionen oder Erfahrung sammeln durch langjährige Lehrer/innentätigkeit? Schulwechsel oder Positionsübernahme an der eigenen Schule? Jeder dieser Wege kann letztlich zum Ziel führen.

Weder die Grundschullehrerinnen noch die -lehrer verfügen über ein Patentrezept für den Aufstieg – dabei kann die Geschlechtszugehörigkeit eine Rolle spielen, aber sie muss es

nicht. Die beobachteten vielgestaltigen Doing Gender-Prozesse jedoch haben letztlich immer eine Auswirkung im Hinblick auf die Chancengleichheit der Geschlechter bei der Bewerbung auf Leitungsstellen.

Beispielhaft soll hier der Aspekt der Ermutigung zu beruflichem Aufstieg aufgegriffen werden. Grundschullehrern wird eine eindringliche und frühe Ermutigung entgegengebracht, sich auf einen Schulleitungsposten zu bewerben. Diese wird primär von männlichen Personen ausgesprochen. Befragte Grundschullehrer berichten:

„Mein Chef hat gesagt, ich soll das hier mal starten. Er ist ja auch nicht mehr ewig Schulleiter.“ Und: „Also mein Studienleiter, der mich mit ausgebildet hat im Referendariat schon, der hat mir gleich, nachdem ich fertig war, empfohlen, mich auf 'ne Konrektorenstelle zu bewerben. Also, der sagte gleich nach dem

Referendariat: So, jetzt wegbewerben, Konrektor.“

Auffällig ist hier der Zeitpunkt der Ermutigung: Die Ermutigten befinden sich noch im Referendariat bzw. haben ihre Lehrtätigkeit gerade erst begonnen – eine besondere Befähigung hinsichtlich Führungsfähigkeiten und Leitungsgeschick konnten sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht nachweisen.

Wie lässt sich das Zutrauen der Schulleiter in noch unerfahrene Referendare erklären? Die Sportpsychologin Dorothee Alfermann von der Universität Leipzig fand 1996 heraus, dass „...im allgemeinen die eigene Gruppe positivere Eigenschaften als andere Gruppen [erhält]“. Der Ermutigung liegt somit eine Art Vorschusskredit zugrunde, die auf Geschlechtszugehörigkeit basiert. Dabei bezieht sich der Aspekt der „eigenen Gruppe“ nicht nur auf dieselbe Geschlechtsgruppe, sondern ebenso



Der andere Blick



auf die Perpetuierung des eigenen biographischen Musters: Die ermutigenden Schulleiter haben ihre Position selbst in jungem Alter eingenommen. Ein befragter Grundschullehrer erzählt:

„Mein damaliger Schulleiter ist selber mit 27, glaube ich, Rektor geworden, also sehr früh und hat von vornherein gesagt: zu jung bin ich nicht. Ich war auch nicht so alt. So nach dem Motto.“

Die frühzeitige geschlechtshomogene Ermutigung von Grundschullehrern durch Schulleiter geschieht in einem Arbeitsfeld, das weiblich konnotiert ist und in dem das Personal häufig zu 100% aus Lehrerinnen besteht. Da also in den meisten Kollegien männliche Lehrkräfte – falls überhaupt zugegen – eine extreme Minderheit bilden, kommt ihnen eine erhöhte Sichtbarkeit zu. Extreme Minderheit bedeutet, dass der Anteil an einer Gruppe kleiner als 15% ist. Vor dem Hintergrund der Männlichkeitsforschung kann davon ausgegangen werden, dass dies für Männer etwas anderes bedeutet als für Frauen. Eine bekannte Untersuchung stammt von Kanter (1977) und zeigt, dass *Frauen als extreme Minderheit* in Arbeitszusammenhängen deutliche Nachteile haben: Sie werden als „Token“ wahrgenommen, d.h. in erster Linie als Vertreterinnen ihres Geschlechts, was bedeutet, dass ihre individuellen Merkmale und Leistungen in den Hintergrund treten und von ihnen ein geschlechtstypisches Verhalten erwartet wird. Sie fallen folglich auf und damit auch leicht heraus: Die Gefahr der sozialen Isolation besteht. Zugleich sind sie einem größeren Leistungsdruck ausgesetzt. Eine Studie von Dickenberger und Rutz (2002) zeigt demgegenüber für *Männer in der extremen*

Minderheit, dass Token-Effekte und die damit verbundenen oben beschriebenen Nachteile nur eintreten, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: niedrige Kompetenz seitens des Mannes und hohe Kompetenz seitens der Mehrheit der Frauen. Sind Männer in der Minderheit in einer Gruppe von Frauen, von denen sie annehmen oder wissen, dass diese die gleiche Kompetenz wie sie selbst besitzen, profitieren sie von dem Geschlechtsstereotyp, das Männern ‚automatisch‘ eine höhere Kompetenz als Frauen zugestehet.

Männliche Lehrkräfte im Feld der Grundschule haben also Vorteile durch ihren Token-Status und durch geschlechterstereotypisierende Zuschreibungen: Ihnen wird qua Geschlecht Führungskompetenz zugeschrieben. Die Zuschreibungspraktiken der männlichen Schulleitungen sind zugleich „Gatekeeper-Praktiken“ (Faustich-Wieland), d.h. sie beteiligen sich an „Regulierungsprozesse(n) zwischen Geschlecht und Aktivitätsräumen“ und damit an der Reproduktion von hierarchischen Verhältnissen entlang der Geschlechtergrenze.

Nun kann man fragen, ob nicht

die quantitative Dominanz von Frauen im Feld Grundschule – lt. Statistischem Bundesamt 2011 beträgt der Anteil männlicher Lehrkräfte nur 12% – zwangsläufig dazu führt, dass immer mehr Frauen auch Schulleiterinnen werden.

Mit Blick auf einige der interviewten Lehrerinnen zeigt sich jedoch ein weiterer Doing Gender-Mechanismus, der sich ungünstig auf die Chancengleichheit auswirkt, d.h. für die sich bewerbenden Lehrerinnen nachteilige Folgen hat. Der oben beschriebene Rekurs auf eine positive Konnotation von Männlichkeit und Führung findet sich nämlich auch in den Wahrnehmungen und Aussagen einiger Lehrerinnen. Ähnlich wie die männlichen Schulleitungen unterstellen diese Lehrerinnen ebenfalls ihren Kollegen ein quasi natürliches Aufstiegsinteresse: *„Grundschullehrer gibt es ja nun sehr wenig. Und wenn man dann Grundschullehrer ist, dann denkt man wahrscheinlich auch: dann muss ich auch Schulleiter werden.“* Und: *„Die Männer, das zeigt sich jetzt auch so, die machen jetzt – zack – ihr Studium und am Ende steht auch*





schon eine Schulleiterstelle.“

Diese Aussagen geben einerseits Beobachtungen und Erfahrungen wieder; andererseits tragen sie zur Aufrechterhaltung männlicher Stereotype bei. Denn in den Interviews dieser Befragten finden sich keine Aussagen, die diese Beobachtungen in Frage stellen würden – vielmehr erscheint ihnen die Zielstrebigkeit der Kollegen normal und natürlich. Damit beteiligen sie sich allerdings an der Reproduktion einer naturalisierten Dichotomie im Geschlechterverhältnis zu Ungunsten ihrer selbst.

Trotz der Hartnäckigkeit stereotyper Sichtweisen im Berufsfeld Grundschule geben

die Interviews auch Aufschluss darüber, dass Grundschullehrerinnen den Aufstiegsweg ins Schulleitungsamt entschlossen und zielsicher verwirklichen. Und mehr noch: Dies gelingt einigen von ihnen trotz ausbleibender Ermutigung auch bereits in jungen Jahren. Zuträglich ist ihnen auf ihrem Weg, dass sie kritischen Reaktionen oder herabsetzenden Vorannahmen ihres beruflichen Umfeldes nur einen marginalen Stellenwert beimessen. Weder benötigen sie für das Zutrauen in ihre Fähigkeiten einer Zustimmung noch beeinflussen Urteile ihre weiteren Handlungsschritte. So resümiert eine 36jährige Grundschullehrerin

im Interview: „Also, ich glaube schon, dass bei manchen so im Hinterkopf ist: Die will aber ganz schön viel. Was macht die denn da?“ Nachfrage der Interviewerin: „Erinnern Sie sich an einzelne Reaktionen?“ Lehrerin: „Nö. – Nö, eigentlich nicht.“ Mein Fazit lautet daher: Chancengleichheit ist grundsätzlich gegeben – aber es muss weiterhin am „Undoing Gender“, anders ausgedrückt: an der „Entdramatisierung von Geschlecht“ (Faulstich-Wieland) gearbeitet werden.

WIEBKE BOBETH
(unter Mitarbeit von
BARBARA SCHOLAND)

Spitzenpositionen – Fehlanzeige

Köpfe zählen allein reicht nicht, um sich über die Gleichstellung ein Bild zu machen

Wandel und Persistenz

Das Thema Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Wissenschaft hat enorm an Präsenz gewonnen. Zahlreiche Projekte und Programme

wurden initiiert, um mehr junge Frauen für natur- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge zu gewinnen und der geschlechtstypischen Fachwahl entgegenzuwirken. Häufig wird

bereits in der Schule angesetzt, etwa mit Mentoring-Angeboten oder einem Schnupperstudium für Schülerinnen. Hinzu kommen Initiativen, die mehr Frauen dorthin bringen sollen, wo sie in allen wissenschaftlichen Disziplinen selten zu finden sind: an die Spitze. Über das Professorinnenprogramm von Bund und Ländern wurden beispielsweise seit 2007 über 260 Professuren (mit-) finanziert, sofern sie mit Frauen besetzt wurden. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat alle Hochschulen verpflicht-





Der andere Blick



tet, Konzepte und Richtwerte für eine verbesserte Frauenbeteiligung festzulegen und diese regelmäßig zu überprüfen. Das ist ein wichtiges Signal, denn die DFG ist der wichtigste Förderer von Forschung in Deutschland.

Bei soviel Aktivität entsteht leicht der Eindruck, dass Thema Gleichstellung in der Wissenschaft sei in ganz naher Zukunft passé. Mancherorts murren Professoren, es müsse doch möglich sein, endlich auch mal wieder einen Mann einzustellen. Die faktische Bilanz sieht anders aus: Noch immer prägen Geschlechterstereotype die Wahl des Studienfachs und noch immer gibt es wenige Frauen in akademischen Spitzenpositionen. Der internationale Vergleich, der für die Wissenschaft insgesamt an Bedeutung gewinnt, offenbart Mängel im deutschen Wissenschaftssystem. Anderen Ländern gelingt es offenbar besser, Frauen einzubinden. Dies zeigt auch: Geschlechterarrangements sind nicht naturgegeben.

Blick ins Kaleidoskop möglicher Erklärungen

Was aber hält Frauen in Deutschland von Spitzenpositionen ab? Hierzu wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Untersuchungen vorgenommen. Eine befriedigende Erkenntnislage liegt jedoch noch nicht vor, denn das Thema erweist sich als hochgradig komplexer Forschungsgegenstand. Karrieremotivation, eine historisch gewachsene männliche Prägung der Wissenschaft, gesellschaftliche Rollenmodelle, unterschiedliche Unterstützungs- und Ermutigungskulturen für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sind ebenso Faktoren wie Diskriminierung und die unterschiedliche Leistungsbewertung von

**Internationaler Frauentag
Hamburg**

Das Hamburger Frauenbüro lädt ein zu einer politischen Diskussion am Internationalen Frauentag 2013

am 8. März 2013, 17.00 Uhr
Universität Hamburg DWP (ehem. HWP) Hörsaal,
Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg

Begrüßung: Prof. Dr. h.c. Christa Rendio-Pletch, 1. Vorsitzende Landesfrauenrat Hamburg e.V.
Luise Günther, ASSA Universität Hamburg

Gute Arbeit - Gutes Leben
Claudia Menne, Europäischer Gewerkschaftsbund

Statements:
• Prof. Dr. Frauke Schwarding, HAW
• Prof. Dr. Margarete Schuler-Harms, Helmut-Schmidt-Universität

Ab 18.00 Uhr Gespräche bei Wein, Getränken und Brezeln
(Kaffee steht ab 18.45 Uhr im Hörsaal bereit)
Jack Invitation: Dinner Musik

Männern und Frauen. Das Zusammenspiel der einzelnen Ursachen ist noch weitestgehend unklar, zumal es sich in den Fächern recht unterschiedlich gestaltet: In den Ingenieurwissenschaften beispielsweise können kaum Frauen für ein Studium gewonnen werden; der niedrige Ausgangswert des Frauenanteils sinkt aber im weiteren Karriereverlauf zunächst nicht ab. Ganz anders in der Medizin, die eine enorm hohe weibliche Studieneingangquote aufweist. Dort scheinen die Frauen mit jeder Laufbahnstufe ausgebremst zu werden.

Es zeigt sich ein facettenreiches Bild, bei dem sich die Tücke erst im Detail offenbart. Selbst ein Frauenanteil von 50% muss nicht die Hälfte des Kuchens bedeuten. Denn trotz zahlreicher rechtlicher Regelungen und

Maßnahmen zur Sicherstellung der Chancengleichheit wird bei genauer Betrachtung deutlich, dass Hochschulen Männern und Frauen unterschiedliche Arbeitsbedingungen bieten: So werden Frauen häufiger als ihre Kollegen in Teilzeit beschäftigt. Dies ist auch an allen Hamburger Hochschulen – und an der Universität Hamburg an jeder Fakultät – der Fall. Meist liegen die Werte um 15 Prozentpunkte und mehr auseinander. Einzige Ausnahme ist die Hochschule für Musik und Theater, die mit 177 wissenschaftlichen MitarbeiterInnen zu den kleinen Hochschulen gehört und die insgesamt einen hohen Wert an Teilzeitbeschäftigungen aufweist. Eine (geringere) Differenz bleibt auch dann bestehen, wenn der Fächerhintergrund und der Einfluss von Kinderbetreuungsaufgaben herausgerechnet



Der andere Blick



werden. Aus der Fachliteratur wissen wir jedoch, dass Karriere nicht in Teilzeit gemacht wird! Ein größerer Stellenumfang bedeutet mehr Ressourcen und bessere Bedingungen, um zu forschen und zu publizieren. Weiter kommen häufig die WissenschaftlerInnen, die die „größte Leistung“ vorweisen können – ungeachtet dessen, unter welchen Bedingungen sie hervorgebracht wurde. Hochschulen und Forschungseinrichtungen bemerken Ungleichbehandlungen häufig nicht, da auf eine statistische Datenerfassung verzichtet wird, die über ein „Köpfe-Zählen“ hinausgeht.

Ein zweites Beispiel für die Tücke im Detail ist das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“. Derzeit werden an Hochschulen vor allem familienfreundliche Angebote als Beitrag zur Lösung der Frauenfrage forciert. Sicher ist das zu begrüßen – aber diese Maßnahmen sind kein „Allheilmittel“. Schlimmstenfalls verkehren sie sich sogar ins Gegenteil: Wenn beispielsweise eine Uni gute Rahmenbedingungen schafft, um auch während einer Elternzeit den Kontakt zur Uni zu halten und danach eine längere Teilzeitbeschäftigung ermöglicht, mag das den Planungen junger Eltern entgegenkommen. Beim nächsten Karriereschritt wird jedoch vor allem eines bewertet, nämlich die Summe der nachweisbaren Leistung. Einige

Hochschulen experimentieren auch mit Maßnahmen zur Vereinbarkeit anderer Art: Kitas mit überlangen Öffnungszeiten und Haushaltshilfen für Wissenschaftlerinnen, um das nichtwissenschaftliche Leben wegzuz

meintlichen Patentlösungen ist eher zu misstrauen. Dass es viele „Stellschrauben“ gibt, kann auch so gesehen werden, dass es viele Personen und Maßnahmen gibt, die zur Lösung beitragen können. Dazu gehören LehrerInnen, die versuchen Geschlechterstereotype bei der Fach- und Berufswahl ihrer SchülerInnen abzubauen; ebenso wird ein gutes statistisches Berichtswesen an Hochschulen benötigt. Gezielte Unterstützungsprogramme für weibliche Spitzenkräfte werden ebenso gebraucht wie Austauschgruppen für Väter in Teilzeit. Angehende ProfessorInnen aller Disziplinen sollten nachweisen können, dass sie für eine gendersensible Lehre und Nachwuchsförderung qualifiziert sind. Und auch die Verwaltungskräfte an der Spitze von Hochschulen müssen Gleichstellungsprozesse steuern und weiter entwickeln können.

Eine maßgebliche Beschleunigung der Prozesse kann hierbei die Quote bringen: Durch sie werden Fakten gesetzt, die einen nachgelagerten Kulturwandel an Hochschulen unumgänglich machen. Da es sehr viele hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen gibt, ist die Quoten-Forderung ein adäquates Mittel. In Anlehnung an die Empfehlungen des Wissenschaftsrates befürwortet die GEW das Kaskadenmodell für Quoten. Dies sieht vor, dass der Frauenanteil auf einer Karrierestufe als Zielquote für die



delegieren. Das mag tatsächlich karriereförderlich sein – ob es allerdings unter dem Begriff der Familienfreundlichkeit verkauft werden kann, ist fraglich.

Was ist zu tun?

Auch wenn es unbequem ist: Wir müssen anerkennen, dass es sich beim Thema „Frauen in der Wissenschaft“ um eine komplexe Herausforderung handelt, die noch lange nicht bewältigt ist. Einfachen Erklärungen und ver-

bei die Quote bringen: Durch sie werden Fakten gesetzt, die einen nachgelagerten Kulturwandel an Hochschulen unumgänglich machen. Da es sehr viele hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen gibt, ist die Quoten-Forderung ein adäquates Mittel. In Anlehnung an die Empfehlungen des Wissenschaftsrates befürwortet die GEW das Kaskadenmodell für Quoten. Dies sieht vor, dass der Frauenanteil auf einer Karrierestufe als Zielquote für die



Der andere Blick



darüberliegende Karrierestufe festgeschrieben wird. Konkret: Wenn der Frauenanteil der Promotionen eines Studienfachs bei 35% liegt, dürfen Juniorprofessuren zu maximal 65% an Männer gehen. Hierfür müssen Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine aktive Rekrutierungspolitik verfolgen.

Eine weitere Forderung der GEW ist, Hochschulen stärker nach ihren Erfolgen in der Gleichstellungsaufgabe zu beurteilen und hieran finanzielle Sanktionen zu knüpfen. Zudem

gilt es, die Gleichstellungsbeauftragten, die ein wesentlicher Motor der bisher erreichten Veränderungen waren, besser zu unterstützen: Sie benötigen wirksame Gestaltungsmöglichkeiten und Beteiligungsrechte.

Die GEW hat ihre Position zu wissenschaftspolitischen Themen jüngst durch zwei zentrale Dokumente fixiert: Das Templiner Manifest (2010) und der Herrschinger Kodex (2012). Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen an Hochschulen so zu verbessern, dass der allgemein

in der Wissenschaft wachsende Druck nicht einfach hingenommen und auf die Schultern der MitarbeiterInnen verlagert wird. Gleichstellung in der Wissenschaft ist hierbei nach wie vor ein wichtiges Thema, das in der GEW Hamburg vor allem in der Fachgruppe Hochschule und Forschung und dem Frauenausschuss vertreten ist. Mitmachen erwünscht!

STEPHANIE ZUBER
(unter Mitarbeit von
BARBARA SCHOLAND)

GESCHLECHT UND KOMMERZ

Auch Lillifée ist sterblich

Rollenklischees und Stereotype fallen nicht vom Himmel - und sie sind veränderbar

Seit Juli 2012 gibt es die Initiative Pinkstinks Germany, eine Kampagne gegen Produkte, Werbeinhalte und Marketingstrategien, die Mädchen eine limitierende Geschlechterrolle zuweisen. Durch Blogs, Vorlesungen, Medienpräsenz, Flashmobs und Petitionen versuchen wir ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie stark unsere Geschlechterrollen von der Wirtschaft diktiert werden – und wie insbesondere Mädchen darunter leiden.

Neueste Studien der Gehirnforschung beweisen, dass sich Zentren für räumliches Denken bei Jungen oder für soziales Verhalten bei Mädchen erst durch unsere Erziehung verschieden ausprägen. Die Hormonforschung ist ins Wanken gekommen, weil Testosteron bei Menschen nicht für Aggression und

Bewegungsdrang verantwortlich scheint. Selbst Psychologen, die mit Genderforschung oft nicht viel am Hut haben, räumen ein, dass die Unterschiede innerhalb der Geschlechter größer sind als die zwischen ihnen. Diese neuen Studien werden aber nicht gerne gehört. Viele Eltern sehen ihre Kinder gerne in rosa und blau, weil es die Rollenbilder bestätigt, mit denen sie selber aufgewachsen sind. Von klein auf wird uns antrainiert, darauf acht zu geben, dass wir männlich oder weiblich erscheinen. Wir haben uns in einer Ordnung eingerichtet, in der Männer nicht weiblich wirken dürfen und diese Ordnung hält nach wie vor eine Arbeitsteilung aufrecht, von der vom Bundeshaushalt über Kosmetik- bis Spielwarenwelt viele profitieren. Insofern ist es mehr



als verständlich, dass Menschen ihr Geschlecht nicht „durcheinander“ gebracht haben wollen: Ein ganzes, über die Kindheit etabliertes Selbstgefühl hängt davon ab.

Wir wollen auch niemandem aufzwingen, seine Töchter nicht mit Puppen, mit Lillifée und Barbie spielen zu lassen. Wir wollen lediglich aufweisen, warum sie das tun und was es für unsere Welt bedeutet. Insbesondere seit den 1980er Jahren hat Pink als Identifikationsfarbe für Mädchen zugenommen. Wie kommt das? 1960 kam die Anti-Baby-Pille auf den Markt und gab der wachsenden Frauenbewegung Ansbuch. Mit dieser wurde jedoch auch das Schönheitsideal für Frauen dünner, was drei Gründe hat. Erstens



Der andere Blick



kam das Wirtschaftswunder: in fülligen Zeiten ist Dünnssein erstrebenswert und umgekehrt. Zweitens signalisierte Dünnssein auch Aufbruch und Leichtigkeit, Nächte durchtanzen und Mahlzeiten überspringen (oder erst gar nicht kochen). Es passte zu dem neuen Lebensgefühl der Jugendkulturen. Drittens jedoch waren Frauen das erste Mal so mächtig wie noch nie, was nach einer jahrtausendlangen Kulturgeschichte der Unterdrückung natürlich Angst machte – nicht nur den Männern. Das erste Magermodell Twiggy suggerierte in den 60ern einen Rückzug in eine Rolle (jung, niedlich, äußerst zart, beschützt werden müssen), in die sich auch die verunsicherten Frauen in dieser neuen Generation flüchten konnten. Hatte man noch von Urgroßmutter und Mutter gehört, dass man es dem Mann recht machen und auf einen Prinzen warten durfte, konnte man auf einmal eigenes Geld verdienen und Sexualität ohne Kinderkriegen genießen, wenn man wollte. Zuviel Freiheit macht Angst.

Diese Angst, dieses Gefühl von „zurück in sichere Bahnen und klare Rollen“ griff die Mode- und Spielzeugindustrie der 80er Jahre auf. Mit sinkenden Geburtenraten dank Pillenknick musste überlegt werden, wie Konsum zu steigern sei. Durch zwei Farben und klare Geschlechterrollen war Opa und Tante schneller klar, was dem Kind mitgebracht werden konnte und das Geschenk schneller gekauft. Anfang des neuen Jahrtausends wurde dann mit klaren Idolen wie Lillifée oder Cäpt'n Sharky ein Konsumimperium aufgebaut, von dem man nie genug Accessoires haben konnte, und im Kinderzimmer häufte sich alles doppelt und in zwei Farben.

Wenigstens gab es nun noch Mädchen, die keine „Emanzen“, sondern „süß“ waren, die gekuschelt werden wollten und soziales Verhalten zeigten, während Jungs mit ihren Star-Wars-Figuren in Baller-Geräuschkulissen verschwanden. Denken wir zurück an die 70er Jahre: Sollte man dem Mädchen eine Puppe mitbringen? Oder einen Chemie-

Durch zwei Farben und klare Geschlechterrollen war Opa und Tante schneller klar, was dem Kind mitgebracht werden konnte und das Geschenk schneller gekauft.

baukasten? Vielleicht sogar Bauklötze oder Lego? Diese zeitaufwändigen Überlegungen bleiben der Patentante heute erspart: Spiegelburg weist mit großen Regalen in allen Kaufhäusern die Suchende direkt zur Lösung: Lillifée für sie, Sharky für ihn.

Lillifée ist eine Elfe, die einen befliegbaren Kleiderschrank hat und sich neben Aussehen um ihre Tiere kümmert. Sie ist schmal, leicht und lieb. Cäpt'n Sharky hingegen darf Raum einnehmen, der kleine Pirat hat Fleisch auf den Rippen. Mit seinen properen Füßen steht er fest auf der Erde und erlebt Abenteuer, für die es z.B. das passende Ausgrabungsset gibt. Wenn oft gekontert wird, die rosa Phase ginge vorbei, ist es doch interessant, dass 62% aller Mädchen schon ab 11 Jahren Germanys Next Top Model schauen und sich gefallen lassen, dass andere Mädchen in dieser Sendung nach ihrem Äußeren beurteilt werden, erniedrigende Dienste erweisen müssen und oft als zu dick bezeichnet werden. Sie lesen ab

10 Jahren die BRAVO und lassen sich vorschreiben, wie ihre Schamlippen auszusehen haben. Der Effekt ist drastisch: Über die Hälfte der deutschen Mädchen fühlt sich im eigenen Körper unwohl. Frage: Wären sie für diesen Druck, den sie erleben, so empfänglich, wenn sie als Kleinkind mit einer Kapitänin Sharky gespielt hätten und dafür allgemeine Anerkennung bekommen hätten? (Oder noch mal anders: Würden Frauen in jungen Familien ständig „typisch Mann!“ schimpfen, wenn Männer schon als Kinder von Spiegelburgs Marketingabteilung mit einer Jungspuppe verführt worden wären und das Elternsein schon mal hätten proben können?)

Natürlich geht die rosa Phase vorbei. Bleiben tut aber von der frühen Begegnung mit Lillifée, Barbie und Polly Pocket eine Identifikation mit Werten und Eigenschaften wie lieb und niedlich sein. Mit einem rehhaften Augenaufschlag wird später versucht, Konflikte zu lösen, so erzählen Sozialarbeiter, anstatt eine klare Ansage zu machen. Und das macht anfällig und tolerant für die Akzeptanz von sexistischer Werbung und Kultur.

Natürlich schafft das nicht Barbie alleine. Viele Frauen haben mit ihr gespielt, ohne Essstörungen zu entwickeln. Und die Erfahrungen der Kindheit, die meist Modell für die Erziehung der eigenen Kinder steht, werden dann auch nicht kritisiert. Aber Barbie ist Teil eines Frauenbildes, das letztendlich auch für schwächere Gehälter und einem scheinbar genetischem Interesse für das Schönmachen steht.

Wenn man Kindern auch andere Ideale vorlebt, ist schon viel gewonnen. Und oft hören wir auch: „Ach komm, es kommt doch auf's Elternhaus an.“ Natürlich haben viele Kinder Müt-



Der andere Blick



ter, die arbeiten und Väter, die den Haushalt gleichberechtigt mit führen. Väter, die nähen können und Mütter mit Bohrmaschinen in der Hand. Mütter, die ungeschminkt aus dem Haus gehen und Väter, die mit ihren Kindern Einkaufsläden spielen. Aber mal ehrlich: Das ist immer noch die Minderheit. Und auch, wenn Mütter inzwischen in den Vorständen von Marketingabteilungen sitzen, die genau diese sexistische Kultur reproduzieren, weil sie sich eben so gut verkaufen lässt, ist daraus nichts gewonnen. Die Hälfte aller Mädchen fühlt sich immer noch unwohl im eigenen Körper. Der Großteil Deutschlands glaubt immer noch an ein Rosa-Gen. Die Mehrheit der weiblichen Bevölkerung steht unter einem

Schönheitszwang, der ihr von allen Leuchtreklametableaus entgegen strahlt. Und diese ganze Erniedrigung bewegt auch die Vorstände nicht, Frauen ernst zu nehmen und ihnen höhere Gehälter auszuzahlen.

Liebe Lehrer/innen: Wenn mal wieder Grimms Märchen auf dem Lehrplan stehen, unterrichtet sie gerne. Aber findet auch Wege, den Kindern zu erklären, woher diese Stereotype kommen. Lasst alle Jungen einmal Rotkäppchen und die Mädchen den bösen Wolf spielen. Erzählt ihnen von Hexenverbrennung und Frauenrollen im Mittelalter, damit sie einordnen können, woher das Prinzessinnenbild kommt.

Pinkstinks macht auf diese Zusammenhänge aufmerksam.

Weiter informieren könnt ihr euch unter www.pinkstinks.de. Zur Zeit läuft eine Petition gegen Ferreros rosanes Über-raschungsei, das mit den sexistischen Winx-Feen beworben wird, unter www.change.org/ferrero. Wir freuen uns über jede Unterstützung.

STEVIE MERIEL SCHMIEDEL
PINKSTINKS GERMANY



Pinkstinks startet Petition gegen sexistische Werbung

"Sex sells", besonders in der Außenwerbung, die unsere Kinder täglich konsumieren. Beschwert man sich beim Deutschen Werberat, sagt er, die Werbung sei doch witzig, das verstehe doch jedes Kind. Kinder verstehen Ironie jedoch frühestens mit dem Schulalter, auf sie wirken überzogene Geschlechterrollen unvermittelt und direkt.

Pinkstinks.de fordert in einer Petition, unterstützt von TERRE DES FEMMES, dem Bundesverband gegen Gewalt an Frauen, dem Deutschen Frauenrat und vielen deutschen Mädchensozialarbeitsorganisationen, dass der Werberat Kinder als Konsumenten von Außenwerbung berücksichtigt.

Kindern muss gezeigt werden, dass Frauen mehr sind als hübsche Accessoires. 2006 fühlten sich noch 70% der Mädchen in Deutschland wohl in ihrer Haut – 2012 waren es nur noch 47% (WHO). Diese Zahlen erklären sich durch einen starken Anstieg an Außenwerbung (ca. 2.000 Leuchtwerbeträger allein in Hamburg seit 2009), Castingshows wie Germanys Next Topmodel (startete 2006) und Spielwarenprodukte (z.B. Depeschés "Topmodel" Schreibwaren), die erst seit einigen Jahren den Markt dominieren.

Um die Petition zu bewerben und gegen eine Bewerbung von Germanys Next Topmodel in der Außenwerbung zu protestieren, ist Pinkstinks vom 15.-23. Februar auf Tour gegangen. Zusammen mit der Soley Theaterwerkstatt (Hamburg) wurden acht deutsche Städte mit dem Straßentheater-Stück "Einfach TOP - ohne MODEL" bespielt. Von Pinkstinks-Sympathisantinnen und Mädchensozialarbeitsorganisationen werden in ganz Deutschland Flyer verteilt und in vielen Städten Demonstrationen und Flashmobs organisiert.

PRESSEMITTEILUNG PINKSTINKS GERMANY E.V.



Sexismus und sexualisierte Gewalt – immer noch ein „Frauenthema“?

Forschung zur Frauendiskriminierung in den 1980ern wird zu „Gender & Queer Studies“ im 21. Jahrhundert: mit quasi gleichbleibenden Problemstellungen. Trotzdem: Optimismus ist möglich

„Sexismus in der Schule – der heimliche Lehrplan der Frauendiskriminierung“ heißt der 1982 erschienene Band, der von Ilse Brehmer herausgegeben wurde. Es geht darin u.a. um die nicht-bezahlte Arbeit, die Mütter durch die Hausaufgabenhilfe für die Schule leisten, um das Nicht-Vorkommen von Frauen(geschichte) im Geschichts- und Politikunterricht, die Nicht-Existenz von berufstätigen Frauen und handwerklich-technisch interessierten Mädchen in Schulbüchern sowie um polare Darstellungen von Lehrerinnen: Entweder als jung, schön, ahnungslos oder als alt, hässlich, verbittert. Es wird auch Positives berichtet: Schon damals hatten Mädchen dank der Bildungsreformen in den 1960er Jahren in Bezug auf schulische Leistungen und Abschlüsse gegenüber Jungen im statistischen Durchschnitt kräftig aufgeholt – und das trotz wissenschaftlich belegter geringerer Beachtung durch die Lehrkräfte und trotz

sexistischer, teils gewalttätiger Aktionen durch Mitschüler und übergriffiger Lehrer. Es war jedoch lt. Brehmer nicht dieses Verhalten, das Bildungsexperten Anlass zur Sorge gab, sondern die bereits damals vermutete „Benachteiligung“ von Jungen in Bezug auf schulische Benotung. Die weiteren (Selbst)Beobachtungen an dem Band beteiligten Autorinnen lassen vermuten, dass weder die Mehrzahl der Mädchen noch der Großteil der Lehrerinnen die eigenen Bil-

schließender vehementer Appell zeigt: „Aber eines muss vor allem geschehen: Der ganz vulgäre Sexismus in der Erziehung, in der Schule darf nicht mehr durch Frauen perpetuiert werden!“

Im Laufe der letzten 30 Jahre sind Resignation und Wut produktiv geworden: Die Forschung zur „Frauendiskriminierung“ hat sich zu „Geschlechterforschung“ und „Gender & Queer Studies“ gewandelt, ist inzwischen anerkanntes Wissensgebiet. In Schulbüchern zeigt sich allerdings, dass sich die Repräsentationen von Männern und Frauen in Texten und Bildern nach wie vor überwiegend an Stereotypen orientieren und die bestehende Vielfalt von Lebensformen, sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Selbstzuordnungen entweder ignoriert oder als problembehaftet dargestellt wird (vgl. die von der GEW herausgegebene Schulbuchanalyse aus dem letzten Jahr: http://www.gew.de/Binaries/Binary88533/120423_Schulbuchanalyse_web.pdf).

Polare Darstellungen von Lehrerinnen: Entweder jung-schön-ahnungslos oder alt-hässlich-verbittert

dungserfolge in genug Selbstbewusstsein ummünzen konnten, um sich zur Wehr zu setzen. Die emotionale Reaktion auf ihre Analysen beschreibt Brehmer als „entweder die totale Resignation oder die absolute Wut“. Das Geschlechterverhältnis im Jahre 1982 – „über jeder Frau steht ein Mann“, so Brehmer – war aber nur scheinbar klar: Kernige Sprüche wie der eben angeführte brachten die Kompliziertheit der Verhältnisse und auch die Beteiligung von Frauen daran nicht zum Verschwinden. Dies sieht auch Brehmer, wie ihr ab-

In vielen Schulen ist viel in Bewegung gekommen: Zahlreiche Lehrerinnen und auch einige Lehrer haben sich an ihren Schulen dafür engagiert, dass sexistische Strukturen aufgebrochen werden und Unterricht gendersensibel gestaltet wird. In der außerschulischen Praxis haben sich





Der andere Blick



zahlreiche Beratungsstellen etabliert und professionalisiert, die zu sexistischer und sexualisierter Gewalt arbeiten – auch an und in Kooperation mit Schulen. Jedoch fließen sowohl deren Wissen und Erkenntnisse als auch die Ergebnisse erziehungswissenschaftlicher Genderforschung bis heute nur zu einem verschwindend geringen Teil in das erziehungswissenschaftliche Studium und in die LehrerInnenbildung ein: Seminare zu den Themen Sexismus und/oder sexualisierte Gewalt sucht man in den Vorlesungsverzeichnissen meist vergebens. Sie werden in die „dritte Phase“ der LehrerInnenbildung geschoben – dies aber aktuell und – endlich! – in sehr umfassender Weise: Das Hamburger Landesinstitut hat im Februar unter <http://li.hamburg.de/kein-raum-fuer-missbrauch> zahlreiche Materialien und Handreichungen eingestellt. Die auch in der E&W 1/2013 vorgestellte Kampagne der Bundesregierung „Kein Raum für Missbrauch“ geht auf die Welle von Aufdeckungen seit 2010 jahrzehntelangen, massenhaftem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in schulischen und kirchlichen Einrichtungen sowie in Institutionen der außerfamiliären Betreuung und der Behindertenhilfe zurück. Ein besonderer Schock für die pädagogische bzw. erziehungswissenschaftliche Community war die Aufdeckung des Missbrauchs an der Odenwaldschule – eines reformpädagogischen Vorzeigeprojekts. Ein weiterer Skandal lag darin, dass dieser Missbrauch seit vielen Jahren Vertreter/innen der Community (einschl. der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft) bekannt war, jedoch gelehnet und verschwiegen wurde. Der Band „Sexualisierte Gewalt, Macht und Pädagogik“,



hrsg. von Werner Thole, Meike Baader, zeichnet dies nach und macht einen Versuch der Aufarbeitung. Die Gesamtheit der Beiträge bildet die Komplexität des Themas ab und vermeidet ein einfaches Verdammen allein der Täter. In den Blick geraten vielmehr diffus aufgeladene Begriffe wie die „Liebe zum Kind“ und der „pädagogische Eros“, welche die pädagogische Beziehung einer (selbst)kritischen Analyse tendenziell entziehen und dadurch indirekt sexualisierte Gewalt begünstigen. Gefordert wird von Alexandra Retkowski und Werner Thole ein „professionsethisches und organisationales Kernprinzip“. Dies meint eine schulische „Kultur des Hinsehens“ sowie Offenheit und Sensibilität für „moralische Dilemmata“. Konkrete Form kann das genannte Kernprinzip in Fallgesprächen annehmen, in denen Lehrkräfte ihr „Grenzmanagement“ – bezogen auf Körper, Gefühle und Affekte –

reflektieren können – allerdings immer vor dem „Horizont des rechtlichen Rahmens“.

Sexismus und sexualisierte Gewalt sind also kein „Frauenthema“ mehr in dem Sinne, dass sich fast ausschließlich Frauen damit auseinandersetzen. Es bleibt „Frauenthema“ in dem Sinne, dass immer noch vor allem Mädchen und Frauen von Sexismus und sexualisierter Gewalt betroffen und bedroht sind – womit sexualisierte Gewalt gegen Jungen und Männer keineswegs ausgeblendet werden soll. Die jüngst stattgefundenene Aktion „One Billion Rising“ rief ALLE Menschen dazu auf, Stellung zu beziehen (s. auch S. 34). Sie hat gezeigt: sich gegen Gewalt zu positionieren ist überall und für jede_n möglich, jederzeit.

BARBARA SCHOLAND

Verantwortlich für den Schwerpunkt:

BARBARA SCHOLAND

Frauenausschuss der GEW

SUSANNE BERG, hlz



Der andere Blick



One Billion Rising in Hamburg

Anklage und Lebenslust – an vielen Orten in Hamburg wurde am 14. Februar von 11.30 Uhr vormittags bis in den späten Abend getanzt und gesungen zu dem obr-song: „Break the Chain“ Die große Beteiligung an OBR ist nicht nur dem weltumspannenden Internet zu verdanken auch die unaufwändige Aktionsform – einfach hingehen – und die zeitlich-örtliche Dehnung des Events ermöglichte es nahezu jeder/m, die/der wollte, daran teilzunehmen. Vielleicht ein Vorbild für zukünftige gewerkschaftliche Aktionsformen?

BARBARA SCHOLAND



Hau rein

Weitere Infos und Seminarangebote unter
www.gew-hamburg.de/seminarprogramm.html

Selbstbehauptung und Selbstverteidigung

Jenseits von „Patentrezepten“ geht es darum, mit viel Spaß die persönlichen Handlungsmöglichkeiten zu erweitern und die individuellen Fähigkeiten zur Abwehr von verbalen und tätlichen Übergriffen zu stärken. Ein Seminar für Lehrerinnen.
Samstag, 23.03.13, 12-18 Uhr
Hamburg, Curiohaus,
Rothenbaumchaussee 15
Kostenanteil: 10 € incl. Verpfl.
(Nicht-Mitglieder 40 €)

Seminar für Vertrauensleute

In diesem Seminar beschäftigen wir uns mit Aufgaben und Handlungsfeldern, aber auch aktuellen Problemen der Vertrauensleutearbeit: Welche Handlungs- und Aktionsmöglichkeiten gibt es für die Arbeit an meiner Schule? Wie kann mich die GEW besser unterstützen? Wie können wir uns besser vernetzen?

Freitag, 22.03.13, 15 Uhr bis
Samstag, 23.03.13, 15 Uhr

Hamburg, Curiohaus,
Rothenbaumchaussee 15
kostenlos für GEW-Mitglieder
(incl. Verpflegung)

Donnerstag, 11.04.13,
10-17 Uhr

Sa. 11.04.13, 10-17 Uhr
Hamburg, Curiohaus,
Rothenbaumchaussee 15
kostenlos für GEW-Mitglieder
(incl. Verpflegung)

50 Plus – Schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?

Schulentwicklung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtungen sind einige der

Probleme, die insbesondere älteren Kolleg_innen in Schulen und Kitas zu schaffen machen. Dieses Seminar bietet konkrete Hilfen, kollektive Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln, die Belastungen des Arbeitsalltags abzubauen und Kraft zu tanken für den weiteren Berufsweg.

Mittwoch, 17.04.13, 11 Uhr bis
Freitag, 19.04.13, 14 Uhr
Brodten bei Travemünde,
Theodor-Schwartz-Haus
Kostenanteil: 60 € incl. Unterkunft / Verpfleg. (ermäßigt 30 €)

Wertschätzende Kommunikation

In praktischen Beispielen lernen wir im Seminar effektive Kommunikationswerkzeuge kennen, um Konflikte zu lösen und eine essentielle Basis zu schaffen, um in unserem Lehrer_innenteam in der Schule, in der Gewerkschaft sowie im Privaten gemeinsame Ziele zu erreichen.

Samstag, 20.04.13, 10-17 Uhr

Hamburg, Curiohaus,
Rothenbaumchaussee 15
Kostenanteil: 10 € incl. Verpfl.
(Nicht-Mitglieder 40 €)

Belastet und Beflügelt – Persönliche Entwicklung durch Selbstreflexion und kollegiale Unterstützung

Im Schulalltag kommt es oft zu belastenden Situationen und dem Wunsch, diese in Ruhe und frei von Bewertungen reflektieren zu können. Dies gilt auch für positive Erlebnisse, die im Angesicht der Belastungen oft als unwichtige Kleinigkeiten

angesehen werden. Beispiele für belastende Situationen sind Konflikte mit SchülerInnen, im Kollegium, mit Eltern oder der Schulleitung; unklare Grenzen zwischen Schule und Privatleben; hohe Ansprüche an sich selbst und harsche Selbstkritik; wenig kollegialer Austausch; pauschale, negative Bewertungen oder wachsende organisatorische Anforderungen.

Wichtige positive Situationen sind oft spontane und überraschende Erlebnisse mit SchülerInnen oder KollegInnen, deren Wertschätzung oft vernachlässigt oder vergessen wird. Nachhaltige Entlastung entsteht, sobald der Umgang mit den belastenden und beflügelnden Seiten des Schulalltags und den gegebenen Umständen durch berufliche und persönliche Entwicklung wieder in die eigenen Hände genommen wird.

Freitag, 26.04. –

Samstag, 27.04.13, 15-15 Uhr
Dersau, Leibers Galerie Hotel
Kostenanteil: 40 € incl. Unterkunft/Verpfl. (ermäßigt 20 €)

Anmeldung

bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email) per Mail (meents@gew-hamburg.de), telef. (040-41 46 33 22), online (gew-hamburg.de/seminare), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 – 44 08 77). Ermäßigung gibt es für ErzieherInnen, ReferendarInnen, Studis, Erwerbslose,... Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Propagandistisches Meisterstück

Bei allem Verständnis für das persönliche Schicksal von Annette Schavan: ihre Politik war konservativ

Wenn es um Selbstlob geht, ist Angela Merkel keine Übertreibung zu peinlich. Nachdem sie sich als Kanzlerin der „erfolgreichsten Regierung seit der Wiedervereinigung“ gepriesen hat, hat sie nun mit Annette Schavan „die angesehenste Bildungspolitikerin des Landes“ aus dem Kabinett entlassen. Und ohne auch nur eine Sekunde über Schavans Bildungspolitik nachzusinnen, stimmen alle, von Gabriel, über Trittin bis zu Rösler, die CDU-Politiker sowieso, in Merkels Lobeshymne ein.

Der unvermeidbare Rücktritt der Bildungsministerin wurde als Loblied auf ihre politischen Erfolge inszeniert. Welche Erfolge hat Schavan? Wie kann Lob von den Grünen kommen, wo sich doch Schavan vehement für die Gentechnik eingesetzt hat? Wie kann der Parteivorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, Schavan nachrufen, sie sei eine „ausgesprochen kluge Kollegin“, wo sie doch eine Befürworterin der Privatisierung der Bildungskosten ist?

Doch was sind die Erfolge von Frau Schavan?

Schavan sah in der Föderalismusreform, mit der ein Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern und die Allein-Kompetenz der Länder in Bildungsangelegenheiten in der Verfassung festgeschrieben und damit eine nationale Bildungsplanung komplett abgeschafft wurde, „neue Chancen für die Bildung“. Nachdem in der Bildungspolitik das vorhersehbare Chaos eingetreten ist, hat sie die Föderalismusre-

form als einen „Fehler“ bezeichnet.

Nachdem Schavan als baden-württembergische Kultusministerin die Zuständigkeiten des Bundes in der Bildung maßgeblich mit ausgehebelt hatte, versuchte sie als Bundesministerin eine Umgehungsstrategie und wollte Bildung als eine „gesamtstaatliche Aufgabe“ über den Nebeneingang sogenannter „Bildungspartnerschaften“ zwischen Schulen und vor allem Unternehmen wieder etablieren. Das hat zwar in manchen Regionen zu einem größeren Einfluss einzelner Betriebe oder der Industrie- und Handelskammern auf die Schulen geführt, über bildungspolitische Erfolge hat man jedoch noch nichts gehört.

Schavan kämpfte bis zuletzt für das dreigliedrige Schulsystem und dabei vor allem für den Erhalt der Hauptschule. Erst als selbst die CDU in den Ländern für zweigliedrige Systeme eintrat, beugte sie sich den Sachzwängen.

Schavan stellte sich gegen die Wahlfreiheit zwischen Religions- und Ethikunterricht an den Berliner Schulen und unterstützte beim Volksbegehren die Bewegung „Pro Reli“. Die Berliner haben ihr eine Abfuhr erteilt: das Volksbegehren scheiterte.

Schavan war eine glühende

Verfechterin des überstürzt und planlos durchgesetzten „Turbo-Abiturs“ und hat die sog. G8-Reform noch als Kultusministerin in Baden-Württemberg als Erste durchgezogen und als einen „Gewinn an persönlicher Freiheit für die Schüler“ gefeiert. Bis in die jüngste Zeit kritisierte sie die Länder, die wieder eine Wahlmöglichkeit schaffen wollen, das Abitur auch nach 9 Jahren abzulegen.

In der beruflichen Bildung, wo das Bundesbildungsministerium bei der Regelung der Ausbildung in den Betrieben als einem der letzterverbliebenen Bildungsbereiche zuständig geblieben ist, hat Schavan außer den jahrelangen Schönredereien des „Ausbildungspaktes“ kaum etwas anzubieten gehabt. Im letzten Jahr hatten 60.000 Jugendliche keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen und landeten in der Warteschleife. In diesem Übergangsbereich haben sich inzwischen knapp 300.000 junge Leute angestaut. Jede/r dritte Jugendliche im Übergangsbereich landet auch noch nach zwei Jahren nicht in einer Berufsausbildung. Auf 2,2 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren hat sich bis zum Jahr 2011 die Zahl derjenigen erhöht, die keinen Berufsabschluss haben, das sind rund 15 Prozent dieser Altersgruppe. Die Quote der Ausbildungsbetriebe lag 2011 mit 22,5 Prozent auf dem tiefsten Stand seit 1999. Außer in jedem Jahr aufs Neue den „Ausbildungspakt“ zu



Wohl wahr: In kaum einem Bereich wird so viel gelogen wie in

rühmen, ist aber Schavan nicht viel eingefallen. Wie die Warteschleifen im Übergangsbereich abgebaut werden könnten und welche Maßnahmen erforderlich wären, um diesen „Dschungel“ zu lichten, darüber hat sich die Bildungsministerin stets ausgesprochen.

Schavan stellte als Baden-Württembergische Kultusministerin das BAföG in Frage, sobald es einen „attraktiven Markt der Bildungsfinanzierung“ gebe. Deshalb zögerte sie auch als Bildungsministerin eine Verbesserung bei den BAföG-Sätzen hinaus und sperrte sich ständig gegen eine Anhebung der BAföG-Fördersätze. Erst als die Proteste hochschlugen, war sie 2010 zu einer leichten Verbesserung bereit. Doch seither ist nichts mehr geschehen.

Statt mit einem besseren BAföG Jugendlichen aus Familien mit niedrigem Einkommen mehr Chancen für ein Hochschulstudium zu eröffnen, kam sie mit einem großspurig so genannten „Deutschlandstipendium“ für besonders leistungsstarke Studierende in Höhe von 300 Euro (!) im Monat. Das vom Bund und von privaten Firmen häufig zu finanzierende Stipendium erwies sich als Flop.

Das von Schavan noch im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb angekündigte „Zukunftskonto“ für Bildung, mit dem Eltern, Großeltern oder Paten mit Blick auf die Kinder eine Art „Riester“-Förderung erhalten sollten, wurde in aller Stille

beerdigt.

Schavans Vorschlag „Bundesuniversitäten“ zu gründen, scheiterte völlig zu Recht kläglich.

Schavan war eine eiserne Verfechterin von Studiengebühren. Mit der Wahlniederlage der CDU in Niedersachsen und dem erfolgreichen Volksbegehren in Bayern gegen Studiengebühren dürfte die finanzielle Barriere gegen eine Studierentscheidung in der gesamten Republik endgültig beseitigt werden. Die Bevölkerungsmehrheit hat Schavan auch hier eine Absage erteilt.

Die Bologna-Reform sei ein großes internationales Projekt, das für Studierende große Chancen biete, meinte sie und schloss lange Zeit jegliche Korrektur selbst der größten Unsinnigkeiten aus. Erst nach einem massenhaften „Bildungsstreik“ sah auch Schavan endlich „Korrekturbedarf“.

Die „angesehenste Bildungspolitikerin des Landes“ wurde nicht müde, die Schuld für die Misere im Schul- und Hochschulbereich von der Politik weg- und auf das mangelnde Engagement der Eltern oder (wie etwa bei der Bologna-„Reform“) auf die Professoren abzuschieben.

Der „Hochschulpakt“, mit dem das mit der Föderalismusreform eingeführte Verbot der direkten finanziellen Förderung der Hochschulen durch den Bund umgangen werden sollte, war von Anfang an viel zu knapp bemessen. Obwohl mit 490.000

Studienanfänger/innen im Wintersemester 2012/13 die Vorausberechnungen der Politik nun schon seit mehreren Jahren deutlich überschritten wurden und die Studierendenzahl mit 2,5

Millionen ein neues Hoch erreicht hat, hat Schavan bis zum Ende ihrer Amtszeit keine Anstalten gemacht, auf die immer größer werdende Überlast der Hochschulen adäquat zu reagieren.

Vor allem auch auf Betreiben von Annette Schavan hat die Kanzlerin im Herbst 2008 einen groß angekündigten „Bildungsgipfel“ nach Dresden einberufen. Die Bilanz nach 5 Jahren ist mehr als enttäuschend. Die Bundesbildungsministerin ist maßgeblich mitverantwortlich, dass die „Bildungsrepublik Deutschland“ (Merkel) gemessen an der Wirtschaftskraft mit einem Anteil der Bildungsausgaben von 5,3 Prozent gemessen an seiner Wirtschaftskraft nach wie vor deutlich unterhalb des OECD-Durchschnitts von 6,3 Prozent und damit noch unter dem Stand von 1995 liegt. Um mit den Spitzenreitern in der OECD gleichzuziehen (Dänemark: 8,3%; Norwegen und Schweden: 7,0%), wären bis zu 90 Mrd. Euro mehr erforderlich – jährlich!

In kaum einem Bereich wird so viel gelogen wie in der Bildungspolitik, sagt der Wiener Philosoph Konrad Paul Liessmann.

Bildungspolitisches Pathos ist das wichtigste Kennzeichen der Amtszeit von Annette Schavan als Ministerin, doch ihr Pathos war genauso hohl wie die Lobhudelei der Kanzlerin bei ihrem Ausscheiden aus dem Amt.

Um diese äußerst magere Bilanz zu verdecken, hat Merkel eine tränenselige Verabschiedung Schavans inszeniert, die ganz Deutschland zu Tränen rühren sollte.

Merkel ist es mit dieser Inszenierung wieder einmal gelungen, ihr Scheitern sowohl mit ihren Ministern als auch mit ihrer Politik in einen (Schein-)Erfolg umzumünzen. (gekürzt)

NachDenkSeiten 11.02.13
Verantwortlich: WOLFGANG LIEB



ler Bildungspolitik (nicht gekennzeichnetes Zitat)

Aufbruch oder Einbruch?

Eine Erwiderung auf den Brandbrief der Wilhelmsburger Schulleiterinnen und Schulleiter und das hlz-Interview

Spätestens seit dem „Brandbrief“ der Wilhelmsburger Schulleiter mit seinem – wenn auch so vielleicht nicht ganz gewollten – Echo in der Presse sehen sich Skeptiker zunehmend in ihren Zweifeln bestärkt, ob der seinerzeit vom Senat groß angelegte „Sprung über die Elbe“ jemals wirklich am anderen Ufer ankommen wird.

Dabei hatte sich doch während der Vorbereitung der IBA 2013 die Erkenntnis durchgesetzt, dass Stadt- und Bildungsentwicklung notwendig zusammengehören und von einem umfassenden Bildungsbegriff auszugehen sei, der nicht nur die Entwicklung der Schulen, sondern auch die der nichtschulischen pädagogischen Beratungs- und Freizeiteinrichtungen sowie des gesamten Sozialraums überhaupt als Sozialisationsinstanz beinhaltet. Als Katalysator eines derartigen Prozesses hatte sich dann die „Bildungsoffensive Elbinseln“ (BOE) herauskristallisiert und verstanden.

Nun beklagt der Schulleiterbrief (s. hlz 1/2013), dass diese „Bildungsoffensive“ in all den Jahren immer noch „keine Bodenhaftung“ bekommen habe, wovon insbesondere die Schulen betroffen seien. Höchste Zeit also, schon vor dem Abschluss-Präsentationsjahr der IBA 2013 eine kritische, auch selbstreflexive Bilanz aller Akteure zu ziehen – anknüpfend an eine umfangreiche Zwischenbilanz aus dem Jahre 2010.

Diese Reflexivität zeigt sich bei Kay Stöck als einem der Initiatoren des Briefes ganz deutlich, wenn er in dem Interview mit der hlz u.a. betont, dass

durchaus „Gutes entwickelt und aufgebaut“ worden sei. Knüpft man hieran an, muss man auch besonders betonen, dass die Entwicklungsvoraussetzungen auf den Elbinseln besonders gut sind, wenn man das Potenzial betrachtet, das im außerordentlichen Engagement ihrer Bewohner selbst liegt.

*„...ohne die Arbeit der
...Netzwerkmanager...
(wäre) ...das Engagement
der Akteure vor Ort ..nicht
möglich...“*

Schon lange vor der IBA wurden auf der „Zukunftskonferenz Wilhelmsburg“ im Jahre 2001 von den BürgerInnen Veränderungen gefordert. Aus dieser ging das „Forum Bildung Wilhelmsburg“ (FBW) hervor, das bereits so erfolgreiche Vernetzungsprojekte wie z.B. die „Lese-“ und schließlich die „Koch-“ und „Forscherwoche“ gestaltet hat. Auf eben dieser Linie liegt, dass die SchulleiterInnen der Elbinseln sich schon seit Jahren regelmäßig treffen und dann auf der Basis erworbenen gegenseitigen Vertrauens schließlich auch besagten Brief formulierten, der Schulleitungen aller Schulformen hinter sich vereinen konnte.

An derartige Voraussetzungen konnte die Bildungsoffensive anknüpfen und sich, unterstützt durch entsprechende Investitionen von Seiten der Stadt, an den Aufbau einer Bildungslandschaft mit einigen systematischen Netzwerken machen. An verschiedenen zentralen Punkten

im Stadtteil wurden Gebäude errichtet bzw. aus- und umgebaut und in den Beratungen der Akteure vor Ort mit einem konkreten inhaltlichen Profil ausgestattet. So entstanden z.B. das Sprach- und Bewegungszentrum (in Verbindung mit der Stadtteilschule Wilhelmsburg), das MEDIA-Dock (in Verbindung mit der Nelson-Mandela-Stadtteilschule in Kirchdorf) und das Bildungszentrum „Tor zur Welt“ (mit drei Schulen und einem „Torhaus“ als Multifunktionszentrum mit Beratungs- und Erwachsenenbildungseinrichtungen für den Stadtteil). U.a. im Bildungszentrum Stübenhofer Weg werden Vorhaben im Themenfeld „PraxisLernen“ angeboten und ein Netzwerk verschiedener Akteure aufgebaut. Ein wichtiger Standort ist auch das „Haus der Projekte“ in Veddel direkt am Kanal, das für den Stadtteil insbesondere im Profil Übergang Schule-Beruf eine Menge Kräfte bündelt. (Detaillierte Infos zu allen Projekten und den vielen Publikationen zur BOE siehe auch: www.bildungsoffensive-elbinseln.de)

Der Aufbau solcher pädagogischer Zentren und Netzwerke, die der besonderen Befindlichkeit der Jugendlichen, ihren Eltern und allen Bewohnern auf den Elbinseln gerecht werden sollen (auf der Basis eines bereits entwickelten Leitbildes einer „Elbinselpädagogik“) bedarf aber ebenso entsprechender „Ressourcen“, an „sich kümmerndem“ Personal und neu auf gebauter Organisationsstrukturen. Man wird zugeben müssen, dass über die baulichen Investitionen hinaus ohne die Arbeit z.B. der

neuen NetzwerkmanagerInnen und der Koordinierungsgruppen (in denen die Schulleitungen aktiv mitarbeiten), die das Engagement vor Ort bündeln, aber auch anregen, alles nicht möglich gewesen wäre. Auch hat die vom schwarz-grünen Vorgängersent initiierte gesetzliche Bestimmung über den Aufbau regionaler Bildungskonferenzen (RBK) einen Rahmen geschaffen, der partizipative Strukturen ermöglicht. Das wird ausgefüllt durch die Umwandlung des „Forum Bildung Wilhelmsburg (FBW)“ in das „Offene Bildungsforum (OBF)“, das zunächst Empfehlungen an die Behörden und den Bezirk erarbeitet.

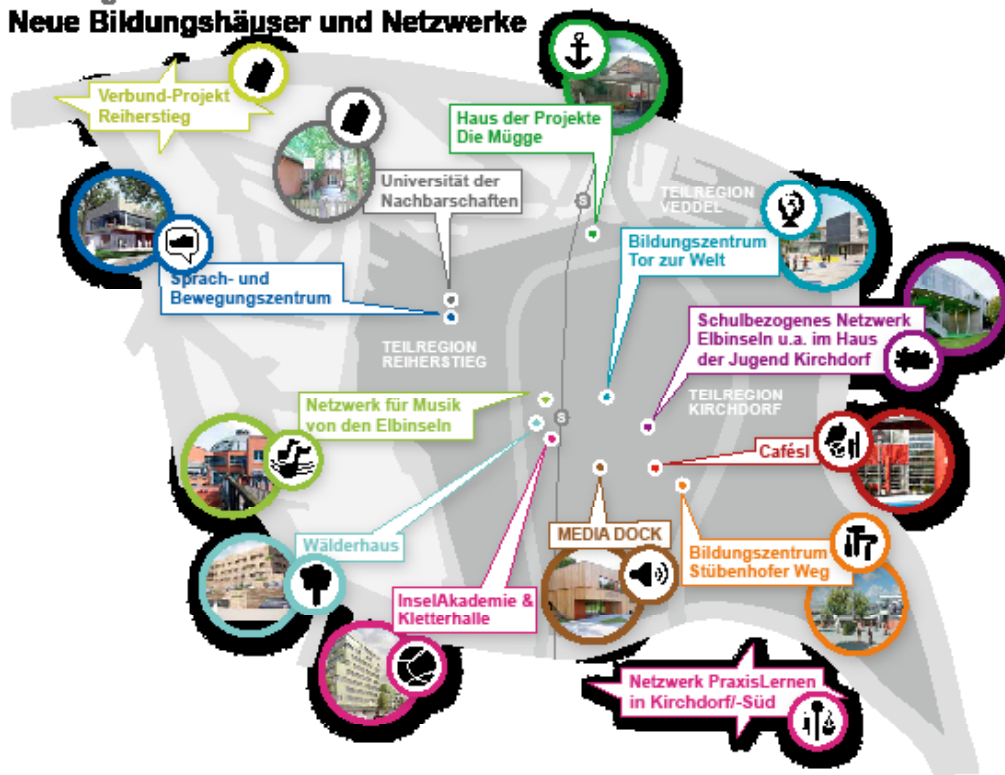
Es liegt aber in der Natur der Sache, dass ein solcher eigentlich modellhafter Prozess, in dem sich koordinierende Instanzen „von oben“ und sich artikulierende Interessen „von unten“ begegnen, mit der Möglichkeit von Konflikten in der Krise konfrontiert ist. So ist es gekommen, dass die Behörde, die Steuerungs- und Fördermaßnahmen selbst verabschiedet, die Verantwortlichen wiederfinden. Eben hatten sie in Wilhelmshagen die Lage nicht anders machen können. Na den Elb- und zwar – so am Gymnasium

des Stadtteils – mit einem Notenschnitt, der sogar leicht über dem des gesamten Hamburger Stadtgebiets liegt. Kay Stöck betont selber, dass es eine ganze Reihe von SchülerInnen gibt, die mit dem Fächersystem zurechtkommen. Das Problem sind an die 40% SchülerInnen, die drohen aus dem System herauszufallen und eigentlich eine andere Art Schule brauchen und die besonders solche Stadtteilschulen wie die am Stübenhofer Weg frequentieren, die eine ehemalige Hauptschule und Realschule zusammenfassen, eine Oberstufe aufbauen und außerdem noch Inklusion betreiben sollen. Aber auch das Gymnasium ist insoweit betroffen, als es z.B. in der Beobachtungsstufe mit hohen Klassenfrequenzen den Widerspruch zwischen Fördern und Fordern auszuhalten hat (u.a. mit belastenden Konsequenzen

für die 7. Klassen der Stadtteilschulen) und angesichts der allgemein schwierigen Ausgangslagen trotz offiziell bescheinigter besonders hoher Lernzuwächse letztlich zu viele SchülerInnen auf dem Weg zum Abitur verlieren muss.

Wenn aus der Ferne gern gesagt wird, es müssten doch inzwischen genug Ressourcen auf die Elbinseln geflossen sein, vielleicht liege es an den Schulen selbst, dass diese verpuffen, muss dagegen gehalten werden: Gerade die dortigen Schulen – wie auch die Schulinspektion ausdrücklich festhält – bemühen sich in besonderer Weise um Schulentwicklung und die Anwendung alternativer Unterrichtsformen. Es reicht nur einfach nicht bei der Fülle der zu bewältigenden Aufgaben. Geschicktes Schulmanagement und entsprechende Aus- und Fort-

Bildungslandschaft Elbinseln Neue Bildungshäuser und Netzwerke



bildung mögen viel bewirken, können aber ohne angemessenes Budget an Zeit und Personal nicht wirklich greifen. Qualität ist nicht zum Nulltarif und nicht ohne Umdenken zu haben.

Außerdem blicken die Schulen schon längst über sich als Einzelschule hinaus, wie auch der Brief der Schulleiter deutlich macht. Sie sehen die Notwendigkeit, sich in den Stadtteil hinein und auch viel entschiedener mit den nichtschulischen pädagogischen und beratenden Einrichtungen (bis hin zur Stadtteilkultur und Sportvereinen) zu vernetzen. Aber genau dies ist ein Beispiel für ein weiteres Konfliktfeld und zwar zwischen den AkteurInnen an der Basis.

VertreterInnen nichtschulischer pädagogischer Institutionen wie z.B. der Kitas und der Jugendhilfe kritisieren u.a. auf Sitzungen des OBF, dass die Vernetzung der Schulen in den Stadtteil hinein hauptsächlich von deren besonderer Rolle als Vermittler qualifizierender Abschlüsse aus betrachtet und angegangen werde und ihnen – trotz Beteuerung des Gegenteils – nicht wirklich auf Augenhöhe begegnet werde. Entsprechend wurde dann auch bei aller grundsätzlichen Zustimmung moniert, dass die Brief-Aktion der Schulleiter ohne Rücksprache stattgefunden habe – so weit ist das Verständnis von der konkreten Vernetzung im Stadtteil längst gediehen.

Derartige Konfliktpotenziale verschärfen sich noch, wenn die Umsetzung zugesagter Investitionen bei einigen Projekten nur schleppend vorankommt oder – wenn überhaupt – nur in abgespeckter Form realisiert wird. Besonders kontraproduktiv für das Hamburger Modell BOE mit etlichen neuen Orten der Vernetzung wird es, wenn ständige Hinweise auf die angespannte Haushaltslage die weitere Finanzierung nach der IBA 2013 noch ungewiss erscheinen lassen.

Denn Schulen alleine werden die Aufgaben nicht lösen können. Es wird nach wie vor darauf ankommen, dass es genügend Stellen für „Kümmerer“ gibt, die die Bildungsoffensive und die Netzwerke koordinieren, damit die AkteurInnen nicht in der Luft hängen und z.B. die zur Verfügung gestellten Bauten nicht ohne Leben bleiben. Vor allem, wenn verhindert werden soll, dass sich einzelne Einrichtungen angesichts knapper Mittel gegeneinander ausspielen lassen, sind solche Instanzen wichtig. Es ist außerdem genügend – bezahlte – Zeit notwendig, damit die Aktiven der verschiedenen pädagogischen Einrichtungen nicht nur innerhalb dieser, son-

*„...Ganztagsschulen
und Inklusion ohne
Jugendhilfe und weitere
Einrichtungen des
Stadtteils sind ...nicht
realistisch.“*

dern über diese hinaus effektiv kooperieren können. Auch partizipative Strukturen brauchen, um funktionieren zu können, entsprechende Ressourcen – und das, weil es um die lange notwendige Verbesserung der konkreten Bildungsangebote geht.

Sollten also Erfolg und Zukunft der Bildungsoffensive noch ungewiss sein, stellt sich die Frage, ob der mit ihr eingeleitete Prozess, der am Anfang ein erheblicher Aufbruch von unten war, nicht am Ende einbrechen wird, die „im Fluss“ befindliche Bildungslandschaft (im doppelten Sinne) nicht letztlich in diesem selbst versinken wird. Davon gehen wir keineswegs aus. Wir reden in vielen Zusammenhängen über wirklich „dicke Bretter“ notwendiger Veränderungen auf allen Ebenen. Und das heißt eben für viele Aktive vor Ort und auch in den Behörden, fast immer aus nachvoll-

ziehbaren Gründen: mitmachen, zeitweilig wieder ausklinken, rein in den Prozess und die AG und auch wieder raus, und wieder rein ...

Wieviele Dinge sich inzwischen prozesshaft in der Region bewegen, machen weitere Beispiele deutlich:

Jüngst hat die Schule Fährstraße sich mit mehr als 2/3 ihres Kollegiums dafür entschieden, über einen Schulversuch mit einer Waldorfinitiative in den Austausch zu treten – gegen die Gründung einer neuen privaten Schule und eine erwartete entsprechende Segregation in der Bildungslandschaft. Dieses Modell folgt damit hoffentlich dem erfolgreichen „Vorläufer“, nämlich der Integration einer „privaten“ evangelischen Initiative aus dem Jahr 2006, die sich als neue „Elbinselschule“ im Rahmen des „Tor zur Welt-Bildungszentrums“ etabliert hat.

Ein besonders ermutigender Prozess ist die Konstituierung der Strukturen für eine regionale Bildungskonferenz in der Gestalt des „Offenen Bildungsforums“ und der beschlussfassenden (halbjährlichen) Vollversammlung. In konstruktiver Zusammenarbeit der AkteurInnen an der Basis einerseits und der Koordinierungsstelle andererseits wurde gerade mit deren Unterstützung ein Partizipationsmodell entwickelt, das gegenüber einem ebenso diskutierten Delegationsprinzip die Offenheit und Zugänglichkeit für *alle* Interessenten betont und damit sehr stark basisoffen ausgerichtet ist. Dem lag auf beiden Seiten die Erkenntnis zu Grunde, dass „Koordination“ und „Steuerung“ ihr Fundament in der Basis haben müssen.

In diesem Rahmen wurden schon vor einem Jahr drei Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen Aktive sehr konkret an den Themen 1. Übergang von der Kita in die Grundschule, 2. Übergang von der Schule in

den Beruf und 3. Ganztagslernen im Sozialraum gearbeitet wird. Auch wenn sich in letzterer Gruppe die Zusammenarbeit zwischen Schulen und z.B. der Jugendhilfe noch etwas schwierig gestaltet, entwickeln sich im konkreten Prozess doch weitere Kooperationen – was ja das eigentliche strategische Ziel ist. Und die Einsicht, dass die Lösungen der komplexen Probleme nicht allein bei den Schulen liegen, wächst stetig. Allein Ganztagschulen und Inklusion ohne Jugendhilfe und weitere Einrichtungen des Stadtteils sind einfach nicht realistisch.

Sicherlich war es frustrierend auf der Sitzung des OBF am 28.01.13 zu erfahren, dass die Reaktion der zuständigen Behörden auf die Arbeit der Gruppen noch äußerst bürokratisch und schleppend ist. Es zeigt sich, dass diese noch lernen müssen, mit den fachlichen Anfragen der Profis der lokalen Ebene weiterführend umzugehen. Man war sich aber einig, dass man nicht locker lassen dürfe, damit nicht möglichen Tendenzen in der Politik und in den Behörden zugespielt würde, die der Einrichtung der regionalen Bildungskonferenzen immer noch skeptisch gegenüber stehen. Daher war es ermutigend, dass anwesende Schulleiter gerade auch die Stärkung der RBK'en betonten. Die VertreterInnen aller pädagogischen Einrichtungen der Elbinseln beschlossen, die Forderungen der Schulleiter zu unterstützen und weiterzuverfolgen – so, wie vermutlich weitere Schulen aus entsprechenden Armutsquartieren.

Daher sollte man als Fazit ziehen, dass man die Bildungsoffensive der Elbinseln perspektivisch zwar sehr wohl an einzelnen Ergebnissen z.B. für die Schulen messen sollte. Aber bisher muss und kann lediglich der Prozess ihrer Arbeit auf diesem Weg betrachtet werden. Und der braucht Zeit für mess-

bare Ergebnisse, noch dazu im Sinne des Lernprozesses für alle Beteiligten. Er bedarf der Kontinuität und auch immanenter Konflikte als konstitutives Moment. Krisen sind unvermeidbar und letztlich auch produktiv. Mit „Reform“-Schritten, auch mit vielfältigen temporären Projekten, die in der von oben verfügbaren Beschränkung (viel zu häufig) zu kurz greifen und stecken bleiben, gibt es eigentlich hinreichend viele Erfahrungen.

Wenn hervorgehoben wird, dass der Entwicklungsprozess auf den Elbinseln einen modellhaften Charakter hat und ein einfaches Scheitern mangels Kontinuität und minimaler Ressourcen schon aus politischen Gründen auch wegen der jahr-

zehntelangen vorherigen Vernachlässigung der Region Elbinseln verhindert werden muss, beinhaltet das nicht einen Anspruch auf Exklusivität. Es wäre im Gegenteil erforderlich, dass Ähnliches in anderen entsprechenden Stadtteilen stattfindet, unter vergleichbaren oder ganz anderen Bedingungen – aber auch im offenen Diskurs miteinander. Denn es geht um nichts weniger als die soziale Spaltung in der ganzen Stadt und den gesellschaftlichen Verlust ganz erheblicher Teile junger Menschen.

JÜRGEN DEGE-RÜGER,
ehem. Koordinierungsstelle
Bildungsoffensive Elbinseln (BOE)
DR. PETER KOGGE,
„Bildungsbotschafter“ BOE

Neuer Brandbrief

„Lehrer der Nelson-Mandela-Schule schreiben ... Brandbrief an Senator Rabe: 'Wir schlagen Alarm, weil mehr nicht geht.'

... Die Lehrer der Nelson-Mandela-Schule, in der 1000 Schüler aus mehr als 50 Nationen unterrichtet werden, nennen drei große Problembereiche: den Übergang Schule – Beruf, die zu großen Klassen und die Folgen der Inklusion.

'Das größte Problem liegt für uns in der zunehmenden Leistungsheterogenität unserer Schüler - bei gleichzeitig immer noch viel zu großen Lerngruppen!... Trotz der Bestimmung im Schulgesetz - höchstens 25 Kinder ab Klasse sieben – 'bleiben Lerngruppen von bis zu 28 Schülern für uns Realität'. Ein Grund seien die Schüler, die vom Gymnasium kommen.

Das Leistungspotenzial klappe weit auseinander: 'So findet sich in jeder Klasse ein Teil von Schülern, denen es schwerfallen wird, überhaupt den ersten Schulabschluss ... zu schaffen, wie auch ein Teil, der seinen Weg in die gymnasiale Oberstufe geht, mit dem Ziel, das Abitur zu erreichen' ...

Von den Schülern der Klassenstufen fünf bis zehn hatten nur 16 Jungen und Mädchen eine Empfehlung für das Gymnasium erhalten. Die pädagogische Leistung der Schule zeigt sich darin, dass von den jetzigen Zehntklässlern voraussichtlich 36 Prozent in die Oberstufe wechseln werden.

... Nur bei 20 Prozent der Unterrichtsstunden könne eine Doppelbesetzung gewährleistet werden. Das Kollegium fordert Rabe auf, die Klassen auf eine Größe von höchstens 22 Schülern zu begrenzen und die Förderressourcen in den Inklusionsklassen zu verdreifachen...(pum)“

Hamburger Abendblatt, 15.02.13

Das Schulsystem befördert die soziale Exklusion von Kindern in Armut. Dies ist das zentrale Ergebnis der Langzeitstudie über kindbezogene Armutsfolgen, die die AWO gemeinsam mit dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) durchgeführt hat. Das besondere Verdienst der AWO-ISS-Studie: Sie macht die Auswirkungen von Armut von der KiTa bis zum Ende der Sekundarstufe I sichtbar und nachvollziehbar. Dabei deckt auch diese Studie auf, dass die Schule mit ihren Strukturen und ihrer Funktionsweise die soziale Ungleichheit verschärft und Armut über Bildungsarmut verfestigt.

Die AWO-ISS-Studie erforscht Armutsfolgen.

Die Studie hat mit ihren vier Forschungsschwerpunkten die Lebenslagen von armen Kindern und Jugendlichen an den biografischen Bildungsübergängen erfasst und mit denen nicht armer Kinder verglichen. Nach den Veröffentlichungen über



449 wieder teil. Auch wenn die Langzeitstudie aufgrund ihrer Beschränkung auf Befragte in ehemaligen AWO-KiTs nicht repräsentativ für Deutschland ist, erhebt die Studie den Anspruch auf Verallgemeinerung der Tendenzbeschreibungen.

Das Risiko multipler Deprivation wächst mit der Armut und ihrer Dauer.

Die Studie definiert drei Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen: das Wohlergehen,

Jugendliche nahezu viermal so häufig zur Gruppe der multipel Deprivierten wie nicht arme. Im Entwicklungsverlauf der ehemaligen KiTa-Kinder zeigt sich auch, dass jedes zweite dauerhaft arme Kind als Jugendlicher multipel depriviert ist.

Frühe Armut und multiple Deprivation sind Prädiktoren für die Schul- und Ausbildungsbiografie.

Die Studie spricht von einer „erstaunlichen Prognosekraft der frühen Armut auf den späteren Schulerfolg“. Die armen Kinder und Jugendlichen konzentrieren sich auf der niedrigen Stufe des Schulsystems (Förder- und Hauptschule), während die nicht armen vorrangig auf der höheren Stufe (Gymnasium) zu finden sind. Wird zusätzlich die Lebenslage berücksichtigt, dann ist das Ergebnis noch eindeutiger. Kinder und Jugendliche im Wohlergehen finden sich kaum in Förderschulen oder Hauptschulen, während sich hier arme Kinder und Jugendliche mit multipler Deprivation konzentrieren. 63 % der armen und multipel deprivierten Kinder haben es nicht bis zum Hauptschulabschluss geschafft. Brüche in der Schulbiografie sind eher die Regel für die armen Kinder und Jugendlichen. Es ist „erschreckend realistisch“, so die Studie, dass jeder vierte der armen Jugendli-

Soziale Exklusion

Wie Bildungsverlierertum und Armut zusammenwirken

„Armut im Vorschulalter“, „Armut im frühen Grundschulalter“, „Armut bis zum Ende der frühen Grundschulzeit“ liegt inzwischen auch der Abschlussbericht der 4. Phase bis zum Ende der Sekundarstufe I vor. Er trägt den Titel „Von alleine wächst sich nichts aus...“ und wurde im August 2012 öffentlich vorgestellt. Auch in der letzten Stufe konnten 50 % der ehemaligen KiTa-Kinder in AWO-Einrichtungen wieder befragt werden. Von den 1999 erstmals einbezogenen 893 Kindern und deren Familien nahmen an der letzten Phase

die Benachteiligung und die multiple Deprivation. Sie spricht von multipler Deprivation, d. h. von umfassender Benachteiligung in der Lebenslage, wenn von den Bereichen der materiellen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Versorgung mindestens drei erheblich eingeschränkt sind. Im Falle einer Benachteiligung sind die Einschränkungen etwas weniger auffällig und im Falle des Wohlergehens gar nicht vorhanden. Die Studie weist den engen Zusammenhang von Armut und multipler Deprivation nach. Danach gehören arme



chen keine Berufswahl für sich sieht. Sie zeigen deutlich größere Skepsis bezüglich ihrer Chancen als nicht arme Jugendliche.

Eine migrationsbedingte Verstärkung negativer Armutseffekte ist nicht nachweisbar.

„Den prägenden Risikoeinfluss auf die Entwicklung junger Menschen hat die finanzielle Lage der Familie, egal ob mit oder ohne Migrationshinweis“, so die Forscher. Migrationsbedingte Effekte als negative Verstärkung für die Entwicklung von armen Kindern lassen sich wissenschaftlich nicht nachweisen. In fast allen Fällen verschwindet der Migrationshintergrund als Einflussfaktor im Verlauf der Schulbiografie fast vollständig. Dagegen stellt die Studie fest: „Verfestigte Armut in bildungsfernen Familien ohne Zuwanderungsgeschichte hat sich als Hauptproblem erwiesen.“ Der Befund, dass arme Migrantenjugendliche häufiger im Wohlergehen aufwachsen als arme Jugendliche ohne Migrationshintergrund, wird mit den höheren Bildungsaspirationen der Eltern, mit der längeren Verweildauer in der Grundschule vor dem Wechsel zur Förder- bzw. Hauptschule und mit dem höheren Sozialkapital der Herkunftsfamilien erklärt. Arme herkunftndeutsche Jugendliche wachsen häufiger isoliert in wenig stabilen Familienformen auf.

Die Studie plädiert für ein sozial inkludierendes Schulsystem.

Anhand der untersuchten Fälle wird sichtbar, dass „das Schulangebot im gesamten Schulverlauf nicht passend für den Förder- und Bildungsbedarf von Kindern mit früher, vor allem aber mit andauernder Armutserfahrung und Benachteiligung“ ist. Individuelle Förderung bleibt unwirksam gegenüber Strukturen und Funktionsweise des selektiven Schulsystems. Diese bewirken „eine Potenzierung armutsbedingter Benachteiligung“. Die Studie empfiehlt zur Bekämpfung der Armutfolgen „frühe Förderung und Prävention, ein sozial inkludierendes Schulsystem, systematische und strukturelle Begleitung durch Bildungs- und Förderketten, eine umfassende Infrastruktur für Familien.“ Sie unterstreicht aber gleichzeitig auch die Notwendigkeit, nicht nur die Armutfolgen, sondern auch die Armut selbst zu bekämpfen.

Die Aussonderung armer Kinder aus dem allgemeinen Schulsystem beenden!

Mit der Aussonderung aus den allgemeinen Schulen in die Förderschulen, die meistens während der Grundschulzeit stattfindet, werden Kinder mit armutsbedingten Auffälligkeiten und Entwicklungsproblemen immer noch wie zu Zeiten der

Hilfsschule im vorigen Jahrhundert als behindert kategorisiert und abgestempelt, in ihren Entwicklungsmöglichkeiten und Lebensperspektiven drastisch eingeschränkt und so dem Risiko der gesellschaftlichen Stigmatisierung und Exklusion ausgesetzt. Auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem ist das Auslaufen der Förderschulen für Arme daher ein absolut unverzichtbarer Schritt. Er muss verbunden werden mit einem Umbau der allgemeinen Schulen zu Lern- und Lebensorten, die allen Kindern unabhängig von ihren sozialen Herkunftsfamilien und Lebenslagen gerecht werden. Er muss begleitet sein durch eine Politik der sozialen Prävention und der Armutsbekämpfung.

Aber wie soll man eine Bildungspolitik bezeichnen, die trotz der völkerrechtlichen Verpflichtung zur Umsetzung inklusiver Bildung mehrheitlich an den aussondernden Förderschularten für Arme festhält, ihnen trotz der erdrückenden Beweise für ihre schädliche Wirkung zu demokratischer Scheinlegitimation verhilft durch ein sog. Elternwahlrecht und es denen offeriert, von denen auch sie weiß, dass diese aufgrund ihrer prekären Lebenssituation ihre Beteiligungsrechte nicht wahrnehmen können oder schon längst nicht mehr wahrnehmen wollen? Nutzen wird es denen, die als Lobbyisten das Förderschulsystem lautstark bewerben. Wie soll man eine Bildungspolitik bezeichnen, die mit dem Festhalten an dem teuren und unsinnigen Förderschulsystem den allgemeinen Schulen Mittel zur inklusiven Entwicklung vorenthält und so den Inklusionsprozess untergräbt? Ist das noch pragmatische Bildungspolitik oder schon blanker Zynismus?

BRIGITTE SCHUMANN
Journalistin

Aus Armut werden Armutsrisiken

Fehlerhafte bis falsche Kritik am „4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“

Kritik am 4. Bericht über „Lebenslagen in Deutschland“

Wieder lässt die Regierung einen Bericht (Zitate aus beiden Entwürfen E I/E II) über die „Lebenslagen“ erstellen. Sofort erhitzen sich die Gemüter. Dem Bericht wären „in zentralen Passagen sämtliche Zähne gezogen“ (Schneider, Parität. GV, SZ 29.11.12) und „die Statistiken über die Einkommens- und Vermögensentwicklung der Öffentlichkeit vorenthalten“ (hlz, S. 8/9). Da kommt Unmut auf, weil die Politik einiges „geglättet“ hat, was viele Organisationen nervt. Mit schonungsloser Akribie weisen die „Statistiken“ auf Armut: „Niedriglohnanteil“, „Einkommensungleichheit“, „Lohnentwicklung“ mit „realen Entgeltverlusten“. Die Härten des Berichts liegen in etwas anderem. Zynisch ist der Bericht darin, dass er Armut zu einer Frage der Definition macht, zum „Armutsrisiko“ verharmlost und sie nur kritikabel sei, wenn man aus ihr nicht herauskomme.

Armut & Wohlstand

Die herrschende Politik meint, mit der „sozialen Marktwirtschaft“ eine Wohlstandsgesellschaft eingerichtet zu haben. Das Nebeneinander von konkurrierendem Wettbewerb und sozialem Ausgleich Sorge mehrheitlich für „Wohlbefinden und soziale Teilhabe“. Armut wird jedoch keineswegs verschwiegen, denn die Lebenslagen „bewegen sich zwischen sehr guten (Reichtum) bis sehr eingeschränkten materiellen Ressourcen

und Teilhabe (Armut)“. Die „untere Hälfte der Verteilung“ hat nur „1 % des gesamten Nettovermögens“ und „die vermögensstärksten 10 % der Haushalte“ verfügen über die Hälfte „des gesamten Nettovermögens“. Die Verteilung der Einkommen und der Vermögen stehen im Bericht beziehungslos nebeneinander. Die Vermögen bedingen die schlechten Einkommen.

Bewertungsstreit

Arbeitsministerin und Wirtschaftsminister samt Kanzleramt waren sich in der Bewertung der Fakten uneins. Leyen monierte, dass „fast jede/r Vierte für Niedriglohn arbeite“. Der Liberale setzte sich darüber hinweg und lobpreiste dafür die Abnahme der Arbeitslosen um 2 Millionen als Leistung der Regierungskohalition, die den Millionen von Hartz IV-Empfängern nach Rot/Grün weiter „Beine machte“. Die Folge: Zunahme „prekärer Arbeitsverhältnisse“ in Millionenhöhe. Die inszenierte Empörung von Teilen der Opposition, die „Vertuschung“ (SPD) und „Bilanzfälschung“ (Grüne) witterten, ist geheuchelt, denn die haben die „Armut per Gesetz“ (Linke) beschlossen.

Relativierung der Fakten

Die soziologische „Definition“ fasst Armut als Abweichung von der durchschnittlichen Lebenslage. Sie sei geringe „Teilhabe“ am Reichtum und danach solle die Existenz des Missstands bewiesen werden. Fakten zu bewiesen ist eine theoretische Unmöglich-

keit. Die Frage, was Armut ist, wird ersetzt durch, wie sie zu messen ist. So gelangt man zur Beweispflicht: wo beginnt und endet sie? Qualität wird in Quantität übersetzt. Jetzt kommt es nur drauf an, wo die Grenze zu ziehen ist, ab wo von mangelnden „Teilhabechancen“ – also von Armut – gesprochen wird. Als Norm ist aktuell, wenn sie unter „60% des Medianeinkommens“ verdienen. Ein ständiger Händel um den „Grenzwert“ wird zum Dauerbrenner. Armut wird nicht im Verhältnis zum Reichtum bestimmt. Die mittleren Lebensverhältnisse macht man so per Definition zum Gegenteil von Armut. Durchgestrichen ist damit, welcher Qualität das Durchschnittsniveau dieser Menschen ist. Die Denke läuft nach der Logik: Worin liegt die Abweichung vom Durchschnitt? Erst wird die Abweichung von einem durchschnittlichen Konsum definiert und flugs ist man bei den Umständen, unter denen man darunterfällt. So gäbe es „Chancen zur Überwindung von Risikolagen“.

Verniedlichung zum Armutsrisiko

Skandalös die Übersetzung von Armut in „Armutsrisiko“! Arme sind dann nicht arm, so der Schluss, wenn Verwandte ihnen Geld zuschießen oder sie mehrere Jobs haben. Alleinerziehende, Geschiedene und Kinderreiche sind gefährdet, da sie bei Risiken wie Kinderreichtum, Trennung oder Krankheit verarmen. Dagegen sind für Reiche Krankheit, mehrere Scheidungen, auch eine größere Zahl von Kindern keine Hürde.

Psychologische Bewältigung von Armut

Ekelhaft ist, wenn die bedrückende materielle Lage daraufhin abgeklopft wird, wie sie psychisch verarbeitet wird; wie gut oder schlecht man damit zurechtkommt. Es geht nur noch darum,

dass man sie aushält, ohne aufzufallen. Der Jugendliche mit intaktem „Selbstwertgefühl“ hat „ein verminderte Risiko für Verhaltensauffälligkeiten“, rauche kaum. Will sagen, dass die verarmten Jugendlichen moralisch noch intakt sind. Sie haben ihre miese Lage nicht mit Rauschmitteln aushaltbar gemacht, werden auch nicht kriminell oder glänzen mit Überlegenheitsdemos.

Durch Befragungen wird das Faktum relativiert, da kommen Schüler-/StudentInnen gerade recht, die sich unter dem „Medianeinkommen“ nicht arm „fühlen“. Den schlecht bezahlten Beschäftigten will man durch „subjektive Armutsmessung das Gefühl“ geben, auch Chancen auf Besserung zu haben. Es ist ein Unterschied, ob jemand Armut oder „Gerechtigkeitsempfinden“ vorenthalten wird.

Armut als Ordnungsproblem

All die Fakten bergen „gesellschaftliche .. Probleme“ in sich. Ein Problem sind die negativen Folgen schulischer Selektion: der z. T. 'aus dem Ruder laufende' Nachwuchs. Im „Ganztagsbetrieb“, an möglichst allen Schulformen, soll ihnen vermehrt Anstand gelehrt werden. Damit sind Familien, die Frustrationen nicht adäquat verarbeiten und somit zum Aufsichts- und Betreuungsobjekt von Behörden werden, das Problem, nicht ihre Mittellosigkeit. Das angestrebte Ideal heißt: Arm, aber anständig! Wenn „bildungsferne Elternhäuser“ bei der Erziehung ihrer Kids versagen, gibt es Maßnahmen, die die „Startchancen“ dieser Kinder für die Schulkonkurrenz verbessern sollen. Ein „Lernangebot .. für benachteiligte Kinder“ muss her, mit einem „lernförderlichen Umfeld“, in dem sie u. U. einen „höheren Bildungsstand“ erreichen.

Soziale Mobilität

Damit hofft man, später die „Reaktionsmöglichkeiten in



Eure Armut kotzt uns an!

schwierigen Lebensabschnitten“ zu beeinflussen. Das Mehr an Bildung lässt Arbeits- und Mittellosigkeit dann besser aushalten. Die Soziologie kommt auf „soziale Mobilität“ und meint damit die „Chancen zur Überwindung von Risikolagen“. Man verzagt nicht gleich, ruiniert die Physis nicht mit Alkohol oder Drogen, wird nicht depressiv, krank oder gar kriminell, wenn die Wechselbäder von Beschäftigung und Nichtbeschäftigung – „Auf- und Abstiege innerhalb der Lebensverläufe“ – sich wiederholen. Kritisiert wird an der Armut, dass sich Hartz IV-Familien über Generationen verfestigen und reproduzieren.

Armut = Ausschluss vom Reichtum

Armut gehöre sich eigentlich für ein reiches Land nicht, deswegen die „Beschönigungen“. Allerdings bleibt den Armen nicht verborgen, dass die Regale prall gefüllt sind. Für jeden Geldbeutel gibt es Waren in allen Qualitätsstufen. Dass das Kritikable am Bericht und seinen Umwertungen eine „schreiende Ungerechtigkeit“ sei, kann der Einstieg sein. Arme sind systematisch vom Reichtum ausgeschlossen. Die Scheidung in Arm und Reich ist das herrschende Produktionsverhältnis. „So bleibt das Eigentum für sie Ausschluss von dem Reichtum,

den sie selbst produzieren; negative Bedingung ihres Nutzens, der sie sich beugen müssen, um leben zu können; eine fremde Verfügungsgewalt über ihre Arbeit, die sie mit ihrer Arbeit beständig reproduzieren und vergrößern“ (GegenStandpunkt 3-12, 95). Damit ist der Grund für die Armut der Lohnarbeiter benannt. Die Eigentümer bestimmen mit ihren Kalkulationen über die Einkommenschancen derjenigen, die nur über ihr Arbeitsvermögen verfügen.

Wenn die Grundlage dieser Verhältnisse „die Armut der großen Masse“ ist, „die immer noch, aller Arbeit zum Trotz, nichts zu verkaufen hat als sich selbst, und den Reichtum der wenigen, der fortwährend wächst“ (Marx, Bd. 23, 741), produziert, dann gerät die Wirtschaftsweise samt Eigentumsordnung in die Kritik.

Der Zynismus des Berichts besteht darin, dass die haarsträubenden Fakten dieser Ordnung nichts anhaben können. Er stellt klar, dass es gar nicht darum geht, Arbeitslosen oder Geringverdienern einen Arbeitsplatz und ein auskömmliches Einkommen zu verschaffen. Dann ist Armut nicht mehr kritikabel, sondern sie wird zur sozialen Frage: Armut gefährdet den Kapitalismus, der sie doch ständig hervorbringt.

F. BERNHARDT / B. GOSPODAREK
Ruheständler



Dunkle Flecken auf der Filmrolle

In den hz-Debatten um Individualisiertes Lernen, Neoliberalismus und anti-faschistische Geschichtspolitik in der Tradition von 1968 wurde teilweise schweres Geschütz aufgefahren. Max Lill wagt eine Frontbegehung und fragt nach den historischen Hintergründen einer verworrenen und reichlich unglücklichen Schlachtordnung.

Debatten um Reformpädagogik neigen dazu, in vielfältige Richtungen hin auszufern – diese Erfahrung hat sich für mich auch in der Lektüre der letzten hz-Ausgaben wieder bestätigt. Während das übergreifende Banner mit „schneller – bunter – dümmere“ auf die (in meinen Augen ziemlich platte) Kritik des Herrn Spitzer an der „Digitalen Demenz“ infolge des Einsatzes neuer Medien anspielte (vgl. zur Kritik hz 12/2012, S. 39), ging es in den Artikeln zugleich um individualisiertes Lernen, die Herstellung sozialer Heterogenität, die Nazivergangenheit des Bertelsmann-Konzerns, Geschichtspolitik der Achtundsechziger und noch allerlei anderes.

Ein solches Themen-Potpourri muss nicht schlecht sein. Es zeigt zunächst einfach, dass es sich um einen Kreuzungspunkt unterschiedlichster Diskurse, Traditionen und sozialer Kräfte handelt. Solche Schnittstellen sind immer spannend. Sie zwingen aber auch dazu, sich in Ruhe klar zu machen, um welche Fragen es gerade geht und worin die Verbindungen bestehen.

Ich hatte mit einigen der Verknüpfungen, so wie sie einem in der hz begegneten, meine Schwierigkeiten. Das betrifft

vor allem die Assoziationskette Reformpädagogik – Neoliberalismus – Autoritarismus/Faschismus. Noch mehr störte mich die schrille Tonlage einiger Beiträge. Ich hatte sogar gegen die Veröffentlichung von zwei Artikeln plädiert. Nachdem unsere redak-

Was mich aber vor allem irritiert, ist die Pauschalität und der hemmungslos aggressive Ton der Attacken.

tionsinterne Diskussion hierzu nun teilweise bereits öffentlich geworden ist (vgl. hz 1/2013, S. 46), möchte ich die Gelegenheit nutzen, meine Vorbehalte kurz zu begründen. Zugleich will ich der Frage nachgehen, weshalb in dieser Debatte so sehr über die Stränge geschlagen wird. Ich baue dabei auf eine Tugend, die ich an meinen RedaktionskollegInnen von der hz ganz besonders schätze: Sie streiten sich gerne – mit Leidenschaft in der Sache und mit der Gelassenheit, die nötig ist, um es nicht persönlich zu nehmen.

Mein erster Einwand betraf einen Artikel, der bereits 2012 erschienen ist und (erwartungs-

gemäß) für scharfe Gegenreaktionen gesorgt hat. Rainer von Kugelgen stellt darin mit viel Wortgewalt und – wie ich finde – wenig Substanz, den Ansatz des Individualisierten Lernens als „putschartig“ geführten Angriff der Obrigkeiten auf die Schulen und Lehrer_innen dar, eine Attacke, die auf das „Auslöschen von Individualität und Persönlichkeit“ ziele und „die Reste der Bildungsreform-Errungenschaften infolge der Kulturrevolution von 1968ff.“ dahinzuraffen drohe (hz 1-2/2012, S. 36/37).

Nun ja, dachte ich, man kann ja sicher allerhand kritisieren am IL-Ansatz oder dem, was daraus gemacht wird. Aber diese Art der gnadenlos einseitigen Polemik trägt sicher zu keiner Klärung bei. Das Szenario einer Wiederverkehr des autoritären (deutschen) Charakters im Gewande von Aufklärung und Reformpädagogik erscheint mir nach wie vor ziemlich abwegig. Was mich aber vor allem irritiert, ist die Pauschalität und der hemmungslos aggressive Ton der Attacken.

Ähnliches gilt aus meiner Sicht für den Text von Marc Erang, der eine Polemik gegen eine Fernsehdiskussion mit Richard David Precht und Gerald Hüther auf inhaltlich nicht nachvollziehbare Weise mit einer Kritik an der Nazivergangenheit des Bertelsmann-Konzerns verknüpft (hz 10-11/2012 und 12/2012). Ich kann mich dem Leserinnenbrief von Dorothea Mannshardt in der hz 1/2013 nur anschließen: Die Zuspitzung der Rhetorik, die der Autor selbst an Precht und Hüther kritisiert, nimmt in diesem Pamphlet Formen an, die nur noch maßlos genannt werden können. Da wird munter der kulturelle Unterbau der Gesellschaft „vernichtet“, da wird „Hass“ gegen Musik, Kunst

und Mathematik unterstellt – alles als Teil eines Feldzuges, der aus den reinsten „reformpädagogischen Gefilden“ heraus geführt wird, sich bei näherem Besehen aber als gnadenloser Marktradikalismus entpuppt. Was genau Precht und Hüther mit Bertelsmann zu tun haben, bleibt im Dunkeln. Die Überleitung erfolgt frei nach dem Motto: „Das ist es wohl, was Hüther meint“ (hlz 10-11/2012, S. 38-41).

Aber es kommt noch besser: Die „neuen“ Akteure“ sind, so lernen wir, „meist die alten“ (ebd., S. 40) – soll heißen: Die ganz alten, die, die schon damals, nach 1933... Sie wissen schon. Nebenbei wird Hüther noch ein „deterministisch-biologisches Bildungskonzept“ unterstellt (ebd., S. 38). Passt doch, klingt ja auch irgendwie nach Nähe zu den Nazis. Dabei hat Hüther innerhalb der (durchaus heterogenen) Diskussionen in der Hirnforschung gerade die Gegenposition zu Forschern wie Gerhard Roth vertreten, die von einer relativ festen genetischen Vorprägung ausgehen und die Bedeutung von Sozialisationsprozessen sowie die des menschlichen Willens in Frage stellen. Hüther beharrt auf einer engen Verknüpfung mit soziologischen Perspektiven, die die Offenheit und lebenslange Veränderbarkeit neuronaler Strukturen betonen und kommt von hier aus zur Pädagogik. Aber all das ficht den Verteidiger des herrschenden Schulsystems nicht an. Die Wahrheit ist selbstverständlich immer auf seiner Seite.

Ich frage mich schon, warum solche Hetzartikel gegen die Reformpädagogik – wohlgermerkt ohne jegliche Differenzierung – in einer GEW-Zeitung erscheinen sollten. Vor allem frage ich mich, ob so etwas hier wirklich



Damit fing's an

ein wohlwollendes Publikum findet. Das fände ich äußerst bedenklich und klärungsbedürftig.

Zum Glück sind auch überzeugende Gegendarstellungen in der hlz erschienen. Vor allem die Beiträge von Joachim Herrmann vom LI-Hamburg lassen die Anwürfe souverän ins Leere laufen. Es ist mir jedenfalls rätselhaft, wie man dieser sehr komplex abwägenden und gegenüber Kri-

Kritik muss bei den Akteuren und ihren spezifischen Interessen und Strategien ansetzen, statt wild um sich zu schlagen

tik aufgeschlossenen Position Neoliberalismus oder gar Autoritarismus unterstellen kann. Im Kern vertritt Herrmann doch nichts anderes als ein klassisch emanzipatorisches Bildungsverständnis, das notwendigerweise immer vom Subjekt ausgehen, also den einzelnen Menschen mit seinen besonderen sozialen und persönlichen Voraussetzungen und Aneignungsweisen in den Mittelpunkt stellen muss.

Dies tut er wohlgermerkt in dem expliziten Bewusstsein, dass Ansätze, die individuelle Potentiale und Kreativität fördern, unter den real existierenden kapitalistischen Verhältnissen immer *auch* zum Mittel von Herrschaft und Ausbeutung werden. Soll man sie deshalb den Wirtschaftsliberalen überlassen? Ich sehe keinen Grund, aus dieser Position einen Gegensatz zu einer auch inhaltlich durch kritisches Wissen gesättigten Bildung zu konstruieren, einer Bildung, die Orientierung, Anleitung und Auseinandersetzung bietet, statt nur zu moderieren oder die Schüler_innen gar sich selbst zu überlassen.

Auf einem anderen Blatt stehen die Fragen, ob und warum auch Akteure wie Bertelsmann sich einer ähnlichen Rhetorik bedienen und was möglicher Weise in der Umsetzung des IL-Ansatzes in den Schulen oder beim LI falsch läuft. Nur: Eine entsprechende Kritik muss bei den Akteuren und ihren spezifischen Interessen und Strategien ansetzen, statt wild um sich zu schlagen und alles zu verdammen, was irgendwie nach Individualisierung und Reformpädagogik riecht.



Ein solcher Reflex, der sich dann auch noch auf die Errungenschaften der Bildungsreformen im Nachgang von 1968 beruft, ist genau das, was sich die Neoliberalen nur wünschen können: Sie erscheinen dann als die Vertreter von Fortschritt und Emanzipation, sie sind es, die das Individuum ernst nehmen, die Schule öffnen und grundlegend verändern wollen. Alt-linke Gewerkschafter_innen verschanzen sich dagegen in der Trutzburg ihrer Vorurteile, verfluchen das böse Internet und erwecken den Eindruck, wenn man nur mehr Geld und Ressourcen zur Verfügung stelle, dann sei schon alles zum Besten: Es lebe die Frontalbelehrung und das notenbasierte Eintüten von Kindern in schlaue, doofe, disziplinierte oder ADHS-gestörte!

Aber halt! Nun werde auch ich polemisch. Das Thema weckt meine Leidenschaften. Damit wir uns nicht missverstehen: Es gibt sicher gute Gründe, pauschalen Heilserwartungen gegenüber Methoden des offenen, schüler-

zentrierten Unterrichts skeptisch zu begegnen und festzustellen, dass oft auch lehrerzentrierte Verfahren erfolgreich sein können – insbesondere dann, wenn die Schüler_innen, etwa aufgrund sozialer Voraussetzungen (noch) besondere Schwierigkeiten haben, sich selbst zu strukturieren, ihre Interessen und Bedürfnisse zu klären und zu artikulieren – aber ebenso dann, wenn der Lehrer oder die Lehrerin über Talent und Können in der Kunst des freien Vortrags und der Gruppengesprächsführung verfügt. Denn der Ansatz der Individualisierung macht auch mit Blick auf die Lehrenden Sinn: Lehrerpersönlichkeit, Inhalt und Methode müssen in einem stimmigen und glaubwürdigen Verhältnissen zueinander stehen, so dass Beziehungsarbeit möglich wird (vgl. Rudolf Abrams in hlz 1/2013, S. 45).

Nur wenn auch die Unterrichtenden die Möglichkeit erhalten, ihren eigenen Stil zu finden, kann Schule gelingen. Dafür braucht es sicher eine bessere

Ausstattung, weniger Stunden, kleinere Klassen und v.a. eine grundlegende Veränderung der Lehrerbildung. Aber es braucht eben auch eine Auseinandersetzung um pädagogische Fragen, die sich nicht mit dem Argument abwiegeln lässt: Dafür haben wir keinen Kopf, die Arbeitsbelastung ist zu hoch – so verständlich diese Reaktion angesichts der herrschenden Zustände ist.

Und um noch einem Missverständnis vorzubeugen: Es liegt mir fern, die Bedeutung einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im Rahmen dieser Diskussion herunterzuspielen. Das gilt für die sehr ambivalente Geschichte der Reformpädagogik genauso wie für die Geschichte einzelner Akteure, wie der Bertelsmann AG (deren Wirken im Ganzen unbestritten auch heute alles andere als fortschrittlich ist).

Nur sollte das mit Augenmaß passieren. Geschichtspolitische Debatten lassen sich nicht auf die Frage reduzieren: „Auf welcher Seite stehe ich?“ (Joachim Geffers in hlz 1/2013, S. 48). Gerade in dem sehr heiklen Themenfeld, um das es hier geht, sind die Fronten nicht so klar und dauerhaft gezogen.

Natürlich macht es Sinn, an die Nazi-Vergangenheit von Bertelsmann zu erinnern und darauf hinzuweisen, dass der Faschismus letztlich *auch* eine Form war, in der sich Teile des Bürgertums gegen sozialistische und andere Bedrohungen behauptet haben. Und natürlich ist der Schoß für reaktionär-autoritäre Politiken heute noch (oder wieder) fruchtbar.

Nur müssten solche Tendenzen an der gegenwärtigen Praxis von Akteuren nachgewiesen werden. Von hier aus müssten



Das Volk war noch nicht richtig überzeugt

die Verbindungslinien und Parallelen zur Vergangenheit gezogen werden. Es reicht nicht, eine vage assoziative Verknüpfung etwa zwischen Precht/Hüther, IL-Ansatz und Bertelsmann zu suggerieren, um dann unvermittelt über Nazipropaganda zu schreiben.

Das berührt auch die Frage, wie wir eigentlich soziale Akteure und Konflikte denken: Ich halte es für ein grundlegendes Missverständnis marxistischer Gesellschaftstheorie, wenn Klassen als quasi einheitlich agierende Kollektive erscheinen. Es ist nicht „die“ Bourgeoisie, die zum Faschismus „greift, wenn sie sich als Klasse dem Untergang geweiht sieht“ (Geffers in hlz 1/2013, S. 46). Der Antagonismus von Kapital und Arbeit ist ein Grundwiderspruch der Produktionsverhältnisse, keine empirische Beschreibung von zwei einander schroff gegenüberstehenden feindlichen Lagern.

Das Bürgertum bildete immer eine sehr heterogene Landschaft unterschiedlicher Klassenmilieus mit ganz verschiedenen politischen, lebensweltlichen und eben auch pädagogischen Orientierungen. Nicht wenige Bürgerliche haben gerade aus einem individualistischen Ethos heraus gegen den Faschismus opponiert, während auf der anderen Seite manche Arbeiter_innen (z.B. mein Großvater) aus dem Glauben an den nationalsozialistischen Gedanken schon vor 1933 in die NSDAP eintraten.

Das dürfte unstrittig sein, setzt aber ein Fragezeichen hinter jede traditionelle Klassenkampfrhetorik oder gar deren vorschnelle Übertragung auf politische und pädagogische Kontroversen.

Eingedenk dessen ist es eine doppelte (und bittere) Ironie, dass die Angriffe gegen die Re-

formpädagogik als einer vermeintlichen bürgerlichen Verschwörung ausgerechnet aus der Tradition einer alt gewordenen Neuen Linken heraus formuliert werden. Die Studenten- und Alternativbewegungen der 1960er und 1970er Jahre haben nämlich nicht nur selbst die Renaissance der Reformpädagogik entscheidend mit angestoßen. Sie sind auch ein gutes historisches

Es gehörte zu den großen Selbstmissverständnissen der Neuen Linken, sich in die Pose des radikalen Arbeiterklassenkampfes geworfen zu haben

Beispiel für progressive Bewegungen innerhalb bürgerlicher Milieus, genauer: Der durch Bildungsexpansion sozial aufsteigenden, ehemals meist kleinbürgerlich geprägten, teilweise aber auch aus der Facharbeiterschaft oder dem Bildungsbürgertum stammenden Kinder der Nachkriegszeit.

Es gehörte zu den großen Selbstmissverständnissen der Neuen Linken, sich in die Pose des radikalen Arbeiterklassenkampfes geworfen zu haben. So verdienstvoll nicht nur die Auf-

arbeitung der Nazivergangenheit der Elterngeneration, sondern auch die Kapitalismuskritik waren: Der Rückzug auf Positionen, die in oft durchaus autoritärem Gestus aus den wechselseitig verfeindeten K-Gruppen heraus erfolglos das Kollektiv „der“ Arbeiterklasse beschworen, während die „herrschenden Klassen“ als weitgehend homogener Block, gar als proto-faschistische Elite vorgestellt wurden – all dies war ideologischer Ausdruck einer Niederlage und Zersplitterung der Neuen Linken im Verlauf der 1970er Jahre.

Diesen Auflösungserscheinungen entsprach in der Gegenrichtung, aber teilweise durchaus in Personalunion, der spontaneistische Impuls zum übersteigerten Anti-Autoritarismus, dessen Auswüchse gerade in der Pädagogik zu besichtigen waren. Hier schlugen die erfreuliche Rezeption reformpädagogischer Ansätze und die nur allzu nötige Auseinandersetzung mit dem Fortwirken der „schwarzen Pädagogik“ in zunehmend destruktive Formen um. Die alten Vorstellungen des romantischen Zweiges der Reformpädagogik von den natürlicher Weise guten inneren Anlagen und Strebungen des Kindes, denen man nur freie Entfaltung ermöglichen müsse,





erlebten eine Neuauflage.

Auch das waren aber nur historische Spielarten der Reformpädagogik, die keineswegs immer im Abseits der Systemfrage agierte. Es sei hier nur an Paolo Freires Pädagogik der Unterdrückten, John Deweys demokratisches Bildungsverständnis oder die reformpädagogisch inspirierten Schriften von Antonio Gramsci erinnert. Und auch Célestin Freinet war Sozialist, selbst wenn er – zu Recht – auf der grundlegenden Differenz von Politik und Pädagogik beharrte. Auch diese Klassiker wurden nicht zuletzt in der Nachfolge von 1968 wieder entdeckt.

Während Neokonservatismus und Neoliberalismus seit Ende der 1970er Jahre ihren Siegeszug antraten, zogen sich viele Linke ins gegenkulturelle Biotop oder interne Scharmützel zurück. Oder sie arrangierten sich, wurden gesetzt, „bürgerlich“ eben. Die nächste große politische Offensive der sozial aufsteigenden, progressiven Bildungsmilieus, die sich nun in den höher

qualifizierten sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen zu etablierten begannen – nicht zuletzt als Lehrer_innen –, war eher ökologisch-bürgerschaftlich geprägt: Politisch vor allem in Gestalt der Grünen. Der Impuls zur sozialen Solidarität mit den ökonomisch und sozial Benachteiligten schwächte sich ab. Das Eintreten für mehr individuelle Entfaltungsräume (u.a. in der Bildung) löste sich vielfach von der Sensibilität für soziale Ungleichheiten. In Teilen entstand so eine Anschlussfähigkeit an den Neoliberalismus, auch in reformpädagogischer Färbung.

Ich denke, es ist nicht zuletzt diese traurige und hier nur relativ schematisch angedeutete Geschichte, die den Hintergrund bildet für die Diskreditierung reformpädagogischer Ideen bei einigen Kolleg_innen, auch für die noch immer nachklingende Härte und Verbitterung im Ton der Auseinandersetzung und die Leichtfertigkeit, mit der die Keule des Nazivergleichs mitunter ausgepackt wird.

Und wieder befürchte ich ein Missverständnis und setzte daher gleich nach: Ich schreibe das alles nicht, weil ich „die“ Altachtundsechziger anschwärzen und ihnen die Schuld für alle möglichen Fehlentwicklungen geben will. Im Gegenteil: Ich setze mich mit dieser Geschichte kritisch auseinander, weil sie mir selbst sehr nahe ist, weil ich selbst Kind dieser politischen Generation bin und mich in einem Umfeld bewege, das sich politisch und kulturell in einer Kontinuität zu den Studentenbewegungen sieht (vgl. hierzu hlz 7-9/2012, S. 42).

Es geht bei alledem nicht um persönliche Verfehlungen oder mangelnde Einsichtsfähigkeit Einzelnr. Es handelt sich um historisch wahrscheinlich unvermeidliche Irrtümer und soziale Verwerfungen einer Epoche des Umbruchs. Und es ist immer besser, sich zu irren, im Handgemenge der Geschichte einen falschen Schritt zu tun, als sich passiv und angepasst zu verhalten und der Illusion des unbeteiligt Seins zu verfallen. Ich wünschte mir, meine eigene Generation würde auch nur halb so viel Engagement und kollektive Kampfeslust zeigen wie die Achtundsechziger.

Aber wer „das Drehbuch weiterschreiben“ will (Geffers in hlz 1/2013), der muss auch die dunklen Flecken auf dem bereits abgelaufenen Film belichten.

MAX LILL ist hlz-Redaktionsassistent und Soziologe an der HU-Berlin. Von ihm erscheint demnächst im Verlag des Archivs der Jugendkulturen Berlin ein Buch unter dem Titel „The whole wide world is watching“ (in deutscher Sprache). Es behandelt die Geschichte der studentischen Jugendbewegungen und Gegenkulturen der 1960er Jahre und insbesondere die Rolle, die Musik darin spielte.



Das ist uns geblieben

BEIHILFE in Not

DGB Gewerkschaften lassen nicht locker! GdP, GEW und ver.di erwarten:

- > **Erstattung wieder in 10 Arbeitstagen!**
- > **Kostendämpfungspauschale um 40 € absenken!**

Hamburgs Beamtinnen und Beamte sowie Pensionärinnen und Pensionäre bewegen zwei Themen heftig:

- Wann zahlt die Stadt, wie viele Wochen muss man/frau auf die Überweisung nach Einreichung des Beihilfeantrages warten?
- Wann haben Senat und Bürgerschaft ein Einsehen, die Beihilfeberechtigten vergleichsweise wie die Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen zu entlasten, die von den Kosten des quartalsmäßigen Patientenbeitrages von zehn Euro seit 01.01. 2013 befreit sind?

KOSTENDÄMPFUNGSPAUSCHALE ABSENKEN!

Die sog. Eintrittsgebühr zum Hausarzt bei den gesetzlich Versicherten war mit ein Anlass zur Einführung der Kostendämpfungspauschale. Der DGB erwartet darum, dass die Abschaffung übertragen wird, also die Kostentlastung für alle Bürgerinnen und Bürger auch Beamtinnen und Beamte erhalten.

Darum muss der Selbstbehalt, wie in Hamburg die sogenannte Kostendämpfungspauschale genannt wird (§ 80 Abs. 4 HmbBG) dahingehend angepasst werden, dass er für die Besoldungsgruppen A 7 und A 8 gestrichen und ab A 9 wenigstens um 40 € gesenkt wird. Der Senat lehnt das zwar derzeit ab, aber der DGB lässt nicht locker. Beim Bund und anderen Bundesländer, die nur einen Selbstbehalt von 40 € kannten, hatten wir Erfolg und wurden die Pauschalen bereits gestrichen.

Wenig hilfreich sind in diesem Zusammenhang parlamentarische Anfragen und Anträge, die wohl von dbb-nahen FDP-Bürgerschaftsabgeordneten initiiert werden. Verfrühte Parlamentarisierung auch berechtigter beamtenpolitischer Ziele führt meist nur zu einem Schlagabtausch. Der erschwert nicht nur dem DGB als Spitzenorganisation der Gewerkschaften, beharrlich dicke Bretter zu bohren.

Eine dauerhafte Benachteiligung der Hamburger Beamtinnen und Beamten und Pensionärinnen und Pensionäre ist nicht hinnehmbar.

Bilder-Reise

Ein Projekttag zu den Alltagen in der früheren DDR mit dem Künstler Martin Hoffmann und seinen Collagen

Ausgangspunkt und „Material“ für den Projekttag ist der Zyklus „Werktätige mit faltbeuteln“ von 24 Collagen, zusammenge-

einem begrenzten Zeitraum nicht komplett aufnehmbar ist. So wie jede begriffliche Zuschreibung – wie z.B. „Unrechtsstaat“ – eine

gen und Bezweifeln, Ergänzen mit eigenem Erleben oder erzählten Erlebnissen.

Zu Beginn wird eine von mir ausgewählte Collage, die per Beamer der ganzen Klasse präsentiert wird, gemeinsam betrachtet und die Beobachtungen besprochen.

Danach werden Kleingruppen zu 3 bis 5 Schüler_innen gebildet. Jede Gruppe erhält einen kompletten Satz von Reproduktionen in DIN A3-Größe. Nach einer Weile fordere ich auf, dass



fügt aus Hunderten Abbildungen aus DDR-Zeitschriften und Fotos aus den 1980er Jahren. Die Reihe der Collagen folgt einem Tageslauf: Sie beginnt mit *Im Morgengrauen* und endet bei *Nachts* und *Herbst 1989*.

An den linken Rändern – zum „Westen“ hin gibt es stets ein Bild zur Grenze.

Die Idee dieses Zyklus ist es, der Betrachter_in eine Bilderfülle anzubieten, die durch schiere Masse signalisiert, dass sie in

Verkürzung ist, bei der wesentliche Aspekte ausgeschlossen werden, würde eine „endliche“ Bildersammlung bestimmte Lebensbereiche ausblenden. Außerdem brachte die bildkünstlerische Komposition unübliche Gegensätze bzw. Zusammenhänge ins Bild.

Mein Vorschlag für einen Projekttag – Dauer mindestens vier Stunden – geht vom Hin-Sehen und Wahrnehmen aus. Dann folgen Staunen, Wundern, Nachfra-

jede_r Einzelne sich „seine“ Collage auswählt. Später soll sich jede Gruppe auf „ihre“ Collage einigen und diese dann der ganzen Klasse vorstellen. Auch entwickeln sich Gespräche mit mir und unter den Schüler_innen.

Die Fragen entstehen aus dem Wahrnehmen – die Schüler_innen sind im Umgang mit der Anzahl an Bildern durch ihren Medienkonsum trainiert – bei irgendeinem Bild bleibt das Auge stehen und dann kann darüber

gesprachen werden.

Ich bin der Gestalter des Materials und „Zeitzeuge“: 1948 in Halle an der Saale geboren, bis 2008 in Ost-Berlin als Grafiker und Maler tätig, seitdem in Hamburg. Ab 1976 malte ich als Mitglied des staatsoffiziellen Künstlerverbandes Bilder von Räumen und Häusern in der DDR (auch von der Mauer) und konnte von Aufträgen die Familie ernähren. Nach 1980 gestaltete ich selbstverlegte Plakate gegen Hochtürmung, Umweltzerstörung und zur Stagnation in der Gesellschaft. 1981 gehörte ich zu den Gründer_innen einer der ersten Gruppen der unabhängigen Friedensbewegung. Ich verstand mich als Kritiker des DDR-Staates, nicht als „eingetragenen Dissidenten“ bzw. „Oppositionellen“, sondern als Einen, der sich einmischt.

Von daher reagiere ich auf das, was die Schüler_innen ansprechen, teile mit, woran ich mich erinnere, warum ich dieses oder jenes Bild bei den Collagen verwendete. Bei bisherigen Projekttagen ergaben sich schon in diesem Abschnitt eine Menge von Themen – aus den Fragen der Schüler_innen und nicht von meinem Plan her!

Dann folgt die Aufgabenstel-

lung, dass jede Gruppe eine eigene Collage gestaltet: aus heutigen Zeitungen und Zeitschriften. Thema: Diejenige Tageszeit, die der von der Gruppe gewählten Collage aus dem Zyklus entspricht. Das ergibt eine Stunde Arbeit.

In der letzten Stunde des Projekttag präsentiert jede Gruppe ihr Ergebnis, ich stelle meine jeweils zugehörige Collage daneben und wir reflektieren gemeinsam: die Auswahl, den Arbeitsprozess, die Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten usw. Dabei kommt es auch zum Gespräch darüber, was an den alten Abbildungen „typisch DDR“ ist und was einfach „vor 30 Jahren“ – das lässt sich gut bei Themen wie „Telefone“ oder „Computer“ abhandeln.

Das Ende der DDR liegt nun bald ein Vierteljahrhundert zurück, solange wird auch um die „richtige“ Deutung und politische korrekte Einordnung gestritten. Mit diversen Begriffen will man dem zweiten deutschen Staat beikommen, es treten „Betroffene“ auf, andere als „Opfer“ oder sie werden als solche kategorisiert, die nächsten wiegeln ab oder ziehen sich auf eine untergegangene „Heimat“ zurück



**Collagen von Schüler_innen:
Morgens ...**

usw. Und dazu kommt dann die Herkunft der Deuter – politisch wie regional.

Die ersten Projekttag fanden in zwei 6. Klassen einer Grundschule in Berlin statt. Zu jung, dachte ich vorher – es war überhaupt kein Problem.

Dass die Collagen nicht nach thematischen Vorgaben geordnet sind, sondern die Parallelität der Lebensbereiche visualisieren, wirkte besonders anregend. Ebenso, dass aus den Beobachtungen der Schüler_innen die Gespräche entstanden – und nicht von mir „angestoßen“.

Das Interesse der Schüler_innen war groß und riss nicht ab, wenn ich von einem einzelnen Foto ausgehend über das für mich zugehörige Thema sprach; z.B. über die Militarisierung der DDR-Gesellschaft, nachdem ich gefragt hatte, wofür das Bild eines Offiziers auf der Schüler-Collage „Nachmittag“ stehe.

Die Idee, an historische Prozesse von Bildmaterial aus heranzugehen, ging voll auf. Und es kamen sehr viele Themen zur Sprache.

Collage „Nachmittags“ – zwei aus dem Zyklus »Werktätige mit Faltbeutel« · Originalgröße 75 x 110 cm. Der gesamte Zyklus auf www.grafiker-hoffmann.de; dort unter »Projekte« und dann »Werktätige mit Faltbeutel«

MARTIN HOFFMANN

Kontakt: hoffmann_grafik@gmx.de

Tel 0151 - 41 67 58 48



... Abends

Fortbildung am falschen Ort

LI-Fortbildung kooperiert mit dem „Internationalen maritimen Museum“

Auf der Seite des LI Fachforum Geschichte in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung unter der Veranstaltungsnummer 1314X0401 wird das Internationale Maritime Museum (Peter Tamm) als Fortbildungsort angegeben.

Das ist entweder einer fatalen Unwissenheit geschuldet oder es ist schlichtweg die Nähe zu einem militaristischen und sozialdarwinistischen Tempel, der sich (unter museumsdidaktischen Gesichtspunkten fälschlicherweise) „Museum“ nennt, die attraktiv ist.

Das sog. Museum wird offensichtlich völlig unkritisch gesehen. Dabei ist es umfänglich kommentiert, analysiert und auch in der Kulturszene und von zahlreichen kritischen WissenschaftlerInnen und politisch Arbeitenden abgelehnt worden.

Die Veröffentlichungen des erst kürzlich verstorbenen Hans Walden lieferten dabei eine gute und fundierte Grundlage. Das bei VSA zuletzt (mit einer Doku-DVD) erschienene Büchlein „Tamm-Tamm“, ISBN 978-3-89965-306-9, kann, wenn es bei VSA nicht mehr erhältlich ist, solange der Vorrat reicht für 8,50 € + Versandkosten incl. DVD bei mir abgefordert werden (HartmutRing@web.de).

Die Militarisierung der Gesellschaft – insbesondere durch die Bundeswehr – wird ja seitens der GEW schon länger beklagt. Da die BSB eine direkte Top-Down-Kooperation mit der Bundeswehr bisher ablehnte (im Unterschied zu anderen Bundesländern), könnte man mutmaßen, dass das LI auf Umwegen jetzt diese Aufgabe übernimmt. Das „Museum“ huldigt Krieg,

Rüstung und einem sozialdarwinistischen Menschenbild und natürlich der Bundeswehr. Im Buchladen des „Museums“ werden Werke aus dem Verlagskonglomerat Tamm feilgeboten, die all das untermauern und seit langem auf der Top-Buchliste von Neonazis stehen.

Wir fordern das LI auf – insbesondere die verantwortlich zeichnende Dr. Helge Schröder – das Angebot zurückzuziehen

oder es unter einem ganz anderen – kritischen – Ansatz und unter Hinzuziehung von museumskritischen ExpertInnen neu auszuschreiben. Bei der Suche nach ausgewiesenen ExpertInnen bin ich gerne behilflich.

HARTMUT RING
GEW-Ausschuss für
Friedenserziehung

HEW-Lesetage starten mit neuem Programm – diesmal auch für Schulen

Die HEW-Lesetage, die sich gegen die zeitnah stattfindenden Vattenfall-Lesetage als Socialwashing und Greenwashing richten, finden vom 15.-20. April 2013, an vielen interessanten Orten als Lesetage in der Tradition der Graswurzelbewegung statt. Das Programm und das Plakat wird an Schulen mit GEW-Vertrauensleuten durch die GEW versandt. Zugleich kann man sich ausführlicher auf der eingerichteten Homepage www.hew-lesetage.de informieren. Neu ist dieses Jahr ein äußerst attraktives Schulleseangebot, welches die AutorInnen anbieten. Auch dies befindet sich auf der HEW-Lesetage-Homepage und zusätzlich auf der Homepage der GEW-Hamburg, entweder – als Verweis – auf der Eingangsseite, mit Sicherheit aber auf der Unterseite unter Datenbank.

Die Mitmachschwelle für Schulen ist niedrig. In der zur Verfügung gestellten Datenbank braucht man, um die verschiedenen Infos zu erhalten (über die Autorin/den Autor/ die Vorleserin/den Übersetzer, der/die vorliest), nur das entsprechende Wort anzuklicken und schon landet man auf der entsprechenden Homepage. Die Reservierung geht auf die gleiche Weise: Man wird – für jede/n AnbieterIn gesondert – zu einer Reservierungsseite umgeleitet, auf der man den gewünschten Termin nur ankreuzen muss. Weitere Einzelheiten stehen im Anschreiben, welches alle Schulen bekommen und als pdf-file auf den genannten Homepages.

Das Mitmachangebot reicht von der Vor- und Grundschule bis zur Sek II.

Im Unterschied zu den Abendlesungen, bei denen die meisten AutorInnen umsonst oder für nur geringes Soli-Salär lesen, müssen Schulleseungen nach Tarif bezahlt werden: 200.- €. Dieser Preis ist ja seit Jahren stabil. Er wird mit den gebuchten AutorInnen vor Ort abgerechnet.

HARTMUT RING

Ostermarsch 2013 – Den Terror beenden: Krieg und Aufrüstung stoppen!



Seit 2001 starben in den „Kriegen gegen den Terror“ von USA und Nato annähernd 1,7 Millionen Menschen, vor allem im Irak, in Afghanistan und Pakistan; ein großer Teil der Opfer sind Zivilisten. Von den bislang ca. 3000 Opfern durch US-Drohnenangriffe waren 80 % unbeteiligte Zivilisten. Einen sinnlosen Tod starben auch über 2000 US- und 53 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan. Und die Kriege gehen weiter.

Der Krieg in Libyen, der mit Nato-Unterstützung zum Sturz und Tod Gaddafis führte, kostete Zehntausende das Leben. Bis heute ist kein Frieden im Land. Fast alle Staaten, die sich an diesem Krieg beteiligten, hatten das Gaddafi-Regime zuvor mit Waffen beliefert.

Der Bürgerkrieg in Syrien wird durch völkerrechtswidrige Einmischung von außen angeheizt, durch Söldner, Geld und Waffen von arabischen Despoten, verdeckte Unterstützung und Propaganda von Natostaaten, auch der Bundesrepublik, anstelle von offener Unterstützung der UN-Vermittler. Er hat schon Zehntausende Opfer gefordert und die gesamte Region destabilisiert.

Auch der Israel-Palästina-Konflikt kann jederzeit wieder eskalieren, weil die israelische Regierung durch ihre illegale Besatzungs- und Siedlungspolitik Verhandlungen weiter unmöglich macht.

Ein Krieg gegen den Iran, wie er von den Atommächten Israel und USA vorbereitet

wird, würde erneut sehr viele Menschenleben kosten und könnte zu einer unkalkulierbaren Eskalation führen.

Wir halten es für Propaganda zu behaupten, militärisches Eingreifen könne Probleme lösen sowie Demokratie und Wohlstand schaffen. Im Gegenteil: Durch die Zerstörungen sinkt der Lebensstandard und die alten Despoten werden nur durch neue, jetzt dem Westen hörige ersetzt. Ein Eingreifen der Natostaaten erfolgt nicht aus „globaler Verantwortung“, sondern weil sie eigene Interessen verfolgen, den Zugang zu Rohstoffen und Märkten durchsetzen oder sich Einflussphären sichern wollen.

2011 wurden weltweit 1738 Mrd. Dollar für Rüstung ausgegeben. Die reichen Industrienationen haben hier den größten Anteil, die USA allein 41%. Die jährlichen Militärausgaben aller Natostaaten zusammen sind von 2001 bis 2011 von 669 Mrd. auf 1039 Mrd. Dollar gestiegen. Die BRD gab 2011 umgerechnet etwa 47 Mrd. Dollar für ihr Militär aus. Während die Bundesregierungen die Sozialausgaben drastisch kürzten, wurde der Verteidigungshaushalt gesteigert.

Die BRD ist weltweit der drittgrößte Waffenexporteur, etwa durch Panzerlieferungen an Diktaturen wie Saudi-Arabien oder Katar. Auch wenn der Handel mit Kleinwaffen wertmäßig nur einen kleinen Teil des Waffenhandels ausmacht, hat er doch besonders tödliche Folgen. Neun von zehn Opfern

von Kriegen und Bürgerkriegen werden auf den Einsatz von Kleinwaffen zurückgeführt. Die deutsche Firma Heckler & Koch ist der größte europäische Produzent solcher Waffen.

Obwohl der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert hat, sich für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen, sollen diese jetzt sogar modernisiert werden.

Rüstungsausgaben sind eine gigantische Verschwendung. Die hier eingesetzten Gelder fehlen bei der Lösung sozialer und ökologischer Probleme. Die weltweit als Entwicklungshilfe ausgewiesenen Ausgaben betragen nicht einmal 10 % der Rüstungsausgaben. Dabei verhungern jährlich 8,8 Millionen Menschen, hauptsächlich Kinder. Milliarden Menschen haben keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Trinkwasser oder medizinischer Versorgung.

Krieg und Not führen zu Vertreibung und Flucht von Millionen. Westliche Staaten tragen hierfür eine große Mitverantwortung, schotten sich aber gleichzeitig gegen Flüchtlinge ab. Im Mittelmeer ertrinken Jahr für Jahr Tausende auf der Flucht nach Europa, während die EU tatenlos zuschaut. Wie zum Hohn widmet da die EU ihr Friedensnobelpreisgeld Flüchtlingen.

H a m b u r g e r F o r u m für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V., c/o Renate Kirstein, E-Mail: Hamburger-Forum@hamburg.de

Ernst Hüttmann: Opfer der eigenen Wahnsinnsideologie

Zu den Nationalsozialisten der ersten Stunde im Hamburger Schulwesen gehörte Ernst Hüttmann. Seit 1934 war er Fachschaftsleiter im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) und strammer Propagandist der NS-Ideologie - bis er den Ariernachweis für sich und seine Ehefrau erbringen musste. Da begann seine persönliche Katastrophe.

Ernst Hüttmann wurde am 6.12.1891 in Hennerode bei Kiel geboren. Sein Vater war Volksschullehrer und später Rektor. Nach dem Abitur an der Oberrealschule vor dem Holstenthor (1910) studierte er in Marburg und Kiel Englisch für die Oberstufe, Französisch für die Mittelstufe und Philosophie.

Am 21.2.1914 machte er mit 23 Jahren das Doktorexamen, sein Thema: „Das Partizipium Präsentis bei Lydgate im Vergleich zu Chancer's Gebrauch“. Damit konnte man damals so jung promovieren.

Wie viele seiner Generation und besonders viel spätere Nationalsozialisten absolvierte er einen Turnlehrerkurs und legte darin 1912 ein Examen ab – ebenso nach einem Spielleiterkurs.

Der 1914 beginnende Krieg verhinderte, dass Hüttmann das Studium beenden und sein Staatsexamen ablegen konnte. Er hatte, wie er schrieb, mit Ausnahme von April 1917 bis Juni 1918 „ununterbrochen im Feld gestanden“, erwarb das Eiserne Kreuz I. und II. Klasse und das Hanseatenkreuz. Er geriet als Leutnant im August 1918 in eng-

lische Kriegsgefangenschaft, aus der er Ende 1919 nach Hamburg zurückkehrte. Danach bereite er sich auf die Staatsprüfung vor, „in wirtschaftlicher Beziehung völlig von meinem Vater abhängig“, wie er schrieb.

Nach dem Examen absolvierte er das Probejahr an der Realschule an der Uferstraße, 1923 wurde er außerplanmäßiger Beamter und kurz darauf Oberlehrer.

Am 1.4.1925 wechselte Hüttmann zur Oberrealschule Eppendorf in der Hegestraße, an der er bis 1934 arbeitete.

Er war seit dem 16.3.1923 mit



Kollegium der Oberrealschule Eppendorf, Mai 1925 (Ernst Hüttmann: 2. Reihe, 6. von rechts)

Foto und alle Dokumente: Staatsarchiv Hamburg

Erklärung

Ich versichere hiermit pflichtgemäß:

Mir sind trotz sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt, die die Annahme rechtfertigen könnten, daß ich oder ~~mein Schwager~~ ^{meine Ehefrau} nicht arischer Abstammung seien oder daß einer unserer Eltern- oder Großeltern Teile zu irgendeiner Zeit der jüdischen Religion angehört habe. Ich bin mir bewußt, daß ich mich dienststrafrechtlicher Verfolgung mit dem Ziele auf Dienstentlassung aussetze, wenn diese Erklärung nicht der Wahrheit entspricht.

Hamburg, den 19. Oktober 1934

H. Ernst Hüttmann
(Name)

Lehreramt
(Unterschrift)

Käthe Wiese verheiratet, mit der er drei Kinder hatte.

NS- Karriere

Am 1.5.1933 tritt Hüttmann in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer 3030148). Am 1.10.1934 wird er Gaustellenleiter für die Höheren Schulen im NSLB und kurz darauf, am 10.10.1934, von Senator Karl Witt zum stellvertretenden Schulleiter der Oberrealschule St. Georg berufen. Der Zusammenhang ist eindeutig.

Die Parteiaktivitäten Hüttmanns sind eifrig: Im Februar 1934 wird er an der Gauführerschule ausgebildet. Am 13.10.1934 vertritt er den NSLB bei der Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner in Trier.

Auf den Reichsparteitagen 1934 und 1936 in Nürnberg jubelt er dem Führer zu, jeweils sechs bis acht Tage vom Dienst befreit. Führerkurse in Uhrenbach und 1937 in Bayreuth sollen Hüttmann für seine Parteiarbeit weiter qualifizieren.

Vom 15. bis 18.8.1938 wird ihm Urlaub für die Teilnahme an den Bayreuther Festspielen gewährt; Karten erhält er über den

NSLB, vermutlich auch für seine Frau Käthe.

Trotz seiner Gaustellenleiterfunktion bleibt Ernst Hüttmann ein Mann der 2. Reihe. In der HLZ unterm Hakenkreuz tritt er in der Zeit des „tausendjährigen Reichs“ nur zweimal in Erscheinung. 1935 wird er in einem Beitrag über „Nationalpolitische Lehrgänge für Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten“ erwähnt und zitiert (Autor: Heinrich Sahrhage). Hüttmann hatte am 4.11.1935 auf einer Versammlung der Fachschaft II (Höhere Schulen) in Hamburg über die Einführung dieser Lehrgänge für die vier oberen Schulen berichtet. Hüttmann identifiziert sich offenbar mit der Aufgabe und führt aus: „Darin wird der neuen völkischen Schule die Aufgabe zugewiesen, die deutsche Jugend in Heimat, Volk und Staat einzugliedern und ihre gesunden rassischen Kräfte zu wecken und zu pflegen. Bei dieser Aufgabe können die Schullandheime wertvolle Dienste leisten, weil sie in dem Zusammenleben der Schüler Kameradschaft und Selbstzucht entwickeln.“ (HLZ

46/1935, S. 444)

Eine gewisse Schlichtheit Hüttmanns wird auch im Weiteren deutlich. Hüttmann wird so zitiert: „Natürlich ist die Voraussetzung für eine richtige Lagergestaltung die Vertrautheit der Erzieher mit den Lebensformen der Hitler-Jugend. Daher müssen die Leiter der nationalpolitischen Lehrgänge vorher selbst Schulungslager bei der HJ, dem NSLB oder in Zusammenwirkung beider mitmachen. Die Auswahl der Lehrer für die nationalpolitischen Lehrgänge ist wichtig, denn mit der Eignung der Lagerleiter steht und fällt die Sache. Jeder Lehrer muss mit innerstem Herzen dabei sein und mitten zwischen seinen Schülern stehen.“

Ein Jahr später berichtet vermutlich Hüttmann von einer Arbeitstagung der Reichssachbearbeiter der Gaufachschaffsleiter 2 im NSLB, Höhere Schulen. Er schreibt u.a.: „Heute haben alle Lehrer eine große gemeinsame Aufgabe: Sie sind Erzieher, sind Wahrer, sind Mittler und Mehrer des völkischen Kultur- und Bildungsgutes, sind Gestalter des kommenden Geschlechts.“ Und:

„Fortgesetzt wird die Tagung mit dem Vortrag des Reichssachbearbeiters für Rassenfragen, Pg. Dr. Zimmermann, Bayreuth. Er bezeichnete den Biologieunterricht als Kernfach, aus dessen Arbeit heraus die wesentlichen Grundlagen unserer Weltanschauung erwachsen sind. Erb- und Rassenkunde sowie Bevölkerungspolitik gehören hierher; aber auch Abstammungs- und Entwicklungslehre und die Urgeschichte sind biologische Arbeitsgebiete von weltanschaulicher Bedeutung. Nicht minder wichtig ist die praktische Bedeutung der Biologie (Erzeugungsschlacht!)“. (HLZ 17-18/1937, S. 183f.)

Die persönliche Katastrophe

Für Ernst Hüttmann, der mit seinen drei Kindern bei der Erzeugungsschlacht Erfolge zu verzeichnen hatte, begann kurz darauf die persönliche Katastrophe, sein Martyrium: Wie alle anderen Kollegen auch war

Hüttmann aufgefordert, für sich und seine Ehefrau den Arier-nachweis zu erbringen. Dies nimmt in allen Personalakten nach 1937 einen großen Teil ein, durch seitenlange Beglaubigungen aus Taufregistern bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts.

Am 19.10.1934 hatte Ernst Hüttmann noch selbstbewusst unterschrieben: „Ich versichere hiermit pflichtgemäß: Mir sind trotz sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt, die die Annahme rechtfertigen könnten, daß ich oder meine Ehefrau nicht arischer Abstammung seien oder daß einer unserer Elternteile in irgendeiner Zeit der jüdische Religion angehört habe. Ich bin mir bewußt, daß ich mich dienststrafrechtlicher Verfolgung mit dem Ziel der Dienstentlassung aussetze, wenn diese Erklärung nicht der Wahrheit entspricht.“

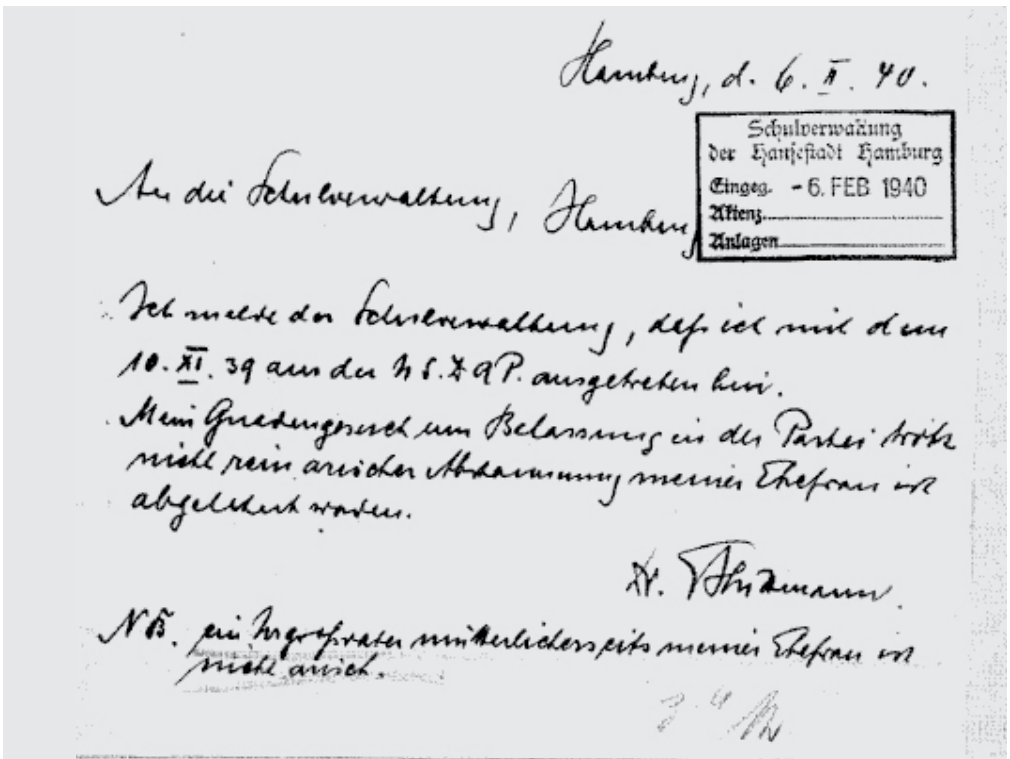
Die Anlage seiner Verheiratung enthält noch weitere Angaben über die Abstammung seiner Ehefrau Käthe Wiese, mit Hin-

weisen über Eltern und Großeltern, alle evangelisch-lutherisch, der Großvater mütterlicherseits, 1832 geboren, Kaufmann.

Die persönliche Katastrophe des Ernst Hüttmann, Propagandist auch der Rassenlehre der Nationalsozialisten, muss sich danach ergeben haben. Er realisierte erst bei weiteren Nachforschungen: „Ein Urgroßvater mütterlicherseits meiner Ehefrau ist nicht arisch.“

Hüttmann meldet damit gleichzeitig, dass er am 10.11.1939 aus der NSDAP ausgetreten ist. „Mein Gnadengesuch um Belassung in der Partei trotz nicht arischer Abstammung meiner Ehefrau ist abgelehnt worden.“

Da ist eine Welt für den überzeugten Nationalsozialisten Ernst Hüttmann zusammengebrochen. Und die Partei zeigt ihre unerbittliche Härte und Konsequenz: Am 18.4.1940 schreibt der Verbindungsreferent der NSDAP an Senator Witt: „Der





Kollegiumsfeier der Oberrealschule Eppendorf: Ernst Hüttmann (zweite Reihe stehend, 8. von links) sucht wie auf dem Foto aus dem Jahr 1925 die Nähe der Schulleitung.

Austritt war ihm von der Kanzlei des Führers anlässlich der Ablehnung seines Gnadengesuchs um Belassung in der Partei trotz nicht rein arischer Abstammung seiner Ehefrau nahegelegt, um die sonst notwendig gewordene parteigerichtliche Entlassung zu vermeiden.“

Am 4.4.1941 fragt der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung nach, „welche Maßnahmen in diesem Fall beabsichtigt“ werden.

Oberschulrat Henze (vgl. HLZ 8-9/2011, S. 42ff. und HLZ 10-11/2011, S. 46ff.) antwortet am 23.4.1941 und schreibt: „Auf Grund der nichtarischen Abstammung der Ehefrau des Oberstudienrats Dr. Hüttmann und des erfolgten Austritts aus der NS-DAP hält die Schulverwaltung die Wahrnehmung einer stellv. Schulleiterstelle nicht mehr für vertretbar und beabsichtigt, Dr. Hüttmann nach seiner Entlassung aus der Wehrmacht abzu-berufen und als Lehrer an eine andere Schule zu überweisen unter Beibehaltung seiner Amtsbezeichnung als Oberstudienrat.“

Am 17.8.1942 fragt das Reichsministerium nach, „ob Dr. Hüttmann inzwischen an eine andere Dienststelle versetzt

worden ist oder welche anderen Maßnahmen Sie gegen ihn ergriffen haben?“

So konsequent kann Verwaltung sein.

Dabei war es so einfach. Ernst Hüttmann war am 16.10.1940 zum Kriegsdienst einberufen worden. Schwer nachzuvollziehen, was in ihm vorgegangen sein mag, nachdem sein ideologisches Weltbild zusammengebrochen war. Im Krieg wurde er immerhin weiter zum Oberleutnant befördert. Wogegen kämpfte er? Gab es eine Alternative zum Heldentod?

Am 8.2.1943 starb Ernst Hüttmann. Das Hamburger Fremdenblatt notiert am 18.2.: „Die Oberschule für Jungen in St. Georg geleitete am Montag ihren in einem Kriegslazarett gestorbenen Oberstudienrat Dr. Ernst Hüttmann zu seiner letzten Ruhestätte auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Oberschulrat Dr. Züge und der Schulleiter Prof. Franck würdigten die Verdienste des Heimgegangenen als Schulmann und Offizier.“

Und Senator Ofterdinger schreibt am 30.3.1943 an die Witwe Käthe Hüttmann:

„Sehr geehrte Frau Hüttmann, der Reichsstathalter in Ham-

burg hat angeordnet, daß die Namen der Gefolgschaftsmitglieder der Staats- und Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg, die in diesem Kriege ihr Leben für Führer und Volk hingaben, in Sonderausgaben des Amtlichen Anzeigers veröffentlicht werden.

Ich übersende Ihnen einen Abdruck der Sonderausgabe des Amtlichen Anzeigers vom 7.März 1943, in der Ihr Ehemann, der Oberstudienrat Dr. Ernst Hüttmann gestorben als Oberleutnant im Februar 1943, aufgeführt ist, und spreche Ihnen und Ihren Angehörigen zu dem schweren Verlust im Namen der Schulverwaltung mein aufrichtiges Beileid aus.

Heil Hitler!“

Käthe Hüttmann musste nach 1945 den Entnazifizierungsfragebogen ausfüllen. Und, wie viele Frauen von NS-Funktionären, schrieb sie, „nie Mitglied in einer NS-Organisation gewesen zu sein.“

HANS- PETER DE LORENT

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit ist auf alle weiteren Anmerkungen und Quellenangaben verzichtet worden. Interessenten können diese beim Autor erfragen unter: hpdelorent@aol.de



Das HLZ-Rätsei

ab zum müll

10 Jahre Arbeitszeitmodell – 10 Jahre unterirdische Arbeitsbedingungen. Die unsäglichen Folgen des AZM sind bekannt, aber sind es auch die politisch Verantwortlichen unterschiedlicher Couleur?

Welche SenatorInnen setzten das AZM bis heute um?

Wir hätten gerne eine vollständige Liste.

Einsendungen bitte mit Postanschrift

bis zum 8.4.2013 an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de.

Als Gewinn winken nicht etwa 0,02 WAZ, sondern die gebundene Luxusausgabe des neuen *Atlas der Globalisierung – Die Welt von morgen* (von *le monde diplomatique*).

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Des letzten Rätsels Lösung...

... ist der Kölner Dom: Seine Kosten lagen mehr als 1600 % höher als bei Baubeginn angenommen. Im Vergleich dazu kommt die Elbphilharmonie auf schlappe 600 % Mehrkosten – immerhin Rang 2 in unserer Liste.



Als Gewinner ermittelten wir Carsten Oelfke. Er bekommt das extragroße *hlz*-Saunatuch. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Kölner Dom: erbaut 1250-1530 und 1842-1880; die Baukosten wären heute rund 10 Milliarden Euro.

Bald siegt der weise Mann

Dem ‚Theater für Kinder‘ ist es mit einer Neu-Inszenierung der Zauberflöte für Kinder gelungen etwas auf die Bühne zu bringen, was gleichermaßen Jung und Alt begeistert.

Kinderfilme haben ihren besonderen Reiz, wenn sie auch Erwachsenen gefallen. Dies gelingt, wenn die MacherInnen sich eines Sujets bedienen, das Kinder wie Erwachsene gleichermaßen anspricht. Mozarts Zauberflöte ist solch ein Stoff, mit dem sich zum einen seit Generationen das kindliche Gemüt rühren lässt, zum anderen bietet der Inhalt so viel Hintergründiges, dass er Erwachsene ebenso in seinen Bann zu schlagen vermag. Stoff eben, aus dem die Träume sind! Generationen von Geistesgrößen, von Goethe bis zu Karl Marx, haben sich an Inhalt und Form abgearbeitet. Für das 20. Jahrhundert war die Zauberflöte ein Steinbruch für die Psychoanalyse und wenn heutzutage das Singspiel, die (Volks-)oper - bis heute streiten sich die MusikwissenschaftlerInnen, wie das Werk einzuordnen ist – neu inszeniert wird, kann man sicher sein, dass dabei immer wieder neue Aspekte entdeckt und immer wieder lebendige Diskussion initiiert werden. Umso beachtenswerter ist es, wenn sich das ‚Theater für Kinder‘ an diesen Stoff wagt. Dass dies überhaupt möglich ist, ist dem Umstand geschuldet, dass es dieser Hamburger Kulturstätte in den letzten Jahren gelungen ist, eine Symbiose zwischen einer reinen Kinderbühne und einer Kammeroper zu schaffen. Nur so ist es möglich, ein derartiges Projekt auf die Bühne zu bringen, da Erfahrung und Ressourcen beider Zweige zusammenkommen und ineinanderfließen.

Darüber hinaus braucht es besondere Erfahrungen, das

wahrlich komplexe Libretto der Zauberflöte kindgerecht umzugestalten. Auch dieses Mal hat Barbara Haas, die sich auf diesem Gebiet schon mehrfach als glänzende Autorin hervorgetan hat, wieder gezeigt, dass sie ihr Handwerk versteht.

Neben der Handlung ist es aber vor allem die Musik Mozarts, die alle ZuschauerInnen – unabhängig vom Alter – immer wieder aufs Neue verzaubert. Die Aufführung erhält ihren besonderen Charme durch die Nähe, die der/die ZuschauerIn zum ‚Orchester‘ hat. Allein drei (!) MusikerInnen (Geige, Flöte und Klavier) gelingt es, einen Klangkörper zu erzeugen, der nicht den Eindruck entstehen lässt, dass etwas fehlte. Das Reduzierte wird also durch die Nähe kompensiert – Kammeroper eben. Dies ist das Verdienst von Tjaard Kirsch, dem es gelungen ist, das vielorchestrierte Werk eben auf die drei Instrumente zu reduzieren, ohne dass der Glanz der Musik dabei auf der Strecke bliebe.

Glänzend auch die durchweg jungen Sängerinnen und Sänger,

denen man ja hautnah begegnet (natürlich wird auch der Zuschauerraum mit zur Bühne). Es sind viele unter ihnen, die hier bei einem ihrer ersten Engagements zeigen können, welches Potenzial in ihnen steckt. Papageno beispielweise überzeugt neben seiner stimmlichen Qualitäten auch durch eine hervorragende schauspielerische Leistung. Und die Rache im Geschlechterkampf, heute würde man wohl Beziehungskiste dazu sagen, kommt sehr hautnah rüber, wenn die junge Katarina Friedland als Königin der Nacht wirklich atemberaubend von ‚Der Hölle Rache kocht in meinem Herzen‘ singt. Wenn man dann noch neben der Faszination durch die Musik den Text auf sich wirken lässt, dann weiß man, dass der Freimaurer Schikaneder als Librettist mehr im Sinn hatte, als ein nettes Singspiel zu schreiben. Das Antiklerikale, Aufklärerische blitzt in allen Zeilen auf und stützt vor allem eines: Das Prinzip Hoffnung! Für mich kulminiert das im Satz des Sarastro – übrigens im Italienischen Zarathustra –, wenn es heißt: ... bald soll der Aberglaube schwinden, bald siegt der weise Mann...

Am allerschönsten ist es allerdings die offenen Münder der Kinder zu sehen, die einfach nur vom Farbenspiel der Musik und der Figuren (ganz besonders auch deren Kostüme!) fasziniert sind, ohne sich am Hintergründigen abarbeiten zu müssen – verzaubert eben.

JOACHIM GEFFERS

*Karten: Tel. 38 25 38,
Max-Brauer-Allee 76,
22765 Hamburg (Altona)*



Foto: Joachim Filigel

Geschlechterkampf ganz nah

Referat F

GEW Studies

Junge GEW

FG Grundschule u. Ak Vorschule

FG Stadtteilschulen

FG Gewerbe und Handel

FG Gymnasien

FG Kinder- und Jugendhilfe

FG Primarschulen

FG Sonderpädagogik

FG Hochschule u. Forschung

FG Frauen

FG Bleiberecht

AK Integration

BG Ruheständler

Mittelamerikagruppe

AG Fair Childhood

Gruppe Gewerkschaftliche Bildung

Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv.

Wir freuen uns über die Teilnahme von

Interessierten. Info: Anja Bensing-Stolze,

Mail: anjabensing-stolze@arstolze.de

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

09.03.2013, 12.00-18.00 Uhr, Raum C

18.03.2013, 18.00-21.00 Uhr, Raum C

28.03.2013, 17.00-20.00 Uhr, Raum A/B

18.04.2013, 18.00-20.00 Uhr, Raum A/B

15.04.2013, 18.00-22.00 Uhr, Raum A

20.03.2013, 16.30-18.00 Uhr, Raum A

10.04.2013, 16.30-18.00 Uhr, Raum A

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

03.04.2013, 19.00-21.00 Uhr, Raum C

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

26.03.2013, 17.00-20.00 Uhr, Raum C

23.04.2013, 17.00-20.00 Uhr, Raum C

04.03.2013, 18.00-20.00 Uhr, Raum C

08.04.2013, 14.00-18.00 Uhr, Raum C

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

02.04.2013, 19.30-22.00 Uhr, Raum B

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

20.03.2013, 10.15-13.00 Uhr, Raum C

10.04.2013, 10.15-13.00 Uhr, Raum C

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

05.03.2013, 17.00-19.00 Uhr, Raum C

09.04.2013, 17.00-19.00 Uhr, Raum C



Hamburger Lehrer-Feuerkasse
seit 1897



Die preisgünstige **Hausratversicherung**

im **Großraum Hamburg und Lüneburg**

für Angehörige aller pädagogischen Berufe. Wir versichern Ihren **Hausrat** für 1,20 Promille der **Versicherungssumme, inkl. Versicherungssteuer, und das unverändert seit 1996.**

Beitragsfrei eingeschlossen sind u. a.:

Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Kfz.-Aufbruch, Überspannungsschäden, jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höberversicherung gegen Zuschlag möglich.



Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

E-Mail: info@h-l-f.de

Tel.: 040 333 505 14 (Tobias Mittag)

Tel.: 040 796 128 25 / Fax: 040 796 128 26 (Georg Plicht)

Tel.: 040 679 571 93 / Fax: 040 679 571 94 (Sibylle Brockmann)

www.hamburger-lehrer-feuerkasse.de

Aus der Geschlechterecke...

„Heißt es: die Beamt_e oder: die Beamt_in?“, diese Frage warf ein Redaktionskollege mir, an diesem Mittwoch einzige Frau im Redaktionsraum, herüber. Ich hatte beim Eingangsplausch dieser Redaktionssitzung von einem Artikel erzählt, den ich gerade gelesen hatte. Thema: Antidiskriminierende Schreibweise von Weiblichkeits-/Männlichkeitsformen. Wollte der Kollege mich mit seiner Frage provozieren oder damit sofort auf das Problem der korrekten Sprache eingehen? Ich entschied mich für Letzteres und erwiderte: „Natürlich bin ich Beamt_in, genau so wie früher Lehrer_in, jetzt Redaktionskolleg_in, Ruheständler_in...“ Bei der sonntäglichen Endkorrektur der hlz-Fahne kämpfe ich einen stetigen Kampf für die **-In** bzw. **-Innen**-Endung.

Dass sich durch Sprache die Wirklichkeit nicht verändert, das weiß ich wohl. Dass Sprache aber gesellschaftlich konstruiert und so entsprechend veränderbar ist – auch das weiß ich.

Und nun Gender Gap (die Leser_in) oder Gender Sternchen (die Leser*in)! Die Schreibweise mit dem Gap gab es auch schon vereinzelt in hlz-Artikeln aus dem Hochschulbereich. Die

Begründung für den Unterstrich finde ich nachvollziehbar: die Menschen teilen sich geschlechtlich nicht nur in weiblich und männlich, und da schafft der Unterstrich einen Raum für die Erweiterung der Zweigeschlechtlichkeit. Aus Kolleg_in wird also Kolleg_in oder gar Koll_egin, nämlich dann, wenn ich den dynamischen Unterstrich

Lösung gefunden: Sie haben ein neues Pronomen eingeführt, nämlich „hen“, es heißt weder „sie“ (=hon) noch „er“ (=han). Verwendet wurde es erstmals in Literatur (in einem Kinderbuch und einem Roman), denn Sprachveränderungen gehen oft von Literatur aus. Für's Deutsche hätte ich da einen Vorschlag: wie wär's mit „ser“ (= nicht „sie“ nicht „er“)?!

Je mehr ich zu dem Thema lese, desto schwieriger scheint die Entscheidung für die korrekte Form zu werden. Vielleicht hilft es da, sich an den Ursprung der ganzen Debatte zu erinnern: es ging um eine möglichst diskriminierungsfreie Sprache. Denn Sprache ist mehr als Fassade (die Brüderle-Debatte lässt grüßen), Sprache verändert sich und die Abwehrhaltungen gegenüber den Veränderungen waren immer zeitlich begrenzt (die Debatten um den Namen von Pippi Langstrumpfs Vater und den „Neger“ in der „Kleine(n) Hexe“ lassen grüßen).

Meine Redaktionskollegen werden sich also jedenfalls versuchsweise auf neue Nervereien meinerseits einstellen müssen und die geeignete hlz-Leser_inenschaft auf den Unterstrich.

SB



setze, der an einem anderen als dem gewöhnlichen Ort gesetzt wird. Bei Kolleg_in wird die männliche Form doch noch als ‚eigentliche‘ Form gedacht – so die Überlegung.

Bleibt noch das Problem mit den Pronominalformen sie – er. Dafür haben die Schweden eine

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, Bei der Johanniskirche 10, 22767 Hamburg, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Susanne Berg, Stefan Gierlich
Manni Heede, Michael Kratz, Wolfgang Svensson

Freie Mitarbeiterin: Antje Liening

Redaktionsassistent: Max Lill

Titel: Sammlung Prinzhorn, Heidelberg

Rückseite: Hamburger Forum

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Druck: Compact Media Agentur GmbH, 20354 Hamburg, Tel. 0 40-35 74 54-0, E-mail: info@compactmedia.de

Anzeigen: Eduard van Diem, Tel. 040-890 629 23, hlz-anzeigen@gew-hamburg.de

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint monatlich. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der AutorInnen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 4-5/2013: 17.4.2013

Terminübersicht

Mittwoch, 20. März 2013

19 Uhr Philosophenturm	Rechtsrock – männliche Subkultur?
---------------------------	-----------------------------------

Donnerstag, 21. März 2013

17 Uhr Curio Haus	Hitlergruß in der 8b. Rechtsrock auf der Abifeier. Was tun?
----------------------	---

Freitag, 22. März 2013

9 und 11 Uhr 3001 Kino	Filmvorführungen für Schulklassen
17 und 19 Uhr 3001 Kino	Filmvorführungen
20:30 Uhr Centro Sociale	Was tun gegen Rechts? Möglichkeiten antifaschistischer Praxis

Samstag, 23. März 2013

17 und 19 Uhr 3001 Kino	Filmvorführungen
----------------------------	------------------

Weggucken – Weghören?!

Antifaschistisch Handeln gegen Rechtsrock und Nazi- subkultur

Filmvorführungen: „Blut muss
fließen - Undercover unter Nazis“
+ Fortbildung
+ Diskussionsveranstaltungen
20.3.2013 - 23.3.2013



ANZEIGEN 890 629 23  ANZEIGEN 890 629 23

Hamburger Beamten - Feuer- und Einbruchskasse Die günstige Hausratversicherung

Hermannstraße 46 · 20095 Hamburg · Telefon 040 / 33 60 12 · Fax 040/28 05 96 06 · E-Mail: info@hbfeke.de · Internet: www.hbfeke.de

Anerkannte
Selbsthilfeeinrichtung
des
öffentlichen Dienstes



Gegründet
29. September 1902

Versicherungsverein
auf
Gegenseitigkeit

In Hamburg sind wir zu Hause ..., ... Sie auch?

Oder in Schleswig-Holstein, im Kreis Harburg bzw. Stade?

Wenn Sie dann noch im **öffentlichen Dienst im weitesten Sinne** beschäftigt sind und eine **Hausratversicherung** suchen, die Ihren Geldbeutel schont, dann kommen Sie zu uns. Bei uns zahlen Sie weiterhin

nur 1,20 € je 1.000 Euro Versicherungssumme
inklusive Versicherungssteuer

um Ihren **H a u s r a t** gegen Schäden durch **Brand, Blitzschlag, Explosion, Implosion, Einbruchdiebstahl, Vandalismus, Raub, Leitungswasser, Sturm und Hagel** zu versichern. Für eine Versicherungssumme von z.B. 50.000 € zahlen Sie einen Beitrag von 60 € pro Jahr.

Informieren Sie sich bitte durch einen Anruf in unserer Geschäftsstelle.

Sie haben außerdem die Möglichkeit, sich auf unserer Internetseite zu informieren. Dort finden Sie z.B. auch ein Antragsformular, das Sie ausdrucken, ausfüllen und uns zusenden können.

Hier könnte
Ihre
private oder
gewerbliche
Anzeige stehen!
hlz-anzeigen@gew-
hamburg.de



HHW

die holzhandwerker

„Das Team für Ihre Tischlerarbeiten.
Innenausbau, Fenster, Türen u.v.m.“

die holzhandwerker HHW GmbH & Co. KG
Leverkusenstraße 5
22761 Hamburg
Telefon : 040 / 851 39 70
Telefax : 040 / 851 39 60
www.dieholzhandwerker.de
info@dieholzhandwerker.de




Lernen ...

... will ich!
Kinder mit Bildung sind Kinder
mit Zukunft! Geben Sie ihnen
eine Chance – mit Ihrer Spende.

www.tdh.de



FERIENWOHNUNG DORFSCHULE

25693 Volsemenhusen / Marnie an der Nordsee - Tel.: 04851 / 957 40 47
gabimilster@t-online.de - Tel.: 040 / 890 10 15 mobil: 0176 617 840 72
www.dorfschulesuederwisch7.de

Psychotherapie • Beratung • Krisenintervention
Ängste • Depressionen • burnout

Dipl.-Psych. Christian van der Ende
Psychologischer Psychotherapeut

Mittelweg 44a
Tel. 040/ 67 30 77 80
20149 Hamburg

privat • Privatkassen • Beihilfe
www.psychotherapie-vanderende.de



Beamtendarlehen supergünstig
5,27% ab dem 1. Januar 2014
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Bausparbüchlein ab 10.000 € - 125.000 €
- Bausparbüchlein ab 10.000 € bis 125.000 €

Einmalig vom Spezialisten
prüfen und beraten.
0800 - 1000 5000
Freiwillig

Wer verspricht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.

AG FINANZ
www.ag-finanz.de

HAMBURGER OSTERMARSCH

**Krieg und Aufrüstung
stoppen!**

**Auslandseinsätze der
Bundeswehr beenden!**

**Verbot aller
Rüstungsexporte!**

Ostermontag, 1. April 2013

12 Uhr Auftakt

Bei der St. Gertrudkirche, Immenhof, U-Bahn Mundsburg + Umlandstraße

11.30 Uhr Friedensandacht St. Gertrudkirche

14 Uhr Friedensfest

Garl-von-Ossietzky-Platz, Lange Reihe

Reden • Livemusik • Infostände • Essen und Trinken

Hinweis Ostermarsch in Wedel, Sonnabend, 30. März 2013
10 Uhr Auftakt vor dem Rathaus in Wedel

www.hamburgerforum.org

+++ www.hamburgerforum.org +++ www.hamburgerforum.org +++